

Adam Tooze
Verteidigung ohne
Militarismus

Isabella Weber & Tom Krebs
Deutschlands Militär-
keynesianismus

Maurice Höfgen
Merz' Trickle-
Down-Economics

Ausgabe 2
April 2025
9,00€ (DE)



Surplus

Das Wirtschaftsmagazin



Die Ära der Kettensäge

Libertäre Rechte ergreifen weltweit die Macht. Sie bauen eine Welt, in der das Recht der Stärkeren gilt.

Aktuelle Artikel, Analysen und Kolumnen auf surplusmagazin.de



»Die IG Metall wird nicht zulassen, dass wir in ein vorindustrielles Zeitalter zurückfallen«

Die deutsche Industrie ist in der Krise. Sie braucht Subventionen, die an soziale und ökologische Bedingungen geknüpft sind, meint *Christiane Benner*.



Statt Blumen braucht es höhere Gehälter und ein Ende des »VWL Boys Club«

Die männliche Dominanz in der Wirtschaftswissenschaft hat Folgen. Sie verschlechtert die Situation von Frauen überall, erklärt *Maxine Fowé*.

Raus aus dem Irrgarten der Schuldenbremse

Die Änderung des Grundgesetzes macht die Schuldenregeln noch komplexer. Jetzt bräuchte es eine Reform der Schuldenbremse, die mehr Klarheit und Spielraum bietet, meint *Philippa Sigl-Glückner*.

Die »grüne Wende« ist eine Illusion

Die Energiewende wird sich nicht durch einen harmonischen Übergang vollziehen. Die Geschichte zeigt, dass Klimaneutralität eine beispiellose Herausforderung ist, schreibt *Adam Tooze*.

Bürgergeld: Merz I ist schlimmer als Hartz IV

Noch laufen die Koalitionsverhandlungen – doch schon jetzt ist klar: Die »Neue Grundsicherung« ist ein Rückschritt, analysiert *Helena Steinhaus*.

Die Vermögensungleichheit befördert Finanzkrisen

Die zunehmende Vermögensungleichheit bedroht nicht nur die Demokratie. Sie befördert auch Finanzkrisen, schreibt *Xbulia Likaj*.

Kolumnen



Wie wir den digitalen Feudalismus überwinden

Um Märkte für KI-Innovationen zu gestalten, braucht es staatliches Handeln. Wir müssen die KI in den Dienst der Allgemeinheit stellen, meint *Mariana Mazzucato*.



Trumps Nationalkapitalismus wird scheitern

Die USA werden unter Trump ihre globale Vormachtstellung verlieren. Europa muss nun eigene Wege gehen, meint *Thomas Piketty*.

Dies und viele weitere Texte findest du auf www.surplusmagazin.de

Folge uns auch unter [@surplusmagazin](https://twitter.com/surplusmagazin) auf:

Instagram

X

Threads

YouTube

Mastodon

LinkedIn

Editorial

Der Lärm der Kettensäge

Die politische Mitte liegt im Sterben. Ihre Parteien handeln fast nur noch im Modus der Krisenverwaltung. Sie sind kaum mehr in der Lage, die Lebensbedingungen der Menschen merklich zu verbessern. Inhaltlich unterscheiden sie sich zunehmend weniger. Auch deswegen verlieren sie rapide an Zustimmung. In Deutschland scheint sich die politische Mitte noch eine Legislaturperiode über Wasser halten zu können, doch die Ära der Kettensäge ist längst angebrochen.

Europaweit stehen die rechten Parteien bei 24 Prozent und sind damit erstmals stärker als sozialdemokratische und konservative Parteien. Damit stehen sie sogar höher als bei den Wahlen der 1930er Jahre, die in den Faschismus führten.

Würde man bei den 24 Prozent für Rechtsaußen in Europa noch die USA mit Trump hinzuzählen, wo der Faschismus bereits um sich schlägt, stünden sie sogar bei 35 Prozent. Es bleibt aber nicht bei Wahlerfolgen: In vielen Ländern Europas und darüber hinaus sitzen die radikalen Rechten längst in den Regierungssesseln. Dort schaffen sie die Demokratie und den Sozialstaat ab, wie [Patrick Kaczmarczyk](#) in seinem Länderporträt über Argentinien zeigt.

Zudem haben sich Konservative längst der Agenda der Rechten verschrieben. Das zeigte sich zuletzt auch, als Merz die Brandmauer einriss, um gemeinsam mit der AfD einen Antrag gegen Migration einzubringen.

Der Rechtskurs betrifft jedoch nicht nur die Migrationspolitik. Auch wirtschaftspolitisch ertönt mit dem Knattern der Kettensäge ein neuer Lärm. Nicht Entbürokratisierung ist das Ziel, die tatsächlich die große Mehrheit entlasten würde. Vielmehr wollen die Rechten einen politischen Kahlschlag, der mit Austeritätspolitik und Angriffen auf die arbeitende Mehrheit einhergeht, wie die Wirtschaftsprofessorin [Clara Mattei](#) im Interview erklärt. Die libertäre Rechte will den »Staatsapparat der autoritären Logik der Privatwirtschaft« unterwerfen, meint die Rechtsprofessorin [Katharina Pistor](#) in ihrem Essay. Es soll das Recht des Stärkeren gelten.

Auch wenn Konservative sich bisher seltener der Metapher der »Kettensäge« bedienen, entspricht ihre Politik dem, was Javier Milei oder Elon Musk praktizieren – nur eben in einer weichgespülten Variante: Behörden schließen, Menschen im Staatsapparat feuern, andere zu Mehrarbeit zwingen und den Planeten verbrennen lassen. Rechts der Konservativen posiert Alice Weidel ganz offen mit Elon Musk. Ob die AfD bald auch die Alternative fürs Kapital wird, analysiert [Sebastian Friedrich](#).

Sozialdemokraten und Grüne teilen die Ideologie der Kettensäge zwar weniger als Konservative, doch auch ihnen ist das Kettensägen-Denken nicht fremd. So bejahte Olaf Scholz sogar die Notwendigkeit der Kettensäge gegen die Bürokratie im Kanzlerduell gegen Friedrich Merz, während dieser den Begriff ablehnte. Robert Habeck ging noch weiter als Scholz und wollte beim Lieferkettengesetz »die Kettensäge anwerfen und das ganze Ding wegbohlen«.

Nachdem wir monatelang den Lärm der Kettensäge von der anderen Seite des Atlantiks hören konnten, scheinen sich auch deutsche Politikerinnen und Politiker an diesen zu gewöhnen. Daher ist es nur eine Frage der Zeit, bis die Kettensäge angesichts der Mehrheitsverhältnisse auch vermehrt in Deutschland und Europa eingesetzt wird. Jene sozialen und klimapolitischen Errungenschaften vor der Kettensäge zu schützen, ist die Aufgabe dieser Tage. Dafür braucht es eine missionsorientierte Wirtschaftspolitik, wie sie [Mariana Mazzucato](#) in dieser Ausgabe beschreibt.



LUKAS SCHOLLE
ist Ökonom, Gründer und
Chefredakteur von Surplus.

Viel Spaß bei der Lektüre

Lukas Scholle



»Milliarden für das Militär sind auch Austerität« *Clara Mattei*



Melting Ruhrpott *Lena Fiedler*



Die Ära der Kettensäge

1
Der Lärm der Kettensäge
Lukas Scholle

4
Das Recht der Stärkeren
Die Machtergreifung der Reichsten: Libertäre Rechte unterwerfen den Staatsapparat der autoritären Logik der Privatwirtschaft. Von *Katharina Pistor*

6
»Milliarden für das Militär sind auch Austerität«
Austeritätspolitik hat nichts mit finanzpolitischer Besonnenheit zu tun. Sie ist ein Mittel zur Disziplinierung der Arbeitenden, meint die Wirtschaftsprofessorin *Clara Mattei* im Interview mit *Maxine Fowé*.

12
Libertäre Utopien
Für libertäre Wirtschaftspolitik gibt es regionale Testlabors. Diese »Start-Up-Nationen«, Privatstädte und Steueroasen sollen die Macht der demokratischen Nationalstaaten brechen.

14
Ein libertärer Messias kann Argentinien nicht retten
Javier Mileis Wirtschaftspolitik wird kein neues, goldenes Zeitalter hervorbringen. Ein nüchterner Blick zeigt, dass sich die Lage des Landes verschlimmern könnte. Von *Patrick Kaczmarczyk*

19
Wie die Politik lernte, die Kettensäge zu lieben
Marktfundamentalisten wollen nicht nur öffentliche Haushalte kürzen, sondern den Staat mit der Kettensäge zerlegen. Ein kurzer Zeitstrahl der Radikalisierung.

20
Deutschland entdeckt seine Liebe zum Militär-Keynesianismus
CDU und SPD haben die Schuldenbremse im deutschen Grundgesetz reformiert. Die Entgrenzung der Militärausgaben gefährdet die ökonomische Zukunft des Landes. Von *Isabella Weber* und *Tom Krebs*

22
Die Alternative fürs Kapital
Wirtschaftsverbände gehen bisher auf Distanz zur AfD. Doch die Partei arbeitet daran, sich als Alternative für Kapitalinteressen aufzustellen. Von *Sebastian Friedrich*

24
Rechte Abzocke
Rechte Politiker kann man nicht nur wählen – man kann auch in sie investieren. Unter dem Vorwand, Ungleichheit abbauen zu wollen, bereichern sich Trump und seinesgleichen noch weiter. Von *Wolfgang M. Schmitt*

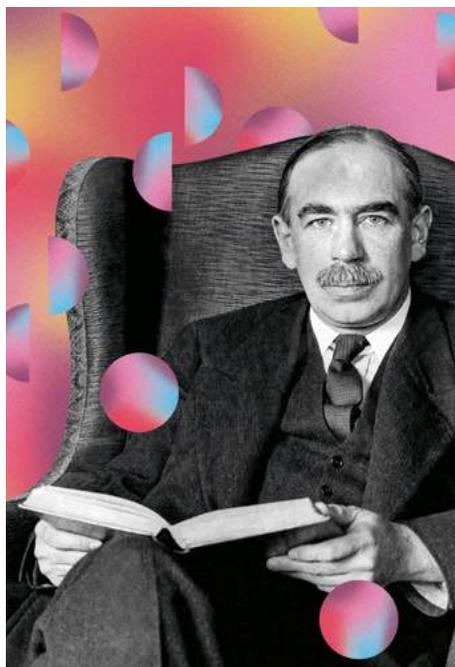
26
Ein Mann seiner Klasse
Einst Merkel-Widersacher und bald Kanzlerkandidat der Union? Carsten Linnemann ist das neoliberale Zentrum der CDU. Von *Lukas Scholle*

28
Melting Ruhrpott
In Duisburg erzielt die AfD Rekorde, während die Stahlindustrie tausende Stellen streicht. Osteuropäer werden als Arbeitskräfte gebraucht – und enden als Sündenböcke. Von *Lena Fiedler*

35
Wohlstand sickert nicht nach unten
Friedrich Merz will eine Trickle-Down-Ökonomie. Doch statt Wachstum schafft sie Ungleichheit. Von *Maurice Höfgen*

60

Keynes' Ökonomie von
Überfluss und Freiheit
Stefan Eich



Mitwirkende



Adam Tooze
Herausgeber



Isabella Weber
Herausgeberin



Maurice Höfgen
Herausgeber



Lukas Scholle
Chefredakteur



Thomas Piketty
Kolumnist



Mariana Mazzucato
Kolumnistin



Matthias Ubl
Chef vom Dienst



Maxine Fowé
Redakteurin



Max Hauser
Redakteur



Patrick Kaczmarczyk
Redakteur



Caroline Rube
Redakteurin



Markus Stumpf
Creative Director



Xenia Miller
Redakteurin

Autorinnen und Autoren



Lena Fiedler



Stefan Eich



Friederike Rohde



Sebastian Friedrich



Tom Krebs



Katharina Pistor



Rainer Kattel



Wolfgang M. Schmitt

Wohlstand sickert
nicht nach unten
Maurice Höfgen



35

36 Fähnchen im Wind

US-Unternehmen versuchten lange Zeit, sich mit Diversität und Klimaschutz ein progressives Image zu verschaffen. Doch nun lassen sie ihre progressive Fassade wieder fallen.

38 Europa braucht Verteidigung ohne Militarismus

Deutschland und Europa brauchen angesichts der geopolitischen Umwälzungen eine europäische Armee. Und auch eine neue Friedensbewegung. Von *Adam Tooze*

42 Einsamkeit ist die Goldgrube der Internetstars

Influencer aller Art bewirtschaften die Einsamkeit. Davon profitieren auch Donald Trump und Elon Musk. Von *Matthias Ubl*

46 Klimakiller KI

Künstliche Intelligenz soll die Probleme der Menschheit lösen. Doch ihr Wasser- und Energieverbrauch verschärft die Klimakrise. Von *Friederike Rohde*

48 Fortschritt braucht staatliche Missionen

Für nachhaltiges Wirtschaftswachstum ist ein missionsorientierter Staat entscheidend. Doch dafür braucht es grundlegende Ver-

änderungen. Von *Mariana Mazzucato* und *Rainer Kattel*

50 Die Logik der Verteilungskämpfe

In Krisen verschärft sich das Nullsummendenden: »Es gibt nicht genug für alle.« Doch nur manchmal steckt dahinter ein Verteilungskonflikt. Von *Max Hauser*

54 Mietenstopp gegen Rechts

Wenn Mieten rasant steigen, wachsen Existenzängste und extrem rechte Parteien profitieren. Bezahlbarer Wohnraum ist Teil einer antifaschistischen Wirtschaftspolitik. Von *Isabella Weber* und *Maxine Fowé*

60 Keynes' Ökonomie von Überfluss und Freiheit

Für John Maynard Keynes sollte wirtschaftliches Wachstum das moralische und politische Leben verändern. Seine Ökonomik war so widersprüchlich wie produktiv. Von *Stefan Eich*

Demokratie

Das Recht der Stärkeren



Die Machtergreifung der Reichsten: Die libertären Rechten unterwerfen den Staatsapparat der autoritären Logik der Privatwirtschaft. Von **Katharina Pistor**



Der Markt schafft alles, der Staat steht nur im Weg. Zur Not muss man ihn mit der Ketten- säge niedermachen. So denken der argentinische Präsident Javier

Milei und auch Elon Musk, der Handlanger des 47. US-Präsidenten Donald Trump. Letztere versuchen, die älteste Demokratie der Welt zu einem Vasallen von Big Tech herabzusetzen.

Das Recht spielt dabei eine zentrale Rolle: Die autoritäre Logik des kapitalistischen Privatrechts, der die libertären Rechten folgen, höhlt den Rechtsstaat von innen aus. Sie stellen die staatliche Zwangsgewalt ausschließlich in den Dienst der Stärkeren. Die Tatsache, dass sich diese Vertreter einer libertären Ideologie, die ohne Staat und Recht auskommen will, den Instrumentarien des Staates bedienen, den sie bekämpfen, entbehrt nicht einer gewissen Ironie. Die aktuellen Entwicklungen stehen aber im Einklang mit der marxistischen These, dass Staat und Recht in erster Linie ein Instrument der herrschenden Klasse sind.

Konventionelle militärische Coups sind aus der Mode gekommen. Es ist einfacher, sich durch Wahlen in Amt und Würden hieven zu lassen. Intern dienen Wahlen der Legitimierung der Macht, weshalb auch langjährige Autokraten wie Wladimir Putin oder Recep Tayyip Erdoğan sie nicht abgeschafft

haben. Auch in den USA erleben wir derzeit eine neue Machtergreifung autoritärer Kräfte mit demokratischen Mitteln.

Die Verfassung, die den Zugriff auf die Macht durch Wahlen ermöglicht, hat mit dieser Machtergreifung ihre Funktion eingebüßt und wird jetzt beschnitten, denn von ihr droht die größte Gefahr: der legale Machtentzug. Die Staatsmacht wird personalisiert und Staatsakte zu Transaktionen degradiert, bei denen jeder Staatsakt ein Preisschild trägt und wo es kein Geben ohne ein Nehmen gibt. Die Idee eines rechtlichen Anspruchs, der ohne Ansehung der Person und ohne Tributzahlung durchsetzbar ist, ist diesem Denken fremd. Wenn alles seinen Preis hat, dann wird der Rechtsstaat korrumpiert.

Erst fällt die Bürokratie und dann der Rechtsstaat

Die Rechtslibertären wollen die Bürokratie abschaffen. Doch Bürokratie ist dem Soziologen Max Weber zufolge ein wichtiges Merkmal rationalen Handelns und Managements im Staat wie in der Wirtschaft. Der wesentliche Unterschied zwischen staatlicher und privater Verwaltung liegt darin, dass erstere rechtsstaatlichen Prinzipien unterliegt, letztere aber nicht. Ein Rechtsstaat muss sich wenigstens an prozessuale Prinzipien halten, zu denen

faire Verfahren, Gleichbehandlung, Transparenz, Allgemeingültigkeit von Regeln sowie die Möglichkeit gehört, gegen rechtswidriges Staatshandeln den Rechtsweg zu beschreiten.

Genau diese Prinzipien stehen in Argentinien und den USA auf dem Spiel. Im Nachrichtensender Fox News wird offen darüber diskutiert, ob nicht »due process«, der verfassungsrechtliche Anspruch auf ein faires Verfahren, abgeschafft gehört, vor allem wenn es um Ausländer geht, denn sonst würde die Abschiebung allzu kompliziert und langwierig. Die Gerichte sehen das anders, aber sie werden ignoriert. Der amerikanische Vizepräsident hat schon im Wahlkampf darauf hingewiesen, dass Gerichte impotent sind und ihnen nun auch das Recht abgestritten, sich in die Tätigkeiten des Präsidenten einzumischen.

Dies sind Symptome autoritärer Systeme. Die Geschwindigkeit, mit der diese Änderungen vorgenommen wurden, hat viele Beobachter ins Staunen versetzt, denn sie stehen im Widerspruch zu der Idee einer verfassungsmäßigen Demokratie. Dennoch gibt es keinen Aufschrei, jedenfalls keinen, der laut genug erscheint angesichts der Schläge, denen sich Verfassung und Demokratie in Nord- und Südamerika ausgesetzt sehen. Die derzeitige Machtergreifung der libertären Rechten folgt dabei den Prinzipien der Privatwirtschaft, die schon lange das Privatrecht als Herrschaftsmittel eingesetzt hat. Für die Mehrheit der arbeitenden Menschen gehört die Autokratie zum Alltag am Arbeitsplatz. Sie ist auch allgegenwärtig in den digitalen Medien, die von ihren Nutzern verlangen, dass sie sich der Datenüberwachung aussetzen.

Die Ordnung des Kapitals

Ohne gesetzgeberischen Eingriff herrscht in der Privatwirtschaft überwiegend das Autoritätsprinzip. Eigentümer haben absolute Rechte, die sie gegen den Rest der Welt durchsetzen können. Und der Zweck von Unternehmen wird damit erklärt, dass Autorität geringere Transaktionskosten aufwirft als das Aushandeln von Verträgen am Markt. Die Entscheidungsgewalt wird zentralisiert und dem Präsidenten des Unternehmens überantwortet, dessen Macht weit geringeren Kontrollen unterliegt als die eines Staatspräsidenten. Wahlen gibt es, aber in der Regel sind dies Plebiszite, die den bisherigen Präsidenten bestätigen. Der Rat der Direktoren (Aufsichtsrat), gegenüber dem sich der Präsident zu verantworten hat, wird vom Präsidenten handverlesen und seine Wahl ist reine Formsache. Unternehmen sind hierarchisch geordnet und werden von oben nach unten durchregiert, ohne dass die Unteren die oberen zur Verantwortung ziehen könnten. Denn dies wäre ineffizient. In den USA können Arbeitnehmer ohne Grund von heute auf morgen auf die Straße gesetzt werden. Nur die Topmanager genießen größeren Schutz – denn sie haben sich »golden handshakes« oder »golden parachutes« vertraglich ausgehandelt.

DOGE, das »Department of Government Efficiency«, unter der Führung von Elon Musk dient nicht der höheren Effektivität staatlichen Handelns, sondern will den Staatsapparat dieser autoritären Logik der Privatwirtschaft unterwerfen. DOGEs Vorgehen lässt sich mit einer feindlichen Übernahme eines Unternehmens vergleichen. Ungewöhnlich ist nur, dass diese Übernahme von dem Präsidenten selbst angezettelt wird, dessen Sinnen auf Rache an seinen Widersachern ihn dafür blind macht, dass er damit an seinem eigenen Ast sägt, jedenfalls wenn es künftig noch Wahlen gibt.

In der Privatwirtschaft werden Kollateralschäden, wie entlassene Arbeitnehmer oder geprellte Gläubiger, regelmäßig in Kauf genommen. Diese sind zwar nicht rechtlos, aber austauschbar, und so stehen sie in der Regel zu dem Zeitpunkt, zu dem sie ihre Rechte geltend machen, bereits auf verlorenem Posten.

Im Privatrecht, das die Privatwirtschaft ermöglicht, wird Macht nur selten thematisiert oder kontrolliert und oft verherrlicht. Eigentümer genießen ein absolutes Recht gegenüber dem Rest der Welt und der Staat hilft ihnen bei der Durchsetzung ihrer Rechte. Verträge werden als Ausdruck des freien Willens zweier gleicher Parteien idealisiert, doch kann die formale Rechtsgleichheit kaum noch über die materiellen Ungleichheiten hinwegtäuschen. Ihre Verrechtlichung im Vertrag vertieft sie und verleiht ihnen Autorität.

Kurz, es geht nicht um Macht allein, sondern um rechtlich sanktionierte Macht. Sie

greift viel weiter und ist für den Rechtsinhaber wesentlich günstiger als physische Gewalt. Mit Anspruch bewehrt muss nicht mit Waffen gekämpft, sondern nur ein Urteil erstritten werden – und die Kosten des Gerichtswesens werden zum großen Teil von der Allgemeinheit getragen.

Das Recht der Reichen

Wer weiß, wie man mit Hilfe von Anwälten Interessen in Ansprüche und Ansprüche in rechtlich durchsetzbare Titel verwandelt, deren Gewinnchancen steigen. Private Akteure rühmen sich gerne ihrer Geschicklichkeit, ihrer Weitsicht oder ihres Instinkts und sehen im Recht eher ein Hindernis. In der Tat ermächtigt das Privatrecht sie aber, das Rechtswesen für ihre Zwecke zu instrumentalisieren.

So lässt sich aus Recht Kapital schlagen. Wer wagt, gewinnt und wer es wagt, etablierte Rechtspositionen ins Wanken zu bringen, kann hoch gewinnen. Das funktioniert nicht immer, aber wenn es klappt, sind die Gewinne umso höher. Denn eine neue Interpretation des Rechts, die im System des Common Law

Die Rechtslibertären wollen die Bürokratie abschaffen. Doch Bürokratie ist dem Soziologen Max Weber zufolge ein wichtiges Merkmal rationalen Handelns und Managements im Staat wie in der Wirtschaft.

sogar Präzedenzkraft entfaltet, kann weit in die Zukunft als Quelle von Reichtum dienen. »Move fast and break things« hat Mark Zuckerberg dies genannt – und zu den Dingen, die da gebrochen werden, gehört auch das Recht.

Solche Praktiken können als private »lawfare« bezeichnet werden, ein Begriff, der von *warfare*, oder Kriegsführung abgeleitet wird. So wird das Ordnungssystem Recht als Waffe für den Ausbau privater Macht und privaten Reichtums instrumentalisiert.

Mit den neoliberalen Ideen selbstregulierender Märkte hat dies alles wenig zu tun. Dass Arbeitsmärkte, Wohnungsmärkte und vermarktete Gesundheits- oder Bildungssysteme nicht dem Idealbild horizontaler, freier Märkte entsprechen, ist allgemein anerkannt. Aber selbst auf den paradigmatischen Finanz-

märkten werden Titel gehandelt, die Rechtspositionen vertreten, die an Feudalismus erinnern – verdeckt durch das Feigenblatt der Zustimmung und des »freien« Austauschs am Markt.

Eine Frage der Macht

Strategische Rechtsspiele an der Grenze des Rechtsmissbrauchs funktionieren allerdings nur insoweit als das Recht grundsätzlich als legitim gilt, denn nur dann werden die meisten sich ihm klaglos unterwerfen. Wenn deutlich wird, dass das Recht ein Spielball der Mächtigen ist, verflüchtigt sich seine Legitimität und an die Stelle der Rechtsordnung tritt Anarchie oder willkürliche Macht.

Eine neue Einsicht ist dies nicht. Die Frage, wie Macht konstituiert und kontrollierbar gemacht werden kann, ist eine Kernfrage der politischen Theorie. Nach Thomas Hobbes kann der Krieg aller gegen alle nur durch eine zentrale Zwangsgewalt gebändigt werden, die aber auch missbraucht werden kann. Wie diese Macht gebändigt werden kann und soll, ist daher ein zentrales Problem der modernen Staatstheorie. Sozialvertrag, Gewaltenteilung und Wahlen zählen zu den wichtigsten Mitteln, mit denen staatliche Macht über Jahrhunderte begrenzt wurde.

Wie aber steht es um private Macht? Der Wettbewerb soll dieses Kunststück vollbringen, doch sind hierarchische Verhältnisse und oligarchische Strukturen hiervon per definitionem ausgenommen. Die wichtigste Kontrolle gegenüber privater Macht ist der Staat und genau deswegen ist er Zielscheibe der privaten Machthaber geworden. Zunächst haben sie indirekt mittels Lobbyisten auf staatliches Handeln Einfluss genommen, dann Wirtschaftsleute in die höchsten öffentlichen Ämter gehievt und schließlich, wie im Falle von Elon Musk, private Akteure ohne öffentliches Mandat mit der Aufgabe betraut, den Staat zu zerstören und ihn der Logik privater Macht zu unterwerfen.

Aus deutscher Perspektive mag man dies als wilden Westen abtun und in der Tat geht es hierzulande ziviler zu, was die Rechte der Arbeitnehmer und auch den Datenschutz angeht. Dennoch zeichnen sich im Vorgehen der neuen Merz-Regierung bedenkliche Parallelen ab. Die noch vor der Konstituierung des neuen Bundestags durchgeboxte Verfassungsänderung wie auch die Forderung nach Abschaffung des Informationsfreiheitsgesetzes stehen im Zeichen des preußischen Generals Carl Clausewitz: »Der Zweck heiligt die Mittel«. Verfahrensschutz und Transparenz sind lästig. Für einen demokratischen Rechtsstaat sind diese Prinzipien jedoch unerlässlich. ●

KATHARINA PISTOR ist Professorin für vergleichende Rechtswissenschaften an der Columbia Law School und Autorin des Buchs »Der Code des Kapitals«.

6

**»Milliarden
für das Militär
sind auch
Austerität«**

Clara Mattei



Kürzungen

Austeritätspolitik hat nichts mit finanzpolitischer Besonnenheit zu tun. Sie ist ein Mittel zur Disziplinierung der Arbeitenden, meint die Wirtschaftsprofessorin **Clara Mattei** im Interview mit *Maxine Fowé*.



CLARA MATTEI

ist Professorin für Wirtschaftswissenschaften und Direktorin des Center for Heterodox Economics (CHE) an der University of Tulsa. Sie ist Autorin des Buches »Die Ordnung des Kapitals.«

Erleben wir mit dem Aufstieg der libertären Rechten gerade eine neue Welle der Austeritätspolitik?

Wir erleben eine Beschleunigung früherer Austeritätswellen. Trump steht beispielhaft für diesen Trend: Der Plan, die US-amerikanischen Sozialausgaben um zwei Billionen Dollar zu kürzen, ist darauf ausgerichtet, den ohnehin schon dürftigen Wohlfahrtsstaat der USA zu demontieren. Die Kürzungen zielen auf grundlegende öffentliche Dienste wie Medicaid, Lebensmittelmarken (*food stamps*), staatliche Bildungsangebote, Umweltschutz und Programme des Arbeitsministeriums zur Unterstützung von Arbeitnehmenden, beispielsweise in den Bereichen Berufsausbildung und Weiterbildung, Sicherheitsinspektionen und -durchsetzung. Mit dieser brutalen Politik sollen gleichzeitig die geschätzten 4,5 Billionen Dollar an Steuererleichterungen für die Reichen gegenfinanziert werden.

Dasselbe geschieht in Italien mit Meloni. Sie hat lebenswichtige Unterstützungsprogramme für die Armen (*reddito di cittadinanza*) gestrichen, die Gewerkschaften angegriffen, Privatisierungen vorangetrieben und hauptsächlich in die Rüstung investiert.

Austerität hat nichts mit finanzpolitischer Besonnenheit zu tun, sondern mit der Frage, wer sich auf Kosten der Mehrheit bereichern darf. Es ist ein einseitiger Klassenkampf von Seiten des Staates, der für niedrige Lohnkosten sorgt, und vor allem dafür, dass die Menschen einer gewissen Alternativlosigkeit gegenüberstehen und sich keine andere Gesellschaftsordnung vorstellen können. Es geht darum, die Arbeiterschaft zu unterdrücken, um Profite und die privatwirtschaftliche Kontrolle über Investitionen zu schützen.

Sie argumentieren, dass Austerität nicht nur schlechte Wirtschaftspolitik ist, sondern vielmehr eine bewusst gewählte Strategie gegen eine Demokratisierung der Wirtschaft.

Ja, wenn wir über Austerität diskutieren, sollten wir nicht nur die fiskalpolitischen Aspekte im engeren Sinne betrachten. Deshalb spreche ich in meinem Buch *Die Ordnung des Kapitals* von der »Dreifaltigkeit der Austerität« (fiskalisch, monetär, industriell), die in Europa vor rund einem Jahrhundert entstand. Wir müssen verstehen, dass sich die Steuer- und Geldpolitik auf die Arbeitsmärkte auswirkt und in der Regel mit dem zusammenhängt, was ich industrielle Austerität nenne, die sich wiederum direkt auf die Arbeiterschaft auswirkt.

Inwiefern?

Die Steuerpolitik wirkt sich zum Beispiel indirekt, aber sehr stark auf den Arbeitsmarkt aus. Man denke an höhere Steuern für Arbeitnehmende bei gleichzeitigen Steuerenkungen auf Kapital, Dividenden, Zinsen und Unternehmensgewinne. Während die Reichen immer reicher werden, erhöht der Staat die Abhängigkeit der arbeitenden Menschen vom Markt. Weil wir mehr Geld brauchen, sind wir eher bereit, *jeden* Job anzunehmen, den wir finden können. Ähnliches gilt, wenn Schulbildung und andere Grundbedürfnisse keine Rechte mehr sind, sondern Waren: Die Privatisierung sowie die Streichung von Sozialleistungen zwingen die Menschen dazu, sich noch mehr auf Lohnarbeit und private Märkte verlassen zu müssen.

Welche Rolle spielen die Zentralbanken dabei?

Die Zentralbanken sind die Hauptakteure, die *monetäre* Austeritätsmaßnahmen durchsetzen, die wiederum starke Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt haben. Ihre institutionellen Unabhängigkeiten erlauben es der Federal Reserve Bank (Fed) oder der Europäischen Zentralbank (EZB), die Inflation ins Visier zu nehmen, was letztlich bedeutet, dass sie die »Ausbeutungsrate« beeinflussen können – die tatsächlich gemessen werden kann, indem der Anteil des BIP, der in Profite fließt, mit dem Anteil verglichen wird, der in Löhne fließt.

Zu Austeritätspolitik gehören auch direkte Angriffe auf die (organisierte) Arbeiterschaft.

Ja, fiskalische und monetäre Maßnahmen werden häufig mit industriepolitischen Strategien kombiniert, die sich direkt gegen die Arbeitnehmer richten. Das beinhaltet beispielsweise die weitere Deregulierung des Arbeitsmarktes, die Schwächung der Gewerkschaften und die Aufrechterhaltung prekärer Arbeitsverhältnisse. In Italien zum Beispiel haben selbst gewerkschaftlich organisierte Arbeiterinnen und Arbeiter häufig teilweise Tarifverträge mit absoluten Hungerlöhnen. In den USA ist die Hälfte der Obdachlosen werktätig. Das sind die sogenannten *Working Poor*, deren Löhne nicht einmal für ein Dach über dem Kopf ausreichen. Zählt man die Menschen hinzu, die bei Freunden und Verwandten unterkommen, sind die Statistiken noch gravierender. Derartige Missstände hängen mit der Arbeitspolitik der jeweiligen Regierungen zusammen – und Trump greift die Gewerkschaften derzeit ganz offen und gezielt an.

Einige argumentieren, dass gute, existenzsichernde Löhne auch im Interesse der Unternehmen sind, weil sie die Gesamtnachfrage und somit die gesamte Wirtschaft ankurbeln.

Politiker und Unternehmer – Leute wie Trump und Musk – wissen, wie wichtig die Kontrolle über die Arbeiterschaft ist, um die eigenen Interessen zu wahren. Viele Ökonomen und Ökonomen verkennen hingegen oft, wie Klassenkonflikte die ökonomischen Entwicklungen beeinflussen.

Makroökonominnen und -ökonom, die sich lediglich auf die Gesamtnachfrage oder den Output konzentrieren, behandeln die Wirtschaft häufig als eine Maschine,



Über den Wolken: Ein Kampfflugzeug der US-Airforce.

die durch technische Korrekturen feinabgestimmt werden kann. Dabei übersehen sie, dass die Wirtschaft vielmehr auf sozialen Produktionsbeziehungen beruht, die von Natur aus politisch sind. Das Ignorieren dieser politischen Dimension verdeckt entscheidende Zielkonflikte: Niedrigere Löhne schwächen zwar die Kaufkraft (was in der Tat das Problem der Überproduktion oder der unzureichenden Nachfrage nach bestimmten Rohstoffen noch verschärfen kann), sorgen aber auch dafür, dass die Arbeitnehmer gefügig bleiben. Und in bestimmten Fällen mag Arbeitslosigkeit die Gewinne der Unternehmen schmälern, aber auch dazu beitragen, das Klassengleichgewicht zugunsten des Kapitals aufrechtzuerhalten.

Hat die Austeritätspolitik zum Aufstieg rechter Kräfte wie der AfD in Deutschland oder des Trumpismus in den USA beigetragen?

Austerität schwächt die Menschen im Allgemeinen und treibt sie dazu, die Schwächsten in der Gesellschaft zum Sündenbock zu machen. Sie spaltet die Arbeiterschaft, schürt Rassismus und bringt die Arbeitenden gegeneinander auf. Das kommt der herrschenden Klasse zugute, weil die Arbeiterschaft daran gehindert wird, sich zusammenzuschließen. Rechtsgerichtete Regierungen profitieren von Angst und Frustration. Und sobald sie an der Macht sind, verschärfen sie die Austeritätsmaßnahmen weiter.

Austerität spaltet die Arbeiterschaft und schürt Rassismus.

Die Wirkmacht der herrschenden Wirtschaftsideologie ist so stark, dass viele Menschen nach wie vor glauben, Trump sei ein »erfolgreicher Geschäftsmann«, der in der Lage ist, ihre Interessen zu vertreten – obwohl seine Politik für die Armen verheerend ist.

Über Bidens Industriepolitik sowie die Milliardenpakete der Ampel im Zuge der Corona-Pandemie wurden viele öffentliche Investitionen getätigt. Warum ist das Ihrer Meinung nach immer noch Austerität?

Es geht nicht nur darum, *ob* der Staat Geld ausgibt, sondern *wofür* und *wie* er es ausgibt. Es geht um die Entscheidung, wohin die Mittel fließen.

In den Biden-Jahren hat der Staat beispielsweise Asset-Manager subventioniert, Risiken für sie entschärft und Anreize geschaffen, zum Beispiel im Umweltbereich, aber es gab zeitgleich eine klare Begrenzung der Sozialausgaben – vor allem nach seinem ersten Jahr im Amt. Zwischen 2021 und 2023 hat sich die Kinderarmut in den Vereinigten Staaten verdreifacht. Heute lebt mehr als jedes sechste Kind in den USA in absoluter Armut, vor allem weil der Kongress die COVID-Entlastungsprogramme für die Armen nicht verlängert hat, insbesondere das Steuererleichterungsprogramm. In der Zwischenzeit hat die geldpolitische Austeritätspolitik der Fed mit ihren drastischen Zinserhöhungen die Verhandlungsmacht der Arbeiterschaft geschwächt. Sie ist eine Reaktion auf einen angeblich »übermäßig angespannten Arbeitsmarkt«, das heißt, einen Arbeitsmarkt, der für die Arbeiterschaft angeblich zu günstig ist. Im Frühjahr/Sommer 2022 haben fast 50 Millionen Menschen freiwillig ihre Arbeit gekündigt. An Streiks beteiligten sich mit fast einer halben Million Arbeiterinnen und Arbeitern eine riesige Zahl an Menschen. Das war ein historischer Höchststand seit den frühen 1980er Jahren. Die Arbeiterschaft war offenbar dabei, ihre Kämpfe um höhere Löhne und Sozialleistungen zu gewinnen.

Wo liegt der Unterschied zwischen der Austeritätspolitik von Biden und Trump in Ihren Augen?

Die neue Trump-Regierung hat eine neue Ära der Austerität eingeleitet: Sie verfolgt Austeritätspolitik ohne ein sie motivierendes Ereignis wie eine Finanzkrise. Damit hat Trump den Vorwand für Austerität beseitigt, der immer eine Lüge war. Es gibt nun keinen Vorwand mehr à la: »Wir haben eine Finanzkrise zu bewältigen, deshalb muss der Haushalt ausgeglichen werden.« Heute geht es ganz offen darum, die Armen zu bestrafen und Ressourcen an das eine Prozent der Gesellschaft umzuleiten, das mit Kapitalgewinnen Geld verdient. Es ist ein Krieg gegen die Armen und die Arbeiterklasse. Man kann unbestreitbar sagen: Trump hat die Heuchelei beseitigt und verfolgt die Austeritätslogik ganz offen und unverblümt.

Biden hatte zunächst sozialpolitische Maßnahmen versprochen, war aber weitgehend unfähig, diese Versprechen zu halten. Er verfiel schnell wieder in die typische Austeritätspolitik. Biden hat während seiner Präsidentschaft einen neuen Rekord bei den Militärausgaben aufgestellt: 916 Milliarden Dollar. Das ist der bisher höchste Betrag in der Geschichte der USA. Seine Regierung beschloss, das zu tun, was unter anderem auch Europa tut: massiv

in den militärisch-industriellen Komplex investieren und den Rüstungskonzernen beispiellose Gewinne garantieren. Die Aktienkurse von den Rüstungsunternehmen Raytheon Technologies und Lockheed Martin sind von Oktober 2023 bis Oktober 2024 um respektive knapp 50 und mehr als 75 Prozent gestiegen. Die Waffen dieser Firmen haben das brutale Massaker an der palästinensischen Bevölkerung ermöglicht und ermöglichen es immer noch, während gleichzeitig die soziale Infrastruktur der USA vor sich hin bröckelt.

Die neue Regierungskoalition in Deutschland hat Verteidigungsausgaben über 1 Prozent des BIP von der Schuldenbremse ausgenommen und ein 500 Milliarden Euro schweres Infrastrukturpaket aufgesetzt, wovon 100 Milliarden in Klimaschutz fließen sollen. Ist das Ihrer Ansicht nach immer noch Austerität?

Die Milliardeninvestitionen für das Militär sind trotzdem Austeritätsmaßnahmen, weil für die Arbeiterschaft keine direkte Ermächtigung erfolgt. Mittel für den militärisch-industriellen Komplex sind ein Weg, die Wirtschaft anzukurbeln, ohne dabei das Klassenverhältnis zu verändern. Sozialausgaben hingegen könnten die Arbeiterschaft stärken.

In diesem Sinne ist das Ende der deutschen Schuldenbremse für Rüstungsausgaben gleichbedeutend mit Austerität. Es ist ein Teufelskreis: Die Aufnahme von neuen Schulden für das Militär wird später als Vorwand für weitere Kürzungen bei den Sozialleistungen genutzt werden.

Die Tatsache, dass Deutschland (und Europa insgesamt) bereit ist, seine Schuldenregeln zugunsten der Aufrüstung auszusetzen, zeigt, dass Austerität viel eher eine zutiefst politische Entscheidung ist als eine rein technische Notwendigkeit.

Werfen wir einen Blick auf die Geschichte: Wie erklären Sie sich den Anstieg der Löhne während des sogenannten goldenen Zeitalters des Kapitalismus im Globalen Norden?

Zu diesem Thema müsste man ein ganzes Buch schreiben – daran arbeite ich gerade. Nach dem Zweiten Weltkrieg, insbesondere ab dem Koreakrieg, floss der Großteil der öffentlichen Ausgaben in den USA nicht in den Wohlfahrtsstaat, sondern in die nationale Verteidigung. Das ging so weit, dass Wissenschaftler wie Tim Barker von einem »Kriegsführungsstaat« statt einem »Wohlfahrtsstaat« sprechen. Der militärische Keynesianismus hat in der Vergangenheit zwar das Wachstum angekurbelt, ohne dass es aber zu einer allzu großen Umverteilung der Macht an die Arbeiterschaft kam. Die steigende Produktivität dank umfangreicher technologischer Investitionen der USA in produktive Wirtschaftszweige während des sogenannten »goldenen Zeitalters« ermöglichte es, die Löhne zu erhöhen, ohne die Unternehmensprofite zu schmälern.

Der Anstieg der Löhne der Mehrheitsgesellschaft im Globalen Norden war auch auf die Ausbeutung der schwarzen Bevölkerung in den USA und des Globalen Südens zurückzuführen.



Auf der Straße: Protestierende der Landlosenbewegung in Brasilien.

Die relativ privilegierten Bedingungen für weiße Arbeitende in den USA fußten auf der Rassentrennung im eigenen Land und der Fähigkeit der USA, Länder in Lateinamerika und andere Staaten im Globalen Süden unter Druck zu setzen, damit diese billige Rohstoffe exportieren und westliche Endprodukte importieren. Das förderte die sogenannte Unterentwicklung des Globalen Südens und sicherte die Handelshegemonie des Globalen Nordens.

Ihre Forschung zum Vereinigten Königreich und Italien in den 1920er Jahren zeigt, dass Austerität als Reaktion auf die Rätebewegung eingeführt wurde. Warum waren diese Proteste so gefährlich für die kapitalistische Ordnung?

Ihre fundamentale Forderung war die Überwindung der Ausbeutungsverhältnisse; also die Überwindung der Lohnabhängigkeit, die den Kern des Kapitalismus bildet. Sie wollten eine Wirtschaftsdemokratie: In Italien organisierten sich die Arbeiterinnen und Arbeiter in Fabrikräten und besetzten ihre Betriebe; in Großbritannien gab es das Sankey Committee, das die Verstaatlichung der Großindustrie unter einer Arbeiterselbstverwaltung forderte, sowie den Gildensozialismus und andere genossenschaftliche Experimente. Sie zeigten, dass die Produktion jenseits des Profitmotivs demokratisch organisiert werden kann.

Welche gegenwärtigen sozialen Bewegungen erproben eine vielversprechende Alternative zur Austerität?

Es ist ermutigend und aufbauend, wenn man versteht, dass unser Wirtschaftssystem nicht für die Ewigkeit ist und dass einfache Menschen es ändern können. Die MST (Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra, auf Deutsch: Bewegung der landlosen Arbeiter) in Brasilien mit etwa 1,5 Millionen Menschen ist ein gutes Beispiel. Diese Menschen beanspruchen unzureichend genutztes (öffentliches oder privates) Land und bilden dort genossenschaftliche, demokratische Produktionsstätten. Sie sind heute der größte Exporteur von Bio-Reis aus Lateinamerika. Sie arbeiten mit solidarischen Akademikern und Ingenieurinnen zusammen, um Entwicklungen in den Bereichen Per-

makultur, Aufforstung, nachhaltige Landwirtschaft und auch Software zu stärken, die zu einer solidarischen Wirtschaft beitragen können.

In Orten wie Tulsa/Oklahoma, wo ich lehre, erlebe ich ebenfalls viel Solidarität von der Basis. Wir versuchen mit dem Center for Heterodox Economics (CHE) ein Community and Worker Center zu schaffen, um diese diversen Kräfte zu vereinen und das Klassenbewusstsein zu stärken. Wir veranstalten öffentliche Vortragsreihen, laden »normale Menschen« ein, mit Akademikern zu debattieren, und schlagen somit eine Brücke zwischen Theorie und gelebter Alltagserfahrung. Es zeigt sich: Die Menschen wollen sich engagieren, aber die große Frage ist, wie man eine wirksame Organisation, echte Teilhabe und Sensibilisierung erreichen kann.

In Mexiko setzt die progressive Präsidentin Claudia Sheinbaum eine Politik gegen hohe Preise von Lebensmitteln und Mieten um. Ist das ein weiteres Beispiel?

Wir müssen beim kapitalistischen Staat skeptisch sein, aber es kann durchaus Umstände geben, unter denen Regierungen Maßnahmen ergreifen, die den kapitalistischen Interessen unmittelbar zuwiderlaufen. Das können beispielsweise Preiskontrollen sein – mit denen den Konzernen vorgeschrieben wird, dass sie nicht alle Kostensteigerungen auf die Verbraucher abwälzen und von obszönen Gewinnmargen profitieren dürfen – oder auch Sozialreformen wie in Mexiko unter Präsidentin Claudia Sheinbaum. In ihrer früheren Position als Bürgermeisterin von Mexiko-Stadt hat Sheinbaum wichtige Reformen im Wohnungsbau angestoßen und marginalisierte Stadtteile mit Hilfe von Investitionen in den sozialen Wohnungsbau besser integriert. Jetzt weitet sie diesen Ansatz auf das ganze Land aus.

Solche Maßnahmen rufen aber Gegenreaktionen seitens der Investoren hervor. Mit diesem Druck muss man umgehen können – und das erfordert eine starke Unterstützung durch die Bevölkerung. Dazu brauchen wir eine tiefere Auseinandersetzung mit den Produktionsverhältnissen selbst, nicht nur mit der Verteilung. Ja, Staaten können wirtschaftliche und auch demokratische Umverteilung ermöglichen, aber sie können nicht ausschließlich top-down agieren. Es braucht den Druck von unten, um Wirtschaftsreformen zu ermöglichen und dann auch aufrechtzuerhalten. In der Vergangenheit hat die reine Existenz von Alternativen, von sozialistischen Staaten bis hin zu lokal begrenzten Experimenten, die kapitalistischen Mächte immer wieder dazu veranlasst, gewisse soziale Verbesserungen zuzugestehen. Die Menschen sollten sich deswegen stets daran erinnern, dass unser Wirtschaftssystem formbar und politisch veränderbar ist – und nicht unumstößlich. ●



Seit mehr als einem Jahrhundert greifen Regierungen in Krisenzeiten auf Austeritätspolitik zurück: Sie kürzen im Sozialstaat und drücken die Löhne. In »Die Ordnung des Kapitals« zeigt Clara Mattei den Klassencharakter dieser Politik auf.

»The ability to move money fluidly and the erosion of the nation-state are closely related« — Peter Thiel



Libertäre Utopien

Für libertäre Wirtschaftspolitik gibt es regionale Testlabors. Diese »Start-Up-Nationen«, Privatstädte und Steueroasen sollen ein Modell für marktwirtschaftliche Effizienz werden und die Macht der großen Nationalstaaten brechen. Doch die libertären Träume sind in kolonialen Kontinuitäten, politischen Autoritarismus sowie eine Verachtung der Massendemokratie verstrickt.

----- Herkunft Inspiration ----- Geschäftsbeziehung

Murray Rothbard

Der Anarchokapitalist und Mitglied der Mont Pelerin Society träumte von einer Welt jenseits jeder Regierung. Die großen Nationalstaaten sollten durch konsequente Sezessionen immer kleinerer Gebilde in ihrer Macht eingeschränkt werden.

Paul Romer

Der Wirtschafts-Nobelpreisträger und ehemalige Weltbankchef schlug 2009 »Charter Cities« als Mittel für ein stärkeres Wirtschaftswachstum in Entwicklungs- und Schwellenländern vor. Diese Länder sollen dazu bewegt werden, Territorien zur Verwaltung an reichere Staaten abzutreten. Dieser »Kolonialismus auf Zuruf« soll nach Vorbild von Hong Kong eine Blüte des Handels und der Entwicklung einleiten.

Elon Musk

Der reichste Mann der Welt ist ein Praktiker auf dem Gebiet der Privatstädte. Seine texanischen Unternehmensstandorte in Bastrop County (»Snallbrook«) und Boca Chica (»Starbase«) sollen als Städte neu gegründet werden. Darüber hinaus gibt es Pläne, die indonesische Insel Biak (»Space Island«) als weiteren Weltraumbahnhof zu entwickeln.

① Hong Kong



Die ehemalige britische Kolonie wurde vom British Empire ursprünglich als Umschlagplatz für Opium aus Indien genutzt. Damit sollten die Chinesinnen und Chinesen drogenabhängig gemacht werden, um das Handelsbilanzdefizit zu verringern. Während der 150-jährigen britischen Herrschaft wurde Hong Kong zum Modell für einen Kapitalismus ohne Demokratie und Gewerkschaften, was Libertäre wie Milton Friedman inspirierte. Aufgrund der zunehmenden Integration in das chinesische System verlor es den früheren Ausnahmestatus, bleibt aber ein bedeutender Finanz- und Handelsplatz.

Typus: Freihandelshafen
 Einwohnerzahl: 7,5 Millionen
 Durchschnittlicher Einkommenssteuersatz: 5-15%
 Status: 2047 endet die Ausnahmestellung

② Südafrika



Das Apartheid-Regime versuchte gegen sein Ende hin, Demokratisierung mit Dezentralisierung zu begegnen. Die »Homelands« gaben der Rassentrennung und Zwangsumsiedlung eine Verwaltungsstruktur. Sie waren zum Teil Sonderwirtschaftszonen mit Steuererleichterungen und Subventionen für Unternehmen ohne Arbeitnehmerrechte. Damit sollte die formale Apartheid durch eine subtilere Form der vermögensbasierten Segregation zwischen Weiß und Schwarz ersetzt werden.

Typus: Koloniale Sonderwirtschaftszonen
 Einwohnerzahl (1994): 18 Millionen
 Status: abgeschafft

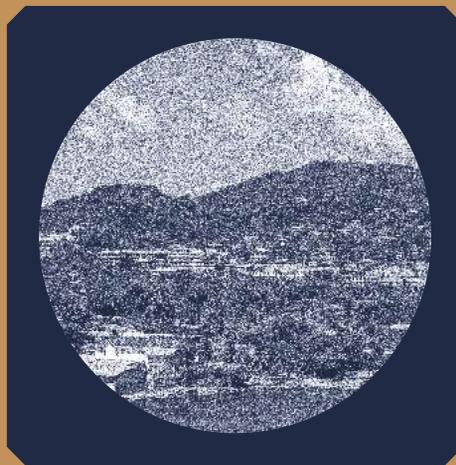
3 Dubai



Ein ehemaliges britisches Protektorat, das aus einem Hafen für Perlentaucher, Goldhändler und Schmuggler entstand. Ab 1969 wurden Öl und später Gas gefördert. Dubai hat sich zu einem Knotenpunkt des schnellen Geldes mit minimaler Aufsicht und Besteuerung entwickelt. Dazu trägt ein Flickenteppich unterschiedlicher rechtlicher Zonen wie Jebel Ali bei, einem der weltweit größten Freihandelshäfen. Die internationale organisierte Kriminalität fühlt sich in Dubai zunehmend wohl, denn sie ist hier oft vor dem Zugriff ihrer Heimatländer auf ihre Person und Vermögen geschützt.

Typus: Steueroase und Freihandelshafen
Einwohnerzahl: 3,5 Millionen
Durchschnittlicher Einkommenssteuersatz: 0 Prozent
Status: aufsteigend

4 Próspera, Honduras



Nach dem Militärputsch im Jahr 2009 öffnete sich die honduranische Regierung gegenüber der Idee, ihre Souveränität gegen Geld einzutauschen. Verfassungsänderungen ebneten den Weg zu den Zonas de Empleo y Desarrollo Económico (ZEDEs), die rechtlich und politisch fast vollständig autonome Zonen sind. Der Grundstein für Próspera wurde 2021 von Patri Friedman gelegt. Seit dem Wahlsieg der Opposition im gleichen Jahr versucht die Regierung jedoch, das Projekt zu beenden. Der Rechtsstreit wird aktuell vor einem privaten internationalen Schiedsgericht ausgefochten.

Typus: Charter City
Einwohnerziel: >30.000 bis 2030
Status: 3 Hektar bebaut, von der Schließung bedroht

Peter Thiel

In Frankfurt am Main geboren, in Südafrika und den USA aufgewachsen. Als Investor gelang ihm mit PayPal der Durchbruch. Sein Motto: »Wettbewerb ist für Verlierer«. Seitdem ist Thiel Vordenker und Geldgeber verschiedener rechtslibertärer Bewegungen und Politiker geworden. Mit J.D. Vance hat er seinen Kandidaten vom Senator in Ohio bis ins Amt des US-Vizepräsidenten durchgesetzt und übt damit großen Einfluss auf die Trump-Regierung aus.

Patri Friedman

Der Enkelsohn von Milton Friedman und bekennender Anarchokapitalist begann seine Karriere als Softwareingenieur bei Google. Daneben versuchte er sich als Amateurmodell und Pick-Up-Artist. Seine Visionen libertärer Enklaven – die er mit großzügiger Finanzierung von Peter Thiel verbreiten konnte – wanderten dabei von den internationalen Gewässern wieder zurück aufs Land, nach Honduras.

Titus Gebel

Der deutsche Jurist und Unternehmer hat sich ein Vermögen mit dem Rohstoffhandel, darunter Öl, Gas und Erze, aufgebaut. Seitdem betätigt er sich als politischer Aktivist für das Konzept der Privatstädte, die er explizit auch zur Steuerung der Migration verwenden will. Er ist Gründer der Free Cities Foundation und war Vorstandsmitglied des Seasteading Institute. In Deutschland erreichte er 2020 mit den »Klimafragen« an die Politik Aufmerksamkeit, die mit Klimawandelleugnung gespickt waren. Im Parlament finden seine Ideen bei der AfD Anklang.

5 Seasteads



Das Seasteading Institute wurde 2008 von Patri Friedman mit Startkapital von Peter Thiel gegründet. Ihre Vision sind schwimmende Städte auf hoher See, die als Plattformen für soziale Experimente dienen sollen, fernab jeder staatlichen Gerichtsbarkeit und ohne Konflikte mit lästigen Einwohnern. Dabei ist unklar, ob diese Wasserwelten als Sonderwirtschaftszonen oder angesichts der Klimakrise schlicht als Prepperfantasien für Reiche gedacht sind. Der bisher einzige Deal mit Französisch-Polynesien platzte 2017.

Typus: Mikronationen
Status: Konzeptphase, erste Prototypen

6 CryptoCity



CryptoCity wurde vom deutschen Kryptovermarkter und Auswanderer Tim Stern 2022 auf der Insel Margarita vor der Küste Venezuelas gegründet. Die ersten Bauarbeiten begannen 2024. CryptoCity soll eine dynamische Unternehmergemeinschaft werden, die auf einer »dezentralen autonomen Organisation« aufbaut. Dabei wirkt es eher wie eine Ferienhaussiedlung für Menschen mit zu viel Geld und einer ausgeprägten Steueraversion. Venezuela erklärte das Gebiet 2023 zu einer Sonderwirtschaftszone, um ausländische Investitionen anzulocken, Sanktionen zu umgehen und das Image des autokratischen Regimes in der Welt zu verbessern.

Typus: Charter City
Einwohnerziel: ca. 100 Eigentümer und ihre Familien
Status: im Aufbau



BIP: 604 Milliarden US-Dollar (2024)

Industrieanteil: 25,1 % (2023)

Durchschnittliches pro-Kopf Einkommen: 12.814 US-Dollar (2024)

Arbeitslosenquote: 8,2 % (2024)

Schuldenquote: 91,5 % (2024)

Länderportrait

Ein libertärer Messias kann Argentinien nicht retten

Javier Mileis Wirtschaftspolitik wird kein neues, goldenes Zeitalter hervorbringen. Ein nüchterner Blick zeigt, dass sich die Lage des Landes verschlimmern könnte.

Von **Patrick Kaczmarczyk**



Seit Wochen sind tausende Rentner in Argentinien auf der Straße, die Polizei rückt mit Härte vor, die Protestierenden nehmen die Rentenkürzungen nicht hin. Zuletzt eskalierten die Proteste im März, als sich die Fans von zwölf argentinischen Fußballclubs – darunter Boca Juniors und River Plate – den Demonstrationen angeschlossen. Glaubt man allerdings einem Großteil der wirtschaftsliberalen Presse, so stehen Argentinien goldene Zeiten bevor. Präsident Javier Milei habe mit radikalen Maßnahmen die Folgen des jahrzehntelangen Sozialismus beseitigt, von nun an geht es aufwärts, meinen Wirtschaftsliberale. Vermutlich gibt es über kein anderes Land der Welt derzeit eine irreführende Berichterstattung als über Argentinien.

Die wirtschaftsliberale Presse spielt dabei der globalen Rechten in die Hände. Denn inmitten eines globalen, konservativ-autoritären Rechtsrucks ist es von hoher politischer Relevanz, dass das Projekt »Milei« als erfolgreich verkauft wird. Sollte es nämlich scheitern, läge das wirtschaftsideologische Fundament der libertären Rechten in Trümmern.

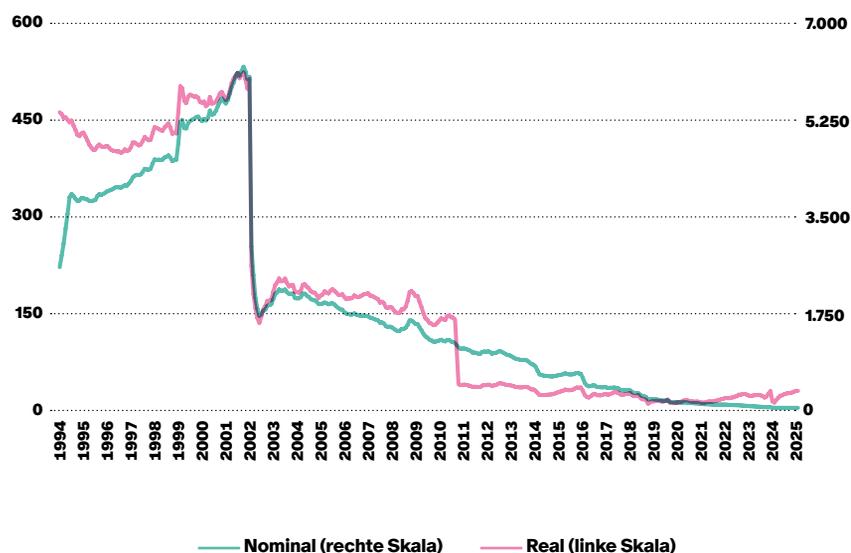
Um das Chaos der Gegenwart zu verstehen, ist ein Blick in die ökonomischen Turbulenzen der Vergangenheit notwendig. Dieser vermittelt einen Eindruck davon, wie sehr die argentinische Bevölkerung und Wirtschaft gelitten haben. Der Weg, den Argentinien in den letzten Jahrzehnten beschritten hat, ist einer der ständigen Krisen, Währungsabwertungen und von außen aufgezwungenen, schmerzhaften Reformen, die dem Land die Perspektive raubten.

Seit den 90er Jahren verfolgte Argentinien unter dem Druck internationaler Finanz-

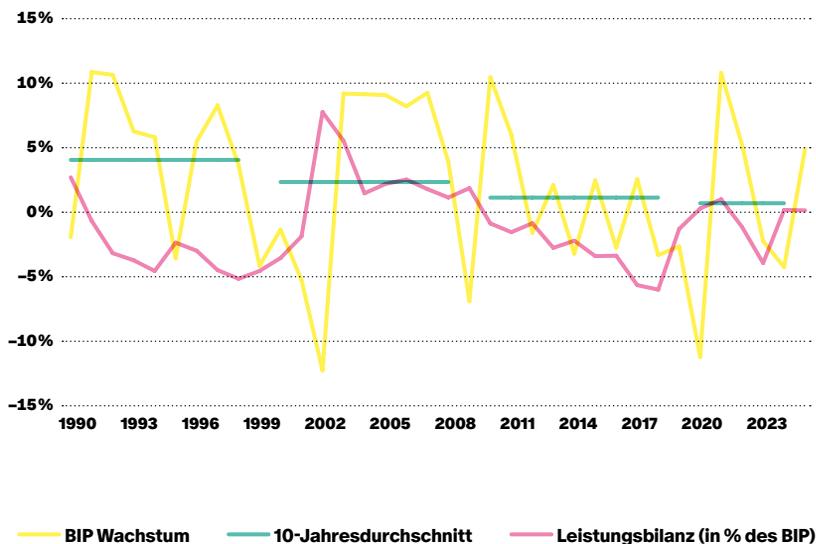
institutionen wie dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und mit Unterstützung westlicher Ökonomen eine Strategie, die auf einer Öffnung der Märkte, Privatisierungen und einer strengen Bindung an den US-Dollar basierte. Diese Politik, die unter Präsident Carlos Menem in den 1990er Jahren ihren Höhepunkt fand, sollte eigentlich zu einem stabileren, wettbewerbsfähigeren Wirtschaftssystem führen, indem man die Inflation bekämpfte und das Land für internationale Investoren öffnete. Doch die Währungsbindung an den US-Dollar, die 1992 eingeführt wurde, erwies sich als ein fataler Fehler. Der Wechselkurs von 1 US-Dollar zu 1 Peso führte zu einer enormen Überbewertung, die sich im

Laufe der 1990er Jahre stetig verschärfte, bis sie schließlich nicht mehr zu halten war. Die Überbewertung verteuerte die Exporte und verbilligte die Importe, was zu steigenden Leistungsbilanzdefiziten, erhöhter Auslandsverschuldung, zunehmender Deindustrialisierung und höheren Abhängigkeiten von externen Märkten führte. Zu Beginn der 2000er Jahre ließ sich der Wechselkurs nicht mehr verteidigen – das Land ging bankrott und die Währung stürzte dramatisch ab (siehe Abbildung ①). Die Ersparnisse der Bevölkerung verloren angesichts der massiven Währungsabwertungen und der steigenden Inflation immer mehr an Wert. Das politische und soziale Desaster war perfekt.

① Effektive Wechselkurse
(2020 = 100)



② Wachstum und Leistungsbilanz



Quelle: IWF

schwierigkeiten auf den internationalen Kapitalmärkten – die Nachwirkungen des Staatsbankrotts von 2001.

Internationale Finanzgeier halten das Land in Geiselhaft

Nach dem dramatischen Staatsbankrott 2001 und der starken Abwertung des Pesos war Argentinien nicht mehr in der Lage, seinen Verpflichtungen gegenüber den internationalen Gläubigern nachzukommen. In den folgenden Jahren versuchte das Land, sich aus der finanziellen Krise zu befreien, indem es in zwei Verhandlungsrunden, 2005 und 2010, seine Schulden restrukturierte. Dabei erlebten die Gläubiger einen Verlust von fast 70 Prozent des ursprünglichen Wertes ihrer Anleihen. Im Gegenzug versprach die argentinische Regierung, höhere Rückzahlungen zu leisten, sobald sich die Wirtschaft des Landes erholt hatte. 93 Prozent der Gläubiger akzeptierten den Deal, jedoch nicht alle: Einige Finanzfonds, wie NML Capital, die als »Geierfonds« bezeichnet werden, lehnten ab.

Solche Geierfonds spezialisieren sich auf den Ankauf von Schuldtiteln von nahezu bankrotten Staaten und Unternehmen – und verklagen diese anschließend zur weiteren Bedienung der Schulden. Diese Fonds hatten vor der Pleite Argentiniens Anleihen zu einem Bruchteil ihres Wertes aufgekauft und verlangten später die vollständige Rückzahlung des Nominalwertes. NML Capital beispielsweise konnte kurz vor Argentiniens Pleite argentinische Anleihen am Markt zu einem Spottpreis von 177 Millionen US-Dollar erwerben und erhob später den Anspruch auf die vollständige Rückzahlung des Nominalwertes von 4,65 Milliarden US-Dollar.

Die rechtlichen Auseinandersetzungen mit den sogenannten »Vulture Funds« führten zu

Die 2000er Jahre der Erholung

Die radikale Abwertung der frühen 2000er Jahre verbesserte kurzfristig die Wettbewerbsfähigkeit der argentinischen Wirtschaft enorm – und für einige Jahre konnte das Land beeindruckende Wachstumsraten verzeichnen (siehe Abbildung ②). Zwischen 2003 und dem Ausbruch der Finanzkrise 2008 lag das Wachstum des realen BIP im Durchschnitt bei nahezu 9 Prozent. Doch in den 2010er Jahren kehrten die Inflation und reale Überbewertung zurück, die Leistungsbilanz wurde wieder negativ und Wechselkursstürbungen verstärkten insbesondere in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts die makroökonomischen Instabilitäten. Hinzu kamen immer wieder Refinanzierungs-



Die Renten reichen in Argentinien nicht zum Überleben. Die Polizei geht mit Tränengas gegen demonstrierende Rentner vor.



einem langwierigen und kostspieligen Streit, der das Land noch Jahre nach der Krise belastete. Im sogenannten »Sovereign Debt Trial of the Century« entschied 2014 ein New Yorker Richter, dass Argentinien keine Zahlungen an die 93 Prozent der Gläubiger leisten dürfe, die die Schuldenrestrukturierung akzeptiert hatten, solange die Geierfonds nicht vollständig ausgezahlt würden.

Die Weigerung der argentinischen Regierung unter Präsidentin Kirchner, diese Entscheidung anzuerkennen, führte 2014 zu einem weiteren Zahlungsausfall. Erst 2016, als die Regierung von Mauricio Macri an die Macht kam, wurde der Konflikt mit den Vulture Funds zu einem zentralen Bestandteil seiner wirtschaftlichen Reformagenda. Argentinien einigte sich schließlich auf eine Zahlung von 2,28 Milliarden US-Dollar, um den Rechtsstreit beizulegen. Für die Vulture Funds bedeutete dies eine Rendite von nahezu 1.200 Prozent, während Argentinien seine wirtschaftlichen Wunden weiter zu lecken hatte und mit Sparprogrammen des IWF überzogen wurde, die die Misere verstärkten.

Das Ende der 2010er Jahre: Die Turbulenzen verschärfen sich

Gegen Ende der 2010er Jahre verschärfen die Zinswende in den USA und die Spannungen im internationalen Handel, die in der ersten Amtszeit des US-Präsidenten Donald Trump zunahmen, die Refinanzierungsbedingungen für viele Schwellenländer des globalen Südens. Das internationale Finanzkapital zog ab und ließ die Währungen abstürzen, die nicht durch stabile Devisenreserven gedeckt waren. Das ist ein Dilemma, mit dem Argentinien immer zu kämpfen hatte: Wenn eine Währung auf den internationalen Finanzmärk-

ten unter Attacke gerät – in dem Sinne, dass mehr Spekulanten eine Währung verkaufen als kaufen wollen – dann fällt der Wechselkurs. Um diesen zu stabilisieren, müssen die Geldpolitiker des Landes auf ihre Devisenreserven zurückgreifen, um die eigene Währung auf den Märkten aufzukaufen. Bildlich gesprochen: Die Geldpolitiker müssen in den Keller gehen, schauen, was dort noch an US-Dollar und Euros zur Verfügung steht, und mit den Fremdwährungen als Käufer für den argentinischen Peso agieren. Das Problem: Nach vielen Jahren hoher Leistungsbilanzdefizite, sowie einem geringen Vertrauen in der Bevölkerung in die eigene Währung, sind nur sehr wenige US-Dollar oder Euros in den Kellern der Geldpolitiker, sodass das Land den Attacken der Währungsspekulanten hilflos ausgeliefert ist. In der Tat zeigen die Daten, dass die Deckung über Devisenreserven im Verhältnis zur Auslandsverschuldung in Argentinien extrem dünn ist. Die Auslandsverschuldung selbst ist dagegen gewaltig – was die ganze Finanzierungslage für Argentinien zu einem explosiven Cocktail macht, da das Wechselkursrisiko enorm hoch ist. Abbildung 3 zeigt die Werte im Vergleich zu den Ländern aus Argentinien's Einkommensgruppe (den sogenannten »Ländern mit höherem mittlerem Einkommen«) und zu den Ländern mit niedrigerem mittlerem Einkommen.

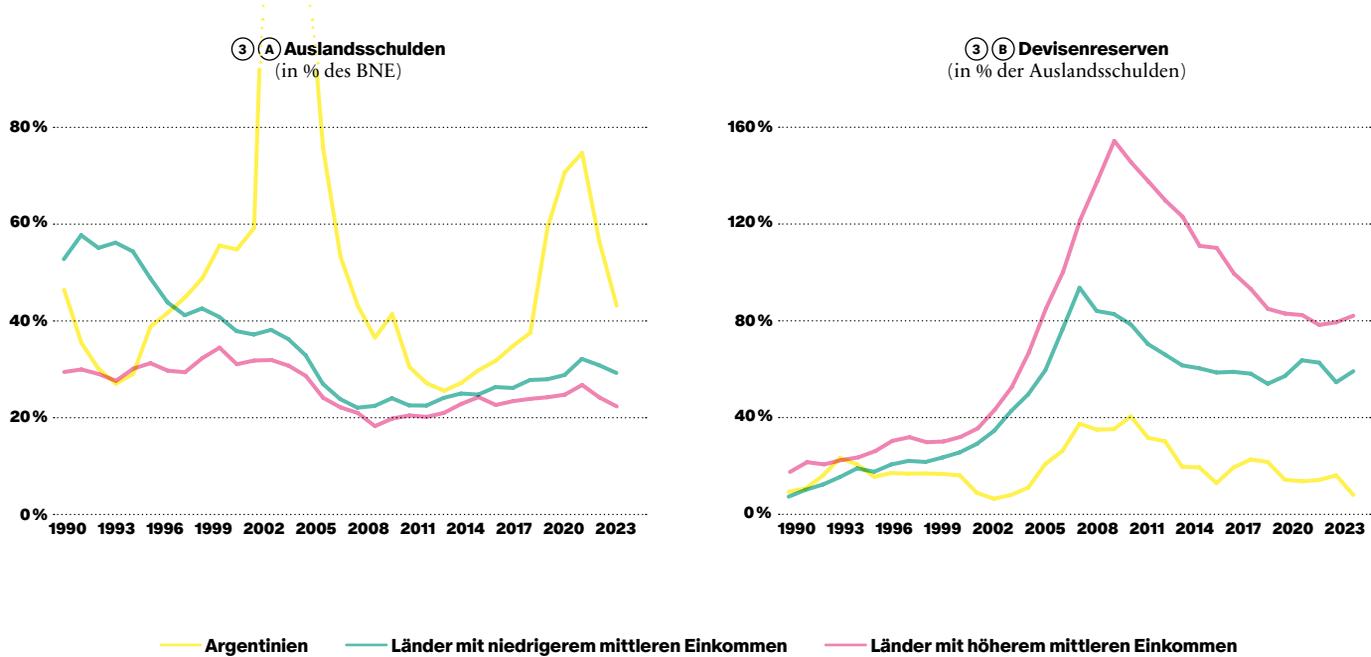
So entsteht ein Teufelskreislauf: Die massive Abwertung lässt die Inflation ansteigen, da die Preise für Importe durch die Decke gehen (und wichtige Güter wie Lebensmittel und Treibstoff müssen weiterhin importiert werden), während die Zentralbank über saftige Zinserhöhungen versucht, den Abfluss des Kapitals zu begrenzen und die Attraktivität für internationale Spekulanten zu erhöhen. Zu-

gleich steigen die Nominallöhne rapide an, um die Kaufkraftverluste wieder wettzumachen, woraufhin die Unternehmen die gestiegenen Kosten auf die Preise überwälzen, was die Inflation weiter erhöht. Diese Achterbahnfahrt der Preise und auf den Kapitalmärkten entzieht der Realwirtschaft die Grundlage für Stabilität, Investitionen und Wachstum. Die COVID-19-Krise und ihre wirtschaftlichen Folgen verschlimmerten die Lage für Argentinien erheblich, denn auch hier waren Kapitalflucht, Zinserhöhungen und massive Inflation direkte Folgen. Der Weg für Milei war frei.

Der libertäre Messias verspricht eine goldene Zeit

Die vergangenen Jahrzehnte waren für die argentinische Bevölkerung von erheblichen Verwerfungen geprägt. Inflation, hohe Zinsen und soziale Krisen gehörten zum Alltag. Es wundert von daher nicht, dass die Botschaft eines libertären Messias, der einen radikalen Neustart verspricht, auf fruchtbaren Boden fällt. Die Menschen waren müde, erschöpft und frustriert von Dauerkrisen.

Dabei waren die Rezepte, die Milei der Wirtschaft verordnete, alles andere »populär«. Das Programm der »Kettensäge« hatte im Grunde nur einen Inhalt: Zerstörung und Verwüstung, in der vagen Hoffnung, dass aus der Asche ein neuer Phönix käme. Die größten Kürzungen gab es bei den Renten, die die Protestwelle in Argentinien auslösten. In der wirtschaftsliberalen Presse gilt der Ansatz als erfolgversprechend – und als erste »Erfolge« werden eine sinkende Inflation, ein ausgeglichener Staatshaushalt und solide Wachstumsprognosen genannt. Dass die Wirtschaft im Jahr 2024 massiv einbrach, wird als »notwendiger Preis« für einen nachhaltigen Aufschwung gewertet.



Quelle: Weltbank

Allerdings greift es zu kurz, den Einbruch, den die argentinische Wirtschaft durchmachen musste, als »Nebenprodukt« einer ansonsten notwendigen Politik abzutun. Ein prognostiziertes Minus von mehr als 3 Prozent nach einem Rückgang von 1,6 Prozent im Vorjahr stellt eine massive Krise dar. Die Industrieproduktion brach ein weiteres Mal ein – vor allem in den kapitalintensiven Sektoren. Auch wenn sich die Lage im vierten Quartal 2024 stabilisiert hat, so stand im Dezember 2024 unter dem Strich ein Einbruch von 9,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die Armutsquote stieg im Sommer 2024 auf 53 Prozent, bevor sie im Zuge der Erholung, die dem Einbruch folgte, auf ein ähnlich hohes Niveau wie vor der Krise von 38 Prozent zurückging.

Wie vielversprechend wird die Zukunft?

Die in der Presse lancierten Hoffnungsschimmer müssen in dem Zusammenhang ebenfalls eingeordnet werden. Dass die Verlaufsrate der Inflation (von Monat zu Monat) sinkt, ist angesichts des Ausmaßes des Einbruchs sowie sinkender Inflationsraten weltweit keine Überraschung. Zudem verschleiert die Zahl, dass die Inflation im Vergleich zum Vorjahr – ein viel relevanterer Parameter für eine seriöse Analyse – im Jahr 2024 mit 220 Prozent enorm hoch war. Für 2025 wird immer noch eine Inflation von über 40 Prozent prognostiziert, wobei es hier bereits einen Streit zwischen den offiziellen Prognosen der Milei-Regierung und den internationalen Institutionen gibt.

Dass Milei einen ausgeglichenen Staatshaushalt vorweisen kann, ist wiederum nur auf radikale Kürzungen, nicht auf bessere Einnahmen zurückzuführen. Weshalb es eine große Kunst sein sollte, ohne Rücksicht auf Verluste mit der Kettensäge durch den Staat zu gehen, um am Ende dann eine schwarze Null zu präsentieren, bleibt offen. Viel wichtiger für die Wirtschaft allerdings ist, dass die radikalen Kürzungen zunächst einen Nachfrageausfall für die Unternehmen bedeuten – und vom Staat für die Zukunft keine Impulse zu erwarten sind. Von den privaten Haushalten wird ebenso wenig kommen. Nach einem Einbruch der Reallöhne und dem Anstieg der Armut und Arbeitslosigkeit ist die Einkommenssituation für die meisten Haushalte extrem angespannt, sodass ein Boom des privaten Konsums sehr unwahrscheinlich bleibt. Auch die Geldpolitik wird absehbar restriktiv bleiben, da die Inflation mit mehr als 40 Prozent im Jahr 2025 weiterhin hoch ist (und hohe Zinsen in einer libertären Welt ohnehin als wünschenswert angesehen werden). Die Investitionstätigkeit der Unternehmen dürfte von daher geldpolitisch abgewürgt werden.

Der letzte Hebel wäre damit das Ausland. Wird die Wirtschaft möglicherweise über einen Exportboom angekurbelt, wie in den



Fußballfans und junge Menschen solidarisieren sich mit den protestierenden Rentnern. Da wird der Ton schon mal rauer.



2000er Jahren der Fall war? Die Abwertung des Pesos um 50 Prozent, die eine der ersten Amtshandlungen von Milei war (anschließend wurde der Peso pro Monat um 2 Prozent abgewertet), sprach dafür, dass die Regierung dafür die Bedingungen schaffen wollte. Doch durch die hohe Inflation hat das Land seither real wieder stark aufgewertet – und ist heute genauso teuer wie zu Beginn von Mileis Amtszeit. Wenn die kontrollierten Abwertungen nun zurückgeschraubt werden, wie Milei es vorsieht, dann wird das Land angesichts der höheren Inflation real weiter aufwerten – und die Probleme der Vergangenheit werden Argentinien wieder einholen. Ein Exportboom kann angesichts dieser Bedingungen ausgeschlossen werden.

Die radikale Rechte wird von der Realität eingeholt werden

Weder vom Staat noch Unternehmen, Haushalten oder dem Ausland können für die argentinische Wirtschaft Impulse erwartet werden. Nach dem sehr tiefen Einbruch 2024 wird es in diesem Jahr möglicherweise etwas Wachstum verzeichnet werden können, doch die im Raum stehenden Größenordnungen von 4 bis 5 Prozent dürften nicht erreicht werden. Auch für die Zukunft gibt es derzeit nichts, was dafür sprechen würde, dass sich die Wirtschaft nach der marktradikalen Rosskur solide entwickeln würde.

Die vielen »Strukturreform«-Programme, die Argentinien im Laufe seiner Geschichte durchgehen musste, und den Versprechen der konservativen Premiers, durch »mehr Markt« die Wirtschaft auf Kurs zu bringen, sind gescheitert. Entgegen den weitläufigen Behauptungen, dass in Argentinien seit Jahrzehnten

nur Sozialisten regiert hätten, reicht ein Blick in die Nachkriegszeit, um diese Behauptung zu widerlegen. Das Bruttonationaleinkommen pro Kopf sank im Langfristvergleich vor allem während der faschistischen Militärdiktatur von 1976 bis 1983, anschließend nochmal unter der Regierung von Carlos Menem von 1989 bis 1999 und seines Nachfolgers Fernando de la Rúa – die nach über einem Jahrzehnt marktliberaler Reformen im Staatsbankrott 2001 endete – und während der Amtszeit des Rechtspopulisten und Darlings der Wall Street, Mauricio Macri, von 2015 bis 2019. (vergleiche Abbildung ②).

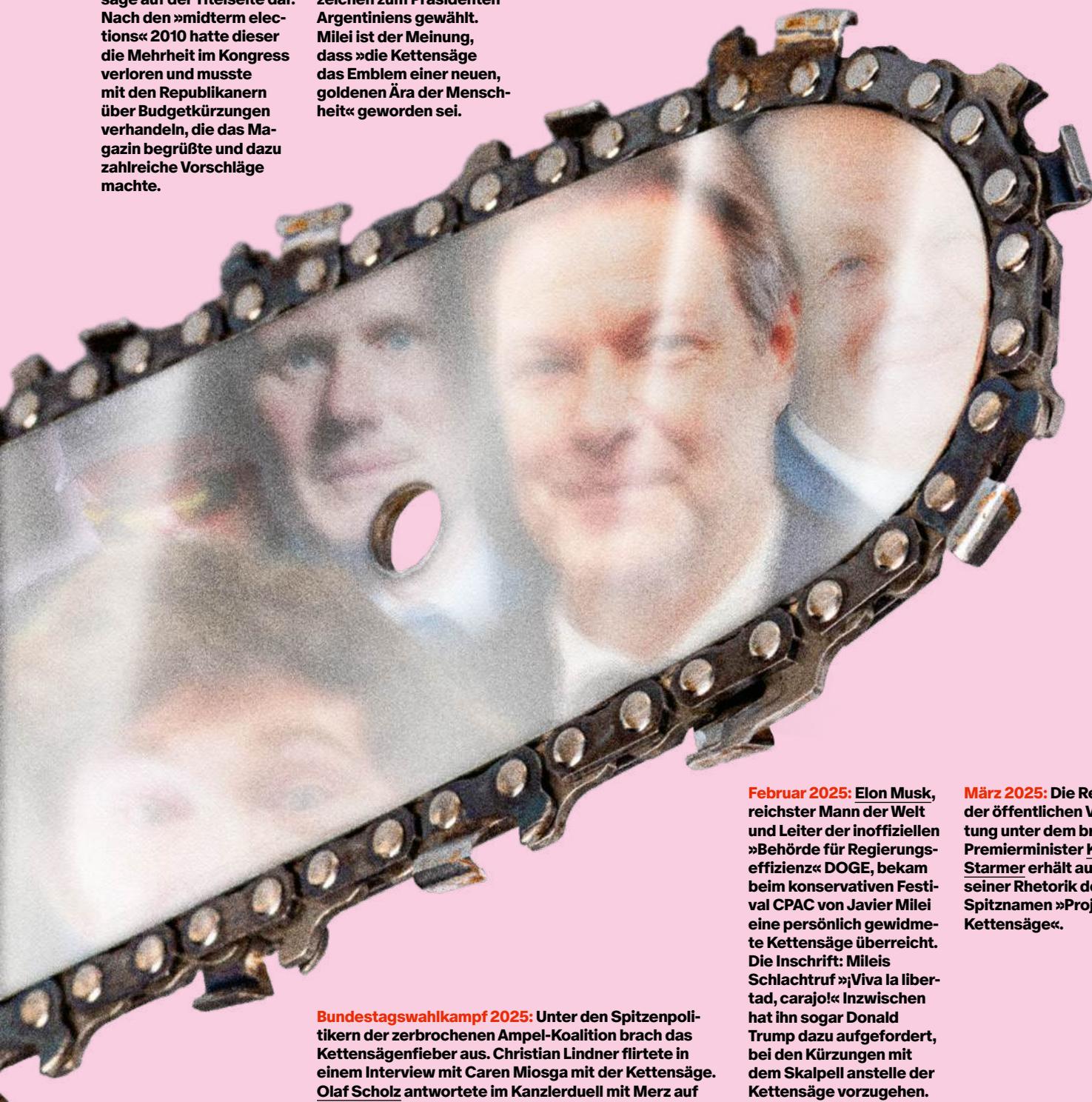
Die Rezepte, die nun im marktliberalen »Versuchslabor Argentinien« ausprobiert werden, sind damit nicht neu. In ihrer Ausführung allerdings sind sie viel radikaler als alles, was zuvor durchgedrückt wurde – sodass sich die Politik nahtlos in die Herangehensweise der globalen Rechtspopulisten einfügt: Das private Kapital setzt seine Interessen mit Knüppeln und in Verachtung der Gewaltenteilung durch. Wirtschaftlich erfolgreich wird es nicht sein. Spätestens wenn die Misere sich verfestigt, dürften auch die Umfragewerte für Milei kippen. ●

PATRICK KACZMARCZYK ist Ökonom an der Universität Mannheim und Redakteur bei Surplus. Zuletzt war er Leiter für volkswirtschaftliche Grundsatzfragen beim Wirtschaftsforum der SPD und UNO-Berater.

Wie die Politik lernte, die Kettensäge zu lieben

2011: Das liberale Magazin »The Economist« stellt den US-Präsidenten **Barack Obama** mit Kettensäge auf der Titelseite dar. Nach den »midterm elections« 2010 hatte dieser die Mehrheit im Kongress verloren und musste mit den Republikanern über Budgetkürzungen verhandeln, die das Magazin begrüßte und dazu zahlreiche Vorschläge machte.

Oktober 2023: Der liberale Wirtschaftsprofessor **Javier Milei**, der laut eigenen Angaben direkt mit Gott und seinem verstorbenen Hund kommuniziert, wird mit der Kettensäge als Markenzeichen zum Präsidenten Argentiniens gewählt. Milei ist der Meinung, dass »die Kettensäge das Emblem einer neuen, goldenen Ära der Menschheit« geworden sei.



Bundestagswahlkampf 2025: Unter den Spitzenpolitikern der zerbrochenen Ampel-Koalition brach das Kettensägenfieber aus. **Christian Lindner** flirtete in einem Interview mit **Caren Miosga** mit der Kettensäge. **Olaf Scholz** antwortete im Kanzlerduell mit **Merz** auf die Frage, ob man für die ausufernde Bürokratie eine Kettensäge bräuchte: »Stimmt.« **Robert Habeck** setzte noch einen drauf. Bei einem Unternehmertag sagte er mit Blick auf das Lieferkettengesetz, man müsse »die Kettensäge anwerfen und das ganze Ding wegbohlen.«

Februar 2025: **Elon Musk**, reichster Mann der Welt und Leiter der inoffiziellen »Behörde für Regierungseffizienz« **DOGE**, bekam beim konservativen Festival **CPAC** von **Javier Milei** eine persönlich gewidmete Kettensäge überreicht. Die Inschrift: **Mileis Schlachtruf** »¡Viva la libertad, carajo!« Inzwischen hat ihn sogar **Donald Trump** dazu aufgefordert, bei den Kürzungen mit dem Skalpell anstelle der Kettensäge vorzugehen.

März 2025: Die Reform der öffentlichen Verwaltung unter dem britischen Premierminister **Keir Starmer** erhält aufgrund seiner Rhetorik den Spitznamen »Projekt Kettensäge«.



Aufrüstung

Deutschland entdeckt seine Liebe zum *Militär-Keynesianismus*

CDU und SPD haben die Schuldenbremse im deutschen Grundgesetz reformiert. Die Entgrenzung der Militärausgaben gefährdet die ökonomische Zukunft des Landes.

Von **Isabella Weber** und **Tom Krebs**



Erstmals seit Jahrzehnten rüstet Deutschland wieder auf. In den laufenden Koalitionsverhandlungen haben sich CDU und SPD bereits darauf geeinigt, Militärausgaben über einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts von der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse auszunehmen. Die Grundgesetzänderung, die Bundestag und Bundesrat mit den Stimmen der Grünen beschlossen hat, markiert eine echte Zeitenwende in der deutschen Finanzpolitik – und wird auf Jahre hinaus zu Pfadabhängigkeiten führen.

Aus ökonomischer Sicht bekennen sich CDU, SPD und Grüne mit der Regelung zu einem dauerhaften militärischen Keynesianismus, wie er in den USA schon seit langer Zeit üblich ist und unter Ronald Reagan seinen Höhepunkt erreichte. Künftige Regierungen dürfen jetzt davon ausgehen, dass sie mit schuldenfinanzierten Finanzpaketen die Staatsaus-

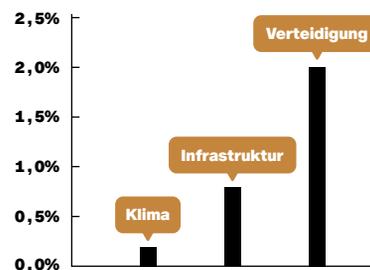
gaben für Drohnen, Kanonen und Panzer unbegrenzt erhöhen können. Dies ist eine überraschende Entwicklung in einem Land, in dessen politischer Kultur Haushaltsdefizite lange Zeit als Teufelszeug galten. Der Bundestag hatte die Schuldenbremse 2009 mit dem Ziel eingeführt, das Strukturdefizit ab 2016 auf lediglich 0,35 Prozent des BIP zu begrenzen.

Entscheidung gegen Klimapolitik

Der Schock darüber, dass Donald Trump erneut zum US-Präsidenten gewählt worden ist, war offenbar schwerwiegend genug, um die strenge fiskalische Disziplin der Schuldenbremse aufzuweichen. Das Problem ist allerdings, dass sich die neue Herangehensweise hauptsächlich auf die Militärausgaben konzentriert, und die Spielräume für zusätzliche Klimainvestitionen sehr begrenzt bleiben. Das Bekenntnis zum militärischen Keynesianismus ist auch eine Entscheidung gegen ambitionierten Klimaschutz. Letzterer ist zu einem Thema mit nachrangiger Priorität geworden. Dabei ist es

Ein Leopard 2 Kampfpfänger demonstriert seinen Nebelwerfer.

Deutschlands voraussichtliche jährliche Defizit Ausgaben in Prozent des BIP nach der Verfassungsänderung



Jährliche Defizit Ausgaben in drei Bereichen über die nächsten 12 Jahre. Die Defizit Ausgaben für die Verteidigung sind nicht gedeckelt, und die Grafik zeigt die Defizit Ausgaben, falls die gesamten Verteidigungsausgaben dem Ziel von 3 % des BIP entsprechen.

Quelle: Isabella Weber und Tom Krebs

mit der Wiederwahl Trump wichtiger denn je, dass Europa und Deutschland eine Führungsrolle im Kampf gegen den Klimawandel übernehmen.

Die grüne Transformation erfordert einen grünen Keynesianismus. Die Novellierung der Schuldenbremse setzt stattdessen einseitig auf die Erhöhung der Militärausgaben. Damit wird ein Sektor gefördert, der für seinen intensiven Verbrauch von fossilen Brennstoffen bekannt ist. Die Ausnahmeregelung stellt faktisch eine Dauersubvention für Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren dar. Deutschland wird künftig mehr Panzer und Truppentransporter produzieren, aber weniger Elektrofahrzeuge und Windkraftanlagen. Rheinmetall hat bereits angekündigt, man könne bestehende Automobilwerke auf die Produktion von Militärfahrzeugen umrüsten.

Einige Ökonomen argumentieren nun, dass man beides haben kann – mehr Panzer *und* mehr Elektrofahrzeuge. Prinzipiell ist das sicher richtig: Da Deutschland über ungenutzte Produktionskapazitäten verfügt, dürfte eine expansive Fiskalpolitik die gesamtwirtschaftliche Produktion erheblich steigern. Aber ein signifikanter Anstieg der inländischen Produktion von Elektrofahrzeugen und Windkraftanlagen wird nur dann stattfinden, wenn die expansive Fiskalpolitik eben auch diese Produkte gezielt fördert. Wenn die Ausgaben hingegen stark auf die mit fossilen Brennstoffen befeuerte Rüstungsproduktion ausgerichtet sind, wie es bei den aktuellen Änderungen der Schuldenbremse der Fall ist, wird die Chance zum Aufbau grüner, sauberer Tech-Industrien vertan.

Viele Menschen setzen ihre Hoffnungen auf den Investitionsfonds, der Teil der Schuldenbremsen-Reform ist und defizitfinanzierte Ausgaben in Höhe von 400 Milliarden Euro für Infrastruktur sowie weitere 100 Milliarden für grüne Investitionen in den kommenden zwölf Jahren ermöglicht. Natürlich ist es durchaus sinnvoll, mehr Spielraum für kreditfinanzierte Investitionen in die Energie- und Verkehrsinfrastruktur zu schaffen: Beide sind für einen erfolgreichen grünen Übergang selbstverständlich notwendig. Auch die zusätzlichen Mittel für Investitionen in saubere Technologien sind ein Schritt in die richtige Richtung. Doch mit lediglich 8,33 Milliarden Euro pro Jahr für grüne Industriepolitik wird Deutschland nicht in der Lage sein, den Übergang zu einer grünen Wirtschaft langfristig zu schaffen.

Um die Unwucht bei den geplanten Investitionen zu verstehen, ist der Blick auf einige Zahlen hilfreich. Wenn die nationalen Verteidigungsausgaben das derzeitige Ziel von drei Prozent des BIP pro Jahr erreichen, dann können nach den neuen Regeln Militärausgaben in Höhe von zwei Prozent des BIP schuldenfinanziert werden. Im Gegensatz dazu sind die schuldenbasierten Ausgaben für Infrastruktur-

Während die Militärausgaben keine fiskalischen Grenzen mehr kennen, stehen Sozialleistungen oder Zuschüsse in der Elternzeit bereits auf der Kippe.

investitionen auf 0,8 Prozent des BIP pro Jahr begrenzt, und für Klimainvestitionen liegt die Defizitgrenze bei nur 0,2 Prozent des BIP pro Jahr. Die daraus entstehenden Anreize lassen sich nicht leugnen: Diese Reform der Schuldenbremse wird eindeutig zu einer erheblichen Umverteilung von Ressourcen und Produktion führen; weg von grünen Technologien und hin zum Rüstungssektor.

Treibstoff für die AfD

Die jüngste Energiekrise in Europa hat bereits gezeigt, dass steigende Energiepreise sowohl die Gesellschaft spalten als auch die Klimaziele beeinträchtigen können. Ohne eine grüne Industriepolitik und einen ambitionierten grünen Keynesianismus wird sich Deutschlands Klimastrategie auf CO₂-Preise und Regulierung beschränken – zwei Ansätze, die den Klimaschutz tendenziell unpopulär machen und am Ende den Interessen fossiler Brennstoffkonzerne sowie politischen Extremisten in die Hände spielen können.

Wenn die Wählerinnen und Wähler glauben, dass ihre Regierung unbegrenzte Summen für die Verteidigung ausgibt, während sie selbst gezwungen werden, die finanziellen Bürden des grünen Wandels zu schultern, wird die Unterstützung für die AfD wahrscheinlich noch mehr zunehmen. Während die Militärausgaben keine fiskalischen Grenzen mehr kennen, stehen Sozialleistungen oder Zuschüsse in der Elternzeit bereits auf der Kippe. Dies wird die Unzufriedenheit weiter schüren und die Unterstützung für die radikale Rechte erhöhen. Und mit einer solchen Entwicklung wird beides – die nationale Sicherheit und der Klimaschutz – gefährdet. ●

ISABELLA WEBER ist Professorin für Volkswirtschaftslehre an der University of Massachusetts Amherst sowie Herausgeberin von Surplus.

TOM KREBS ist Professor für Makroökonomik und Wirtschaftspolitik an der Universität Mannheim und Mitglied in der Mindestlohnkommission.



Vertragsunterzeichnung: Das Heer der Niederlande steht seit 2023 unter deutscher Führung.

AfD

Wirtschaftsverbände gehen bisher auf Distanz zur AfD. Doch die Partei arbeitet daran, sich als Alternative für Kapitalinteressen aufzustellen. Von **Sebastian Friedrich**



Die AfD ist im Bundestag die Partei der Unternehmer – zumindest, wenn man den Berufsanfragen der Abgeordneten der neuen Legislaturperiode folgt.

Laut einer Auswertung der Stiftung Familienunternehmen und Politik gaben 17 Abgeordnete der AfD-Fraktion an, Unternehmer oder selbstständig zu sein. Zum Vergleich: In der Unionsfraktion sind es elf, bei der SPD fünf, bei den Grünen vier und bei den Linken keiner. Damit beerbt die AfD die FDP, die bislang die meisten Unternehmer stellte.

Rainer Kirchdörfer, Vorstand der Stiftung Familienunternehmen und Politik, spricht von einer bedauerlichen Entwicklung. Viele Familienunternehmen hielten die Politik der AfD für untauglich, so Kirchdörfer. Das deckt sich mit den Einschätzungen des Verbands Die Familienunternehmer, der sich 2024 scharf gegen die AfD positionierte. Die Wirtschaftspolitik der AfD sei gegen die Interessen mittelständischer Familienunternehmen gerichtet, hieß es in einem Papier. So verursache etwa die Forderung nach einem EU-Austritt gravierenden wirtschaftspolitischen Schaden. Ein damit verbundener Rückzug aus dem europäischen Binnenmarkt würde die exportorientierte Wirtschaft erheblich schrumpfen lassen. Ähnliche Kritik kam zuletzt auch aus anderen Verbänden. So bezeichnete BDI-Chef Peter Leibinger Ende Januar das Wirtschaftsprogramm der AfD als irrsinnig und katastrophal für Deutschland, da die Partei die dringend benötigte Zuwanderung verhindern sowie aus EU und Euro austreten wolle.

Derart deutliche Abgrenzungen gegenüber der AfD waren zur Anfangszeit der Partei höchstens vereinzelt zu hören. Im Gegenteil: Am Gründungsprozess war unter anderem Hans-Olaf Henkel maßgeblich beteiligt – ein früherer BDI-Präsident, der eines der prominentesten Gesichter der neuen Partei war. Vor allem aus Reihen der Familienunternehmer gab es damals optimistische Töne zur Parteienneugründung. Es fanden mehrere Veranstaltungen mit Bernd Lucke im Umfeld des Verbands statt, und führende Vertreter äußerten sich wohlwollend. Grundlage dafür war ein ökonomischer Konflikt im Zuge der Euro-Krise: Während exportorientierte Kapitalfrak-

Die Alternative fürs Kapital

tionen in den Debatten um Griechenlands Verbleib im Euroraum für eine neoliberale Vertiefung der europäischen Integration eintraten, pochte der Familienunternehmerverband stärker auf nationalstaatliche Souveränität, sprach sich etwa für fiskalpolitische Verschärfungen aus und stellte sich gegen eine wirtschaftspolitische Europäisierung. Zunächst versuchten Ökonomen um AfD-Gründer Bernd Lucke, die diese Positionen teilten, Druck auf die damalige schwarz-gelbe Regierung auszuüben. Als sie merkten, dass sie mit publizistischen Interventionen keinen Erfolg hatten, verbündeten sie sich mit rechts- und nationalkonservativen Kräften um Beatrix von Storch sowie den ehemaligen CDU-Mitgliedern Alexander Gauland und Konrad Adam und gründeten die AfD als rechte Sammlungspartei.

Der solidarische Patriotismus ist gescheitert

Nachdem Rechtsradikale in die neue Partei geströmt waren, radikalisierte sich die AfD immer weiter. Spätestens nachdem Bernd Lucke, Hans-Olaf Henkel und andere die Partei im Sommer 2015 verlassen hatten, verloren auch Verbände und Kapitalfraktionen das Interesse an der Partei.

Innerparteilich waren die Folgejahre nach dem Abgang der Gruppe um Lucke von Macht- und Richtungskämpfen geprägt. Dabei ging es

nicht nur um die Frage, wie weit rechts die Partei stehen könne, sondern auch um die wirtschafts- und sozialpolitische Ausrichtung. Insbesondere ostdeutsche Landesverbände und Teile des neurechten Vorfelds propagierten einen solidarischen Patriotismus und versuchten – zumindest ansatzweise –, das rechtsradikale Milieu vom Neoliberalismus zu lösen, der viele europäische Rechtsaußenparteien seit den 1980er Jahren geprägt hatte. Dieser Versuch der Entneoliberalisierung verdichtete sich im Streit um ein Rentenkonzept, der auf einem mehrfach verschobenen Sozialparteitag Ende 2020 beigelegt wurde. Es gelingt der AfD seit dem Jahr 2015, sich erfolgreich als Partei der »kleinen Leute« und der Arbeiter zu inszenieren. Laut Wahlnachbefragungen stimmten bei der letzten Bundestagswahl 38 Prozent derjenigen, die sich selbst als Arbeiter bezeichnen, für die AfD.



Investor Rainer Zittelman schließt strategische Zusammenarbeit mit der AfD nicht aus.

1,5 Mio Euro

Winfried Alexander Stöcker
(deutscher Mediziner und Unternehmer)

1 Mio Euro

Horst Jan Winter
(deutscher Unternehmer, ehemaliges
Aufsichtsratsmitglied der Böttcher AG)

2,35 Mio Euro

Gerhard Dingler
(Ex-FPÖ-Funktionär und Unternehmer)

Trotz diverser Austritte, großer Debatten um Sozialpolitik und der Erschließung neuer Wählerspektren hat sich programmatisch erstaunlich wenig geändert: Die AfD vertritt im Kern nach wie vor marktliberale Positionen – etwa die Forderung nach Steuersenkungen und die Ablehnung der Vermögensbesteuerung. Wirtschaftspolitisch steht sie klar für mehr Markt und weniger Staat und für eine Umverteilung von unten nach oben. Darauf deutet eine Studie des Verteilungsökonom Holger Stichnoth vom Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung hin, der die Wahlprogramme der großen Parteien verglichen hat. Ergebnis: Von den AfD-Plänen würden vor allem höhere Einkommen profitieren. Zu einem ähnlichen Ergebnis kam auch Stefan Bach vom DIW in seinen Berechnungen. Von einer Entneoliberalisierung kann also kaum die Rede



sein. Zuletzt zeigt sich sogar, dass das rechtslibertäre Spektrum beflügelt durch die Wahlsiege von Javier Milei in Argentinien und den Einfluss Elon Musks in den USA auch innerhalb der AfD wieder stärker wahrnehmbar ist.

Auffällig ist, dass die AfD im Bundestagswahlkampf mehr Großspenden als jemals zuvor erhalten hat. Der österreichische Unternehmer Gerhard Dingler überwies 2,35 Millionen Euro für Plakatwerbung. Medienberichten zufolge könnte Dingler als Strohmann für einen sehr reichen Immobilienunternehmer fungieren, der bereits in der Vergangenheit verdeckt AfD-nahe Kampagnen finanziert haben soll. Zudem flossen rund eine Million Euro von Horst Jan Winter sowie 1,5 Millionen Euro von Winfried Alexander Stöcker. Diese Spenden zeigen, dass einzelne wirtschaftlich potente Akteure bereit sind, die AfD finanziell zu fördern – sei es aus ideologischer Überzeugung oder aus strategischen Erwägungen.

Diese Unterstützung bleibt jedoch punktuell. Wirtschaftsverbände oder gar einzelne Kapitalfraktionen machen weiterhin einen großen Bogen um die AfD. Das verdeutlicht: Die AfD ist aktuell vor allem ein Machtprojekt. Sie ist aber nicht eingebunden in ein Hegemonieprojekt, das in der Lage wäre, unter Einführung führender Kapitalfraktionen den Kapitalismus weiterzuentwickeln. Weder grüne Modernisierer des Kapitalismus noch fossilistische Kapitalfraktionen sehen derzeit in der AfD einen politischen Partner. Ebenso wenig ein sich gerade abzeichnender Aufrüstungskeynesianismus. Ein eigenes, dezidiert faschistisches oder rechtsradikales Hegemonieprojekt ist trotz der Stärke der AfD momentan nicht in Sicht.

Dennoch zeichnet sich ein Weg zur Macht für die AfD ab. Der entscheidende Hebel ist das Verhältnis der AfD zum Euro, zur EU und zur NATO. Auch Friedrich Merz betonte im Wahlkampf immer wieder, man werde mit der Partei nicht kooperieren, da sie gegen die Westbindung stehe. Doch gerade in diesen Punkten hat sich die AfD zuletzt bewegt. Auf dem letzten Parteitag verschwand die explizite Forderung nach einem Austritt aus der EU aus dem Wahlprogramm. Auf einen Formelkompromiss geeinigt, steht man dem Staatenbund zwar immer noch sehr kritisch gegenüber, aber nicht mehr so rigoros wie noch zuvor. Ähnliches gilt für das Thema NATO: Noch 2024 äußerten führende Politiker offen Austrittswünsche. Im Wahlprogramm war dann von der NATO als »zentrales Element unserer Sicherheitsstrategie« zu lesen. Selbst beim Euro passt man sich an: Zwar fordert die AfD im Bundestagswahlprogramm weiterhin eine Rückkehr zur D-Mark, doch im Wahlkampf relativierte Alice Weidel diese Position, als sie bei Caren Miosga erklärt hat, ein Austritt aus dem Euro sei »viel zu spät«.

Das Wirtschaftsprogramm der AfD ist nicht weit entfernt von FDP und Union

Kurz- bis mittelfristig führt der Weg zur Macht für die AfD nur über einen pragmatischen Kurs. Eine taktische Mäßigung ist dabei nicht in allen Bereichen notwendig: Wirtschafts- und sozialpolitisch ist das Programm der AfD nicht weit entfernt von FDP und Union. Auch migrationspolitisch gibt es – nach diversen Rechtsverschiebungen der politischen Mitte, einschließlich der Ampel-Regierung – immer mehr Schnittmengen. Zwischen Mitte und Rechtsradikalismus klafft keine unüberbrückbare Kluft mehr.

Die Anpassungen der AfD erinnern an Giorgia Meloni in Italien, die zwar innenpolitisch einen klar rechten Kurs verfolgt, sich aber außen- und wirtschaftspolitisch an das politische wie ökonomische Establishment angepasst hat. Offiziell wird eine »Melonisierung« in Teilen der AfD und des neurechten Vorfelds abgelehnt. Taktischer Machtpragmatismus scheint praktisch aber auf dem Vormarsch zu sein.

Und auch auf der anderen Seite gibt es ein wenig Bewegung: Während des Bundestagswahlkampfes haben sich einige wirtschaftsnahe Konservative für eine Minderheitsregierung aus Union und FDP ausgesprochen, die – stillschweigend oder bewusst – von der AfD toleriert werden könnte. Thorsten Alsleben, Geschäftsführer der wirtschaftsliberalen Lobby-Organisation Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), schlug eine solche Konstellation vor. Mit SPD und Grünen sei eine Regierungsbeteiligung für Union und FDP ausgeschlossen – eine Minderheitsregierung sei daher die pragmatischste Lösung. Ob die AfD mitstimme oder nicht, sei »egal«. Später relativierte er und stellte klar, dass er nicht zur Wahl der AfD aufrufe. Expliziter war Rainer Zitelmann. Der Ex-Linke, Ex-Neurechte, Immobilienmillionär und Bodybuilder sprach sich für eine strategische Zusammenarbeit mit der AfD aus. Eine Minderheitsregierung aus Union und FDP, die mit wechselnden Mehrheiten regiert, bezeichnete er als eine Chance. Bei der Russland-Ukraine-Politik könnte man gemeinsam mit den Grünen zusammenarbeiten, in der Migrations- und Klimapolitik mit der AfD, so Zitelmann. Michael Wolffsohn vertrat eine ähnliche Position in der WELT.

Noch scheut das Kapital die AfD – mit wenigen Ausnahmen. Doch die Partei arbeitet daran, sich als kalkulierbares Risiko zu präsentieren, das für wirtschaftliche Akteure immer bezahlbarer wird. ●

SEBASTIAN FRIEDRICH ist Journalist und Sozialwissenschaftler. Er beschäftigt sich seit Jahren mit der Neuen Rechten und der AfD.

Rechte Abzocke

Rechte Politiker kann man nicht nur wählen – man kann auch in sie investieren. Unter dem Vorwand, Ungleichheit abbauen zu wollen, bereichern sich Trump und seinesgleichen noch weiter. Von **Wolfgang M. Schmitt**



Inzwischen ist die Redeweise »in etwas investiert sein« über die Finanzmarktbranche hinaus geläufig. Wie sehr man in politischen Aktivismus, in eine

Freundschaft oder sogar in die Liebe investieren sollte, ist eine Fragestellung, die auf eine Ausweitung der Betriebswirtschaft in alle Lebensbereiche hindeutet. Da wundert es nicht, dass man auch direkt in politische oder ideologische Programme investieren kann: Donald Trump hat seinen eigenen Coin, Gattin Melania ebenfalls, und auch der rechtslibertäre Influencer Jake Paul hat einen nach ihm benannten Coin herausgegeben, der auf der Binance Smart Chain (BSC) basiert. Der rechte und wegen Menschenhandel angeklagte Streamer Andrew Tate hat bereits mehrere digitale Münzen emittiert, zuletzt den auf der Solana-Blockchain gestarteten Meme-Coin Daddy Tate. Die Liste rechter Influencer und Politiker, die mit solchen oder ähnlichen vermeintlichen Ersatzwährungen Geschäfte machen, wird täglich länger. Aber auch eher unpolitische Prominente mit Hang zum Skandal, wie etwa Lindsay Lohan, locken Fans mit solch ominösen Angeboten.

Das Geschäftsmodell sieht in der Regel so aus: Auf einer oder mehreren Krypto-Plattformen wird der Coin den Fans zum Kauf angeboten, während die Emittenten bereits einen gewissen Anteil daran halten. Zudem kann, wie im Falle von Trump geplant, die Menge an Einheiten schrittweise erhöht werden – genauso, wie Unternehmen neue Aktien auf den Markt werfen können. Diese Coins richten sich weniger an institutionelle Anleger, sondern vor allem an Normal- und Niedrigverdiener, da Kleinvieh bekanntlich auch Mist

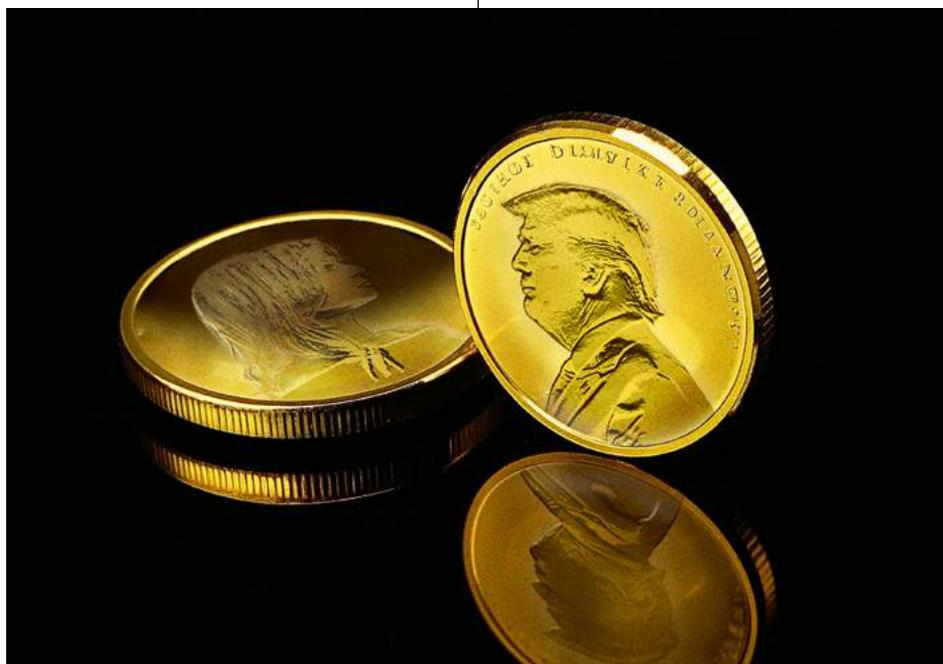
machen kann. Ist die Nachfrage hoch, steigt wie bei einer Aktie der Kurs, was die Gründer schnell reich machen kann, wenngleich es sich zunächst nur um einen Buchwert handelt, der realisiert werden will. Sobald jedoch viele Coins verkauft werden, fällt der Kurs. Einen realen Wert gibt es nicht, während bei einer Aktie das dazugehörige Unternehmen sehr wohl wertvoll sein kann.

Folglich kommt es zu schnelllebigen Hypes, wobei die Gewinne des einen die Verluste des anderen bedeuten. Es ist ein Nullsummenspiel. Wer zu spät die Coins wieder abstößt, zählt zu den Verlierern. Da jedoch dieser Prozess notwendigerweise auf einem Nacheinander basiert und nicht alle gleichzeitig den Gewinn auf dem Höhepunkt realisieren können, produziert dieses System viele Verlierer und wenige Gewinner. Häufig löst in der libertären Krypto-Szene ein Hype den anderen ab: So stieg der im Januar kurz vor der Inauguration herausgebrachte Trump-Coin von 7 auf über 70 Dollar, sank abrupt jedoch nicht zuletzt deshalb auf 38 Dollar, weil die Spekulanten rasch verkauften, um in den kurz danach publizierten Meme-Coin von Melania zu investieren. Dieser wiederum hat seit seinem Höhepunkt bis März 2025 mehr als 80 Prozent seines Wertes verloren. Wie viel reicher die Trumps und ihre Familienangehörigen durch die Coins geworden sind, ist schwer zu beziffern.

Wahlkampf mit Coins

Zweifellos haben wir es mit einem typischen Merkmal unserer Ära zu tun, die Anton Jäger mit dem Begriff »Hyperpolitik« treffend erfasst hat. Das Zeitalter der »Hyperpolitik« zeichnet sich durch eine Politisierung von nahezu allem aus, während keine nachhaltige politische Bewegung daraus erwächst. So machtvoll Trump auch ist: Hinter ihm stehen keine organisierten Bewegungen, sondern bloß Millionen Einzelne, die sich etwa bei MAGA-Events zu Ad-hoc-Gemeinschaften zusammenschließen und anschließend wieder trennen. Ihr Wahlkampf war auch deshalb erfolgreich, weil Trump und JD Vance durch diverse Podcast-Auftritte die individualisierten Ohren erreichen konnten.

Die Coins bieten nun die Gelegenheit, die Anhänger trotz aller Individualisierung langfristig an sich zu binden, denn sie sind buchstäblich in Trump und Co. investiert. Zudem kann zumindest kurzzeitig eine Wirkung eintreten, die man in liberalen Demokratien vergeblich sucht. Der Erfolg der Politiker spiegelt sich in der Wallet unmittelbar nieder – was bei Misserfolg selbstredend zu Verwerfungen führen wird. Der autoritäre Charakter, der bei vielen rechten Wählern ausgeprägt ist, sehnt sich nach Unterwerfung und kauft deshalb eifrig Coins, obwohl die Politiker und Influencer am längeren Hebel sitzen. Sie halten beträchtliche Anteile ihrer eigenen Währung, das heißt, ihr Vermögen wächst, wenn möglichst viele Fans ihr Geld da-



rin anlegen. Die Fans sind von der Gnade ihrer Idole abhängig. Man könnte sarkastisch sagen: Das ist immerhin ein Fortschritt gegenüber dem völlig wertlosen Merch, den Fans von Influencern früher gekauft haben, denn dabei gab es wirklich nichts zu gewinnen. Zugleich ist davon auszugehen, dass die Anhänger tiefer in die Tasche greifen, da ihr Wunsch nach Aufstieg groß ist, ebenso wie die Frustration über das Scheitern daran, weil gerade junge, nicht-hochqualifizierte Männer immer weniger reale Chancen haben. In dieser Situation verfährt das Influencer-Marketing, auf das zunehmend auch Politiker setzen, prächtig, da die Emittenten vorgeben, zu ihren Fans auf Augenhöhe zu sprechen, fälschlicherweise von Community reden und sich selbst als Vorbilder verkaufen, in deren Fußstapfen man bereits mit einem kleinen Investment treten kann. Wer Trump-Coins besitzt, wird glauben, ein kleiner Präsident zu sein.

Das leere Versprechen der Unabhängigkeit

Die Finanzprodukte der Rechtslibertären greifen Friedrich August von Hayeks Idee von der »Entnationalisierung des Geldes« wieder auf, womit dem Geldmonopol des Staates Konkurrenz gemacht werden sollte. Hayek schrieb: »Nichts kann also erwünschter sein, als der Regierung die Macht über das Geld zu nehmen und so dem anscheinend unwiderstehlichen Trend zu einem beschleunigten Anwachsen des vom Staat beanspruchten Anteils am Volkseinkommen Einhalt zu gebieten.« Dass Trump allein schon wegen Steuererleichterungen, Aufrüstung und KI-Investitionen weitere Schulden machen wird, ignorieren viele Rechtslibertäre geflissentlich. Bemerkenswerterweise soll das Krypto-Investment vom staatlichen Geld unabhängig machen, wobei häufig übersehen wird, dass die Referenz stets der Dollar bleibt, der auf dem US-amerikanischen Nationalstaat fußt. Zumal Trump ebendiesen regiert. Noch wichtiger ist, dass die vermeintliche Unabhängigkeit vom Staat teuer erkaufte ist, beziehungsweise wird die eine Abhängigkeit gegen eine ungleich größere eingetauscht. Das entinstitutionalisierte »Geld« steht und fällt mit ihren Emittenten (was geschieht eigentlich bei deren Tod?), während die Verschuldung eines mächtigen Staates vor dem Horizont der Ewigkeit zu betrachten ist: Er muss nicht an Tag X alle Schulden zurückzahlen.

Nun ist es müßig, sich über User zu amüsieren, die ihr Geld in dubiose Ersatzwährungen investieren, vor allem aber entgeht einem so leicht das Körnchen Wahrheit des libertären Ansatzes: der Versuch der Unabhängigkeit aufgrund von Staatskepsis. Was, wenn wirklich der Ernstfall eintritt und der Kriegszustand ausgerufen wird? Was, wenn junge Männer vor Krieg fliehen müssen? Was, wenn Investitionen in chinesische ETFs konfisziert oder Hausban-

Preisentwicklungen der offiziellen Kryptocoins von Melania und Donald Trump



Quelle: CoinMarketCap.com

Die Finanzprodukte der Rechtslibertären greifen Friedrich August von Hayeks Idee von der »Entnationalisierung des Geldes« wieder auf, womit dem Geldmonopol des Staates Konkurrenz gemacht werden sollte.

ken die Spareinlagen von 100.000 Euro nicht mehr gewähren können, da der Staat aufgrund eines Verteidigungsfalls gerade andere finanzielle Anstrengungen unternehmen muss? Das klingt zugegebenermaßen nach Prepper-Talk, aber inzwischen plädieren sogar Linksliberale für mehr Bunker in Deutschland. Ist der Coin-Hype, der über die rechte Ecke hinausgeht, nicht auch ein hilfloser Versuch, vorbereitet zu sein? Hilflös, da diese Coins sich noch vor einem Wertverlust von Euro oder Dollar pulverisieren würden.

Die Drohkulisse der Fragmentierung

Um meine linken Freunde zu provozieren, jedoch auch aus aufrichtigem Interesse, frage ich: Was, wenn es doch sinnvoll wäre, wenigstens eine gewisse Summe in Gold zu investieren? Gewiss, auch dafür gibt es neben durchaus seriösen Anbietern auch rechte, apokalyptisch anmutende Online-Shops. Zugegeben: Die Dollar-Hegemonie ist bislang nur minimal angekratzt. Zugleich hören wir schrille Töne, die das Ende der transatlantischen Partnerschaft verkünden und die USA bereits als Autokratie betrachten – was richtig sein kann. Der Protektionismus von Trump führe die Weltwirtschaft zurück in die 1930er-Jahre, warnt *Financial Times*-Kolumnistin Gillian Tett. Stimmt das? Wie steht es dann um den Dollar, den einige Trump-Berater am liebsten abwerten würden, um die heimische Industrie zu stärken? Als Christine Lagarde 2023 bei einem Vortrag gefragt wurde, ob die Gefahr der De-Dollarisierung drohe, verneinte sie, fügte jedoch hinzu: »The time to think about how to respond to changing geopolitics is not when fragmentation is upon us, but before. Because, if I may paraphrase Ernest Hemingway, fragmentation can happen in two ways: gradually, and then suddenly.« Ja, ich produziere Geräusche, aber ich habe es mir nicht ausgedacht, sondern vernommen – in den liberal-demokratischen Medien. ●

WOLFGANG M. SCHMITT betreibt den Wirtschaftspodcast »Wohstand für Alle«, den Podcast »Die neuen Zwanziger« sowie den YouTube-Kanal »Die Filmanalyse«.



Ein Mann seiner Klasse

CDU Einst Merkel-Widersacher und bald Kanzlerkandidat der Union?

Carsten Linnemann ist das neoliberale Zentrum der CDU. Von **Lukas Scholle**



Gleich fünf Mal stimmte Carsten Linnemann gegen Gesetze unter der CDU-Bundeskanzlerin Angela Merkel. Es ging um die Rettungspakete für Griechenland. 2011 war er noch eine von 10 Gegenstimmen aus der Unionsfraktion, 2015 war er eine von 63 Gegenstimmen. Mit seiner Kritik an den Euro-Rettungsschirmen machte sich Carsten Linnemann erstmals einen Namen als wirtschaftsliberaler Hardliner – ihm schien egal zu sein, wie es um die innerparteilichen Mehrheitsverhältnisse steht. Nicht ohne Grund bezeichnet ihn die Zeitschrift *Stern* Jahre später als neoliberalen Vordenker der Erhard-Erben.

Wenn es nach Linnemann gehen würde, hätte die Schocktherapie Griechenlands noch härter ausfallen sollen. Die Griechen hätten schließlich ihre Hausaufgaben nicht gemacht. Es gäbe keine Zukunft, wenn »wenige sich dauerhaft nicht an Regeln halten und die anderen zahlen«, so Linnemann im Jahr 2015. Die Überzeugung, dass Ärmere auf Kosten der Reichen leben, zieht sich durch seine ganze Karriere – mal sind es die vermeintlich faulen Griechen, mal Menschen ohne Arbeit, in Rente oder mit Migrationshintergrund.

»Ich denke als Volkswirt in erster Linie ökonomisch«, rechtfertigte Linnemann damals standesgemäß sein autoritäres Denken. Vor seiner Zeit in der Politik studierte Carsten Linnemann erst Betriebswirtschaftslehre und promovierte dann in Volkswirtschaftslehre über den Export von Dienstleistungen. Seine Eltern betrieben in Paderborn eine der umsatzstärksten Buchhandlungen Nordrhein-Westfalens. Im Anschluss an sein Studium arbeitete er im Bankwesen, unter anderem als

Assistent des ehemaligen Chefvolkswirts der Deutschen Bank, Norbert Walter, der sich genauso wie Linnemann für Ausgabenkürzungen beim Staat und für Steuersenkungen für Unternehmen aussprach. Als Linnemanns Arbeitgeber IKB Deutsche Industriebank in der Finanzkrise zusammenbrach, entschloss er sich, in die Politik zu gehen.

Heute ist Linnemann zwar immer noch ein Hardliner, aber vom Außenseiter ins Herz der CDU gewandert. Als der Merkel-Widersacher Friedrich Merz den Parteivorsitz übernahm, wurde Linnemann stellvertretender Parteivorsitzender. Im Anschluss leitete er die CDU-Programmkommission und wurde dann Generalsekretär. Unter Merz' Kanzlerschaft dürften die nächsten Beförderungen folgen.

Trotz des Altersunterschieds eint Merz und Linnemann die politische, ideologische und persönliche Nähe zu Seite der Arbeitgeber sowie der im Zweifel rechtsoffene Konservatismus. Letzteres wurde durch die parlamentarische Zusammenarbeit mit der Alternative für Deutschland deutlich. Sowohl Merz als auch Linnemann bedienen immer außerdem immer wieder rhetorisch rechte Ressentiments.

Neoliberale Netzwerke

Linnemann und Merz sind außerdem beide Mitglieder in neoliberalen Netzwerken wie der Ludwig-Erhard-Stiftung. Dort gibt es wiederum etliche personelle Überschneidungen mit der Mont Pelerin Society, der Mutter aller neoliberalen Thinktanks, die einst von Friedrich August von Hayek gegründet wurde. Auf solchen neoliberalen Netzwerken basiert praktisch die ganze Karriere von Carsten Linnemann. So war er von Beginn seiner Bundestagszeit an im Parlamentskreis Mittelstand (PKM), dem »Vermittler zwischen Politik und Wirtschaft«, wie die Konrad-Adenauer-Stiftung schreibt. Nachdem sich Linnemann mit seiner Kritik am Merkel-Kurs einen Namen machte, wurde er 2013 zum Vorsitzenden der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT). Das war seine Dauereintrittskarte in Talkshows und die Berliner Medienwelt.

Wie kurz die Wege im politischen Berlin sind, zeigen gleich etliche Personalien in Linnemanns Umfeld: Sein damaliger MIT-Geschäftsführer Thorsten Alsleben übernahm 2023 die Geschäftsführung der neoliberalen Denkfabrik Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM). Passenderweise stammt auch der aktuelle INSM-Chefvolkswirt Stefan Schöncke aus Linnemanns Bundestagsbüro, wo er von 2018 bis 2024 arbeitete. All das zeigt: Linnemann und sein Umfeld bilden das Zentrum des neoliberalen Flügels der CDU. »Dicke Bretter kann man in der Politik nur bohren, wenn man vorher Mehrheiten organisiert. Alleine jedenfalls erreicht man nicht viel«, sagte Carsten Linnemann in einem Interview.

»Freiheit und Verantwortung, Solidarität und Subsidiarität«, so beschreibt Carsten Linnemann das Programm der CDU. Doch bei Linnemann verkehren sich insbesondere die Werte Freiheit und Solidarität oft ins Gegenteil, vor allem für die Schwächsten: Seit Jahren hausiert er mit der Forderung nach einer Jobpflicht, wie er es selbst nennt. Linnemann möchte Menschen zur Arbeitsaufnahme zwingen und droht ihnen mit der kompletten Streichung des Bürgergelds. Obendrauf soll es für Bürgergeldempfängerinnen und -empfänger nur Sach- statt Geldleistungen geben, wenn es nach Linnemann geht. Mit den Werten Freiheit und Solidarität hat das nichts mehr zu tun. Die scheinen für Linnemann nur für Nettosteuerzahler zu gelten.

Doch genau das ist das Geschäftsmodell der Wirtschaftsliberalen wie Linnemann: Die unteren Teile der Bevölkerung sollen für den Arbeitsmarkt gefügig gemacht werden, sodass einerseits die Steuerlast für die Reichsten sinken kann und andererseits der Lohndruck nach unten zunimmt. Beides führt zu höheren Gewinnen der Reichsten.

Diese Sichtweise beschränkt sich bei Linnemann nicht nur auf Arbeitslose. Seit einem Jahrzehnt trommelt er für Flexibilisierung des Renteneintrittsalters in doppelter Form: Er will ein automatisch steigendes Renteneintrittsalter und höhere Arbeitsanreize für Rentner. Letzteres dürfte unter dem Stichwort der Aktiv-Rente nun tatsächlich Realität werden. Damit können Gutverdiener früh in der Rente die Füße hochlegen, was ihnen gegönnt sei. Aber für jene, die auf jeden Cent angewiesen sind, führt der stumme Zwang zur Arbeit durch Armut zum Weiterschuffen – auf Kosten eines ruhigen Lebensabends und der Gesundheit.

Nicht nur ein wirtschaftspolitischer Hardliner

Neben seiner Hardliner-Position in Wirtschaftsfragen ist Linnemann auch Hobbyexperte für Migrationsfragen. Mit einem CSU-Kollegen hat er etwa das Buch *Der politische Islam gehört nicht zu Deutschland* herausgegeben. Neben vielen Forderungen aus dem Standardrepertoire setzt sich auch hier der Kampf gegen die vermeintlich Leistungslosen fort. So möchte er eine »individuelle Integrationsvereinbarung«, worauf auch hier bei Verstößen Sanktionen folgen sollen. Selbstverständlich befürwortet er auch eine Bezahlkarte.

Carsten Linnemann geht es nicht um Freiheit, sondern um das Gegenteil: Freiheitsentzug für die Ärmsten. Das wird regelmäßig an seinen politischen Forderungen deutlich. Mit diesem Kurs überholt er gut und gerne auch mal Friedrich Merz von rechts, wie das Beispiel des Gesellschaftsjahrs zeigt, bei dem man zwischen Wehr- oder Zivildienst wählen kann.

Carsten Linnemann geht es nicht um Freiheit, sondern um das Gegenteil: Freiheitsentzug für die Ärmsten.

Für Merz sollte das Gesellschaftsjahr freiwillig sein, für Linnemann aber verpflichtend.

Dieser Hang zum marktradikalen Autoritarismus erklärt auch Linnemanns Sympathie für Donald Trump. Inhaltlich überschneiden sich deren Positionen teilweise eklatant. Auch Donald Trump steht für Marktradikalismus, Autoritarismus für die Ärmsten und Freiheit für die Reichsten. So verwundert es nicht, dass Linnemann Trumps Politikstil bei der Amtsübernahme als »richtig gute Politik« bezeichnet.

Gerade mal einen Monat nach der Amtsübernahme von Donald Trump flieht einer der renommiertesten Faschismusforscher und Yale-Professor, Jason Stanley, aus den USA nach Kanada. Seine Flucht vor den faschistischen Zuständen in den USA begründete er in einem Interview mit der Wochenzeitung *Die Zeit* auch mit seiner Biografie. Seine jüdischen Großeltern flohen 1933 aus Nazi-Deutschland in die USA.

Gerade wenn sich deutsche Konservative mit Trump solidarisieren, gilt es, aufzuhören. Denn jene Politik von Merz und Linnemann ist es, die den Rechten den Weg ebnet. Entweder direkt durch das Voranschreiten der politischen Zusammenarbeit zwischen Union und AfD oder indirekt durch die Folgen ihrer marktradikalen Wirtschaftspolitik. In konservativen Kreisen wurde Carsten Linnemann bereits immer wieder als potenzieller marktradikaler Nachfolger von Friedrich Merz gehandelt. ●



Melting Ruhrpott

In Duisburg erzielt die AfD Rekorde, während die Stahlindustrie tausende Stellen streicht. Osteuropäer werden als Arbeitskräfte gebraucht – und enden als Sündenböcke. Von **Lena Fiedler**



Ein grauer Vormittag in Duisburg-Hochfeld. In einem Park neben der Schnellstraße, gegenüber der Poco Domäne, steht eine Gruppe junger Männer. Der eine führt einen Dobermann an der Leine. Der andere lässt einen Joint rumgehen. Selbst für das Ruhrgebiet ist dieser Park trostlos. »Ich habe doppelt AfD gewählt«, sagt der junge Mann mit dem Joint. Er ist 26 Jahre alt und will seinen Namen nicht verraten. Wegen der Polizei. »Verstehst schon.« Obwohl er selbst 2014 aus Syrien nach Deutschland kam, geht ihm die »unkontrollierte« Einwanderung gegen den Strich. Besonders die Bulgaren und Rumänen, die seit 2014 vermehrt nach Duisburg ziehen, sieht er als Problem. Auch sein Kollege würde, wenn er könnte, AfD wählen, wegen der hohen Energiepreise. 240 Euro zahlt er pro Monat. Was ihnen in Duisburg gefalle? »Nix«, sagt der Mann mit dem Dobermann. Die anderen stimmen ein. »Ellbogengesellschaft ist das hier«, sagt der AfD-Wähler.

Mit ihrem Frust sind die Männer in Duisburg nicht allein. Mit ihrer Wahlentscheidung auch nicht. In Bezirken wie Hochfeld, Marxloh oder Neumühl holte die AfD bei der Bundestagswahl Spitzenergebnisse von bis zu 36 Prozent und schrammte im Norden der Stadt nur haarscharf an einem Direktmandat vorbei. Die rechten Wahlergebnisse sind auch die Folge eines langen wirtschaftlichen Abstiegs der Region. Denn Deutschlands ehemaligem industriellen Kraftort gehen die Jobs aus. 2018 schloss die letzte Zeche in Bottrop und jetzt schwächt auch die Stahlindustrie: ThyssenKrupp kündigte an, in Duisburg tausende Stellen abzubauen zu wollen. Ein Ausflug nach Duisburg zeigt auf engstem Raum all jene Probleme,

deren Lösungen für ganz Deutschland entscheidend sind. Ganz unten kämpfen sie alle gegeneinander, anstatt sich gemeinsam für Verbesserungen einzusetzen – und die Politik befeuert diesen Kampf, statt entgegenzusteuern.

Die Krise in der Stahlindustrie

Wer nie AfD wählen würde, ist Mirze Edis. Als der die Füße unter den Tisch seines Vaters stellte, sagt der – wie immer beim Abendbrot –, dass es mit dem Stahl zu Ende geht. Wie die Jungs aus dem Park hat auch Edis eine Migrationsgeschichte. Sein Vater kam 1975 von Anatolien nach Duisburg, um bei Thyssen zu arbeiten. Er wächst in Hochfeld auf, umgeben von Trinkhallen, Taubenzüchtern und dem Kegelveerein. Als Edis 14 Jahre alt wird, sagt ihm sein Vater, dass er bei Thyssen anzufangen hat – genauer bei den Hüttenwerken Krupp Mannesmann (HKM), heute Tochtergesellschaft von ThyssenKrupp. Obwohl Edis Zweifel hat, beginnt er direkt nach der zehnten Klasse die Ausbildung, wie so viele hier. »In den 70er Jahren kann ich mich nicht daran erinnern, dass es einen einzigen Arbeitslosen gab.« Heute ist Edis 53 Jahre alt und seine Welt ist eine andere. Die Arbeitslosenquote in Duisburg liegt im März 2025 bei 13,4 Prozent. Das ist eine der höchsten Quoten im Ruhrgebiet, nur übertroffen von Gelsenkirchen. Das Stahlgeschäft in Deutschland ist unsicher geworden. Gründe dafür sind die hohen Energiekosten, die schwache Nachfrage und die Konkurrenz aus Asien. Die Rohstahlproduktion in Deutschland sank 2023 auf 35,4 Millionen Tonnen, der niedrigste Wert seit der Finanzkrise 2009. Edis will gegen diese Entwicklung ankämpfen. Er arbeitet immer noch für die HKM, mittlerweile aber als freigestelltes Be-

Bei Thyssenkrupp in Duisburg brodeln der Stahl – doch in der Stadt fehlt es an Geld für eine Hausnummer.



13,4

Prozent der Duisburger sind
im März 2025 arbeitslos.

etriebsratsmitglied. Außerdem ist er für seine Partei Die Linke in den Bundestag gewählt worden.

Während Edis sich politisch engagiert, scheint für andere Widerstand nur noch an der Wahlurne möglich zu sein. Conrad Ziller ist Professor am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen. Wie erklärt er es sich, dass eine Gruppe junger Menschen mit Migrationshintergrund die AfD wählt? »Die hohe Arbeitslosigkeit ist eines der zentralen Probleme der Stadt, die weiterhin durch die Transformation zur Dienstleistungsgesellschaft bestimmt ist.« Gerade die ehemaligen Arbeiterviertel im Norden der Stadt haben sich zu benachteiligten Quartieren entwickelt. Hohe Arbeitslosigkeit und geringes Einkommen treffen dort auf niedrige Bildung und einen migrantischen Anteil in der Bevölkerung. Daraus entstehe Frust und ein Gefühl des Abgehängtseins. Eigentlich müssten die ehemaligen Arbeiterinnen und Arbeiter des Duisburger Nordens aus Eigeninteresse eine Umverteilungspartei wählen, wie die SPD oder die Linke, vielleicht auch das BSW, sagt Ziller. Sie müssen zusehen, dass sie mehr Netto vom Brutto haben, um vielleicht ein Stück weit in der sozialen Hierarchie aufsteigen können. Warum machen sie es nicht? »Der Zuwachs an Verbesserung durch eine mögliche linke Regierung ist aus Sicht vieler Betroffener zu gering«, sagt Ziller.

In Hochfeld ließ es sich leben

Das kann Edis bestätigen. An Hochfeld hat er gute Erinnerungen. Im Bezirk besaßen Thyssen und Siemens viele betriebseigene Wohnungen für die Arbeiterinnen. Und obwohl der Bezirk nicht wohlhabend war, gab es für Jugendliche ein Angebot. »Ich hatte mit den ganzen sozialen Einrichtungen, die es in Hochfeld gab, gar nicht die Möglichkeit, auf der schiefen Bahnen zu landen«, sagt Edis. Es gab ein Schwimmbad, fünf oder sechs Jugendzentren und eine Stadtteilbibliothek.



Im Gegensatz zu heute, war man als Sohn einer Einwandererfamilie im Ort noch eingebunden. Edis hatte zudem immer einen festen Job, der es ihm ermöglichte, sich politisch einzubringen. Einer Studie der Otto Brenner Stiftung zufolge hat die Erfahrung von Mitbestimmung am Arbeitsplatz das Potenzial, die politischen Einstellungen von Beschäftigten zu beeinflussen. Beschäftigte, die sich eingebunden fühlen, haben mehr Vertrauen in demokratische Prozesse und wählen seltener rechts. Doch wenn überall die Abstiegsangst lauert, dürfte auch dieser Effekt schwächer werden. Die sozialen Einrichtungen, die Edis beschreibt, scheint es heute auch nicht mehr zu geben. Wer heute durch Hochfeld läuft, hat schon Schwierigkeiten damit, ein Mittagessen zu finden. Von einem Jugendzentrum ganz zu schweigen.

Zum Glück gibt es noch Mevlana, einen der letzten Dönerläden im Ort, der seine Fleischspieße noch selbst macht. Trotz Fasten ist Osman Kuzuoglu bester Stimmung. Der 26-Jährige ist der älteste von vier Söhnen und hilft neben dem Studium im Restaurant seiner Eltern. An der Wand hängen Familienfotos. Eines von seinem Vater bei der Eröffnung des Ladens 1987. Auf dem anderen Bild ist Großvater und Namensvetter Osman Kuzuoglu, der aus der Türkei nach Deutschland kam, um in einer Kartonfabrik zu arbeiten. »Damals gab es keine türkischen Restaurants in der Gegend«, erzählt Kuzuoglu. So kam sein Vater auf die Idee, das Lokal zu eröffnen. Angst davor, dass der Laden nicht laufen würde, hatte er nicht. »Im schlimmsten Fall essen wir alleine«. Der Laden wurde ein Erfolg. Wie geht es den vier Brüdern heute in Hochfeld? Viele Leute seien weggezogen, erzählen sie, vor allem andere türkische Familien. »Früher war alles voller Türken«, stimmt Kuzuoglus jüngerer Bruder zu. Dafür seien viele Rumänen und Bulgaren eingezogen. Gegenüber vom Laden haben einige Familien gewohnt, erzählt Kuzuoglu. Probleme mit denen hätte er nicht gehabt. Aber

Osman Kuzuoglu macht seine Fleischspieße noch selbst. Seit 1987 gibt es den Dönerladen seiner türkischstämmigen Familie in Hochfeld.



der Müll sei ein Problem gewesen. Vor ihrer Tür vollzieht sich ein Generationenwechsel. Die erste Welle zugezogener, meist männlicher Arbeiter aus der Türkei wird durch eine neue ersetzt, die es allem Anschein nach noch schwerer hat als die erste.

Rumänen und Bulgaren sind die neuen Sündenböcke

Diese neuen Zugewanderten – kaum ein Gespräch in Duisburg, das ohne sie auskommt. Es sind Menschen aus Rumänien und Bulgarien. Eine Studie der Universität Duisburg-Essen von 2024 schätzt, dass aktuell rund 26.000 von ihnen in Duisburg leben. Bei einer Gesamtbevölkerung von rund 500.000 Einwohnern entspricht das etwa 5,2 Prozent. In den Stadtteilen Marxloh und Hochfeld sind sie die größte Einwanderungsgruppe. Kaum ein Bericht über den Duisburger Norden kommt ohne dramatische Beschreibung der Konsequenzen aus: Müllberge, Sozialleistungsbetrug und Krawall. Duisburgs Oberbürgermeister Sören Link von der SPD sagte bei einer Flüchtlingskonferenz

2015: »Ich hätte gerne das Doppelte an Syrern, wenn ich dafür ein paar Osteuropäer abgeben könnte«.

Viele Leute, die bei Osman Kuzuoglu und seiner Familie essen gehen, arbeiten noch bei den HKM, auch viele seiner Freunde. »Ich kann die gar nicht alle zählen«, sagt Kuzuoglu. In seiner Biografie zeigt sich bereits die Veränderung, die dem Ruhrgebiet in Teilen noch bevorsteht, nämlich die Transformation in den Dienstleistungssektor. Schon als Kuzuoglu noch klein war und durch das Restaurant flitzte, kam David Gasse zum Essen vorbei. Er ist Betriebsratsmitglied bei den HKM und, wie er am Telefon verrät, »Genosse«, das heißt SPD-Mitglied. Die im Raum stehenden Stellenstreichungen machen ihm Angst. »Wir erleben eine richtige Niedergangsstimmung«, sagt er. Seiner Meinung nach sind die Kommunen mit Zuzug aus Rumänien und Bulgarien überfordert. »Es schürt Ängste und die Leute wollen wegziehen«. So komme es dann, dass selbst Kollegen mit Migrationshintergrund »nach unten treten«.

Und das, obwohl Studien zufolge die Beschäftigtenquote von Menschen aus Rumänien und Bulgarien hoch ist. Auch Conrad Ziller betont die positiven Effekte des Zuzugs. Eine Stadt wie Duisburg, die einen hohen Anteil von Subunternehmen hat, profitiere von der Einwanderung aus Rumänien und Bulgarien beispielsweise im Hafen, in der Stahlindustrie, in Logistik und im Bauwesen. Einer der Profiteure ist beispielsweise ThyssenKrupp, die in ihrem Duisburger Werk etwa 18 Prozent Leiharbeiter beschäftigen. Die Leiharbeiter haben zwar häufig keine offiziell anerkannte Berufsausbildung, verfügen durch langjährige Erfahrung aber über ein informelles Wissen. Dass die Anstellung südosteuropäischer Arbeiterinnen und Arbeiter heute vor allem über Leiharbeit stattfindet, sieht Ziller allerdings kritisch. Durch eine Festanstellung im Unternehmen entstehen soziale Kontakte. Seit den 60er Jahren sei das eine praktische Integrationsmöglichkeit für ausländische Arbeitnehmende gewesen. »Das war identitätsbildend, vor allem über die Gewerkschaften und die SPD«, so Ziller.

Anzeige

Wie krank ist der deutsche Föderalismus? **Warum** soll die Schuldenbremse reformiert werden? **Wodurch** werden Krankenhäuser finanziert?



Podcast hören: lagedernation.org/

Antworten in der
Lage der Nation.

Deutschlands
größtem
Politik-Podcast.

Mit Philip Banse
und Ulf Buermeyer.



Erschwerend hinzu kommt, dass die südosteuropäischen Arbeiter häufig befristet im Niedriglohnsektor eingesetzt werden. Gerade während der Covid-19-Pandemie wurden ausbeuterische Arbeitsverhältnisse und gesundheitsgefährdende Praktiken innerhalb dieses Sektors bekannt, sei es in den Fleischfabriken von Tönnies in Rheda-Wiedenbrück oder bei Thyssen in Duisburg. 2022 starb dort Refat Süleyman, ein bulgarischer Leiharbeiter türkischer Abstammung, bei ThyssenKrupp während eines Arbeitseinsatzes. Er war als Aushilfs-Industriereiniger für das Subunternehmen Eleman GmbH tätig. Erst drei Tage später wurde seine Leiche in einem Schlackebecken gefunden. Ihn fanden keine Suchtrupps des Unternehmens, sondern ein bulgarischer Kollege.

Auch bei den HKM sind Leiharbeiter angestellt. Doch als Betriebsrat kann Gasse sie nicht vertreten, weil sie bei Subunternehmen angestellt sind. Doch auch er hat schon mitbekommen, dass die Sicherheitsstandards bei Subunternehmen nicht immer eingehalten werden. Beim Abriss einer mit Asbest verseuchten Halle sei ein Unternehmen beauftragt worden, das mit südosteuropäischen Arbeitern gekommen sei, die ohne entsprechende Sicherheitsausrüstung arbeiten wollten. Dieses Unternehmen sei nicht mehr angefragt worden, so Gasse. Das Problem der gesundheitsgefährdenden Leiharbeit bei Thyssen gibt es schon seit über 40 Jahren. 1985 veröffentlichte der Investigativjournalist Günther Wallraff das Buch *Tief unten*. Er hatte sich als türkischer Arbeiter ausgegeben und berichtete so über die Arbeitsbedingungen bei Thyssen. Schon damals mahnte er an, dass Leiharbeit dazu führe, dass sich Thyssen nicht verantwortlich für seine Arbeiter zeige. Seitdem hat sich nicht viel verändert, außer dass nicht mehr türkische, sondern jetzt südosteuropäische Arbeiter ums Leben kommen.



Duisburg verschärft mit der Räumung von Wohnungen das Elend

Wie geht es den Menschen, die unter solchen Bedingungen arbeiten müssen? Eine von ihnen ist Maria Popescu*. Um vier Uhr Nachmittag kommt sie mit ihrer Schwester, ihren Töchtern und einer Freundin in die Sozialberatung von Lena Wiese. Sie und ihr Team des Vereins für die solidarische Gesellschaft der Vielen bieten gleich eine Sozialberatung an. Maria Popescu kommt regelmäßig vorbei. Sie ist Roma und kommt ursprünglich aus Focșani, einer Stadt im Osten Rumäniens, und lebt seit 2022 in Duisburg, »in Hoffnung auf ein gutes Leben«. Ihre Freundin lacht bitter. Dieser Wunsch hat sich nicht eingelöst. Popescu steht jeden Tag um 4.30 Uhr auf, um an der niederländischen Grenze in einer Blumenfabrik zu arbeiten. Ein betriebseigener Bus hole die Arbeiterinnen aus Duisburg ab, fünf Tage die Woche. Sie wäscht, sortiert und bindet Schnittblumen, die dann am Ende in deutschen Supermärkten und Tankstellen verkauft werden. Die Kosten für den Bus werden ihr direkt vom Gehalt abgezogen, monatlich etwa 68 Euro. Nur ihre Vorgesetzten seien Deutsche, der Rest der etwa 150 Arbeiterinnen und Arbeiter sind Roma. Ihnen gebe man die schwere Arbeit, sagt Popescu. Für 25 Stunden die Woche bekomme sie am Ende des Monats etwa 500 Euro. Doch die harte Arbeit ist nicht Popescus größtes Problem. Ihre größte Angst ist es, nochmal von der Stadt geräumt zu werden. 2022 klingelten um neun Uhr morgens Mitarbeiter der Stadt, die ihr nach einer kurzen Prüfung mitteilten, sie und ihre Familie müssten die Wohnung unmittelbar verlassen, weil der Brandschutz im Haus nicht gewährleistet sei. Innerhalb von drei Stunden saß Popescu mit ihren beiden Töchtern auf der Straße. Ohne festen Wohnsitz in Duisburg verliert die Mut-



Rumäninnen wie Maria Popescu werden in Duisburg ausgebeutet und zu Sündenböcken.

ter ihren Anspruch auf Sozialleistungen, außerdem wurden die beiden Mädchen aus der Schule abgemeldet. Ein Jahr sollte es dauern, bis die Familie eine neue Wohnung fand und die beiden Kinder wieder zur Schule gehen konnten.

Diese Räumungen haben System, sagt Lena Wiese vom Verein für die solidarische Gesellschaft der Vielen. Jeden Mittwoch um 9 Uhr ist Jour Fixe für die städtische »Taskforce Problemimmobilie«. Dann rückt ein Team aus Ordnungsamt, Polizei, Feuerwehr, aber auch dem Jobcenter und der Familienkasse an, um vor »akuter Gefahr für Leib und Leben« zu schützen. Mängel wie fehlender Brandschutz oder

Jobs in der Stahlindustrie:

175.000
78.000

(1990)

(2024)





»Durch eine migrationsfeindliche Partei erhoffen sich viele eine Aufwertung des eigenen Status«, sagt Politikwissenschaftler Conrad Ziller.

offene Telefonkabel können reichen, um das Haus für unbewohnbar zu erklären und innerhalb von drei Stunden seine Bewohnerinnen und Bewohner wohnungslos zu machen. Die Betroffenen dieser Räumungen sind zum großen Teil Zugezogene aus Rumänien und Bulgarien, zumeist gehören sie der Minderheit der Rom*nja an. Wiese und der Rest des Vereins dokumentieren die Hausräumungen, seit sie auf das Problem aufmerksam geworden sind. Allein in Hochfeld wurden seit 2020 zwischen 600 und 700 Menschen durch die Taskforce ihren Wohnungen geräumt. Die meisten davon sind Kinder.

Lena Wiese und der Verein für die solidarische Gesellschaft der Vielen hilft da, wo die Stadt es nicht tut. Zwei Mitarbeiterinnen gehen mit Jugendlichen einen Kakao trinken, während Wiese die Sozialberatung anbietet. Was sagt sie zu dem Vorwurf, dass Menschen aus Rumänien und Bulgarien sich in Duisburg nicht integrieren? »Ich finde den Integrationsbegriff dämlich«, sagt Wiese. »Worein sollen die sich denn integrieren? In die AfD-Hochburg?«. Ihr gehe es darum, dass man den Bewohnerinnen und Bewohnern von Hochfeld wieder ein soziales Angebot macht. Dass es bezahlbare Räume gibt, in denen sich Menschen begegnen können. Und dass die Stadt den neu Zugezogenen ein Angebot macht, wie sie sich ein längerfristiges Leben in Duisburg aufbauen können, anstatt sie aus den Wohnungen zu werfen. Nur wer einen sicheren Job und eine sichere Wohnung hat, kann sich eine Perspektive aufbauen.

Auf der Straße werden Maria und Ana Popescu häufig angestarrt, wenn sie mit ihren Kindern unterwegs sind. »Die Leute reden über dich und schauen dir nach«. Ein Nachbar über ihnen habe regelmäßig Wassereimer aus dem Fenster geleert, wenn ihre Kinder draußen spielen. »Ich will keine Zigeuner sehen«, soll er gerufen haben. »Durch eine migrationsfeindliche Partei erhoffen sich viele eine Aufwertung des eigenen Status«, sagt Politikwissenschaftler Conrad Ziller.

Viele Arbeiter in Duisburg haben nicht nur Abstiegsängste, sondern fühlen sich auch in ihrem männlichen Selbstverständnis bedroht. Um das zu erklären, verweist Ziller auf die USA. In industriell geprägten Städten wie Chicago, Detroit oder Pittsburgh könne man ähnliche Entwicklungen sehen wie hier. »Die Söhne von zum Beispiel Latino-Familien haben es schwer, den Sprung in die Dienstleistungsgesellschaft zu schaffen, weil die Väter und Großväter alle schwere, körperliche Arbeit in der Kohlengrube, im Stahlwerk oder auf dem Bau gemacht haben«, sagt Ziller. Für die Nachkommen sei es schwer, anzuerkennen, dass der Job, aus dem sie ihre als männlich konstruierte Identität beziehe, nicht mehr da sei. »Das anzuerkennen, in den Dienstleistungssektor zu

gehen und Fenster zu putzen oder in einem Café zu bedienen, ist unheimlich schwierig, weil das im Konflikt steht mit den Männlichkeitsnormen der schweren industriellen Arbeit. Wenn die Identifikationsmöglichkeit mit dem schweren Beruf wegfällt, aber die soziale Norm der harten Arbeit noch da ist, muss ich mir was überlegen«, betont Ziller. In Duisburg sei die AfD besonders gut darin, junge, einsame Männer abzuholen. Wenn weitere Stellen abgebaut werden, verstärkt das soziale Problemlagen, wie Arbeitslosigkeit, Alkoholismus, Kinderarmut oder Kriminalität und andere soziale Konflikte. Ob daraus dann als Konsequenz folgt, dass Menschen Rechtspopulisten wählen, habe auch etwas mit der sozialen Infrastruktur zu tun – also mit dem, was Wiese und der Verein politisch fordern.

Was würde also vor allem dem Duisburger Norden helfen? Mirze Edis möchte eine verbindliche Zusage für den Erhalt der Arbeitsplätze bei den HKM. Trotz Milliardenverlusten schüttete ThyssenKrupp im letzten Jahr 90 Millionen Euro Dividende aus. Dieses Geld fehlt dem Unternehmen für den Umbau zur klimafreundlichen Produktion mit Wasserstoff. Edis fordert von den Gewerkschaften eine Solidarisierung mit den Beschäftigten in der Leiharbeit. Wenn die südosteuropäischen Arbeiter sichere Arbeitsbedingungen geboten bekommen, können sie langfristig in Duisburg eine Perspektive aufbauen. Dafür muss die Stadt Duisburg aufhören, Häuser zu räumen und anfangen, gerade im Norden der Stadt wieder ein Angebot aufzubauen, das allen nutzt – gerade weil der Norden der Stadt unter der Deindustrialisierung am meisten leidet. ●

*Name von der Redaktion geändert

Über
600

Wohnungen wurden seit 2020
in Hochfeld geräumt.

LENA FIEDLER ist freie Journalistin. Sie studierte Literatur, Theater und Gesellschafts- und Wirtschaftskommunikation. In ihren Texten geht es um die Folgen (digitaler) Transformationen und das Ruhrgebiet.



MAURICE HÖFGEN
ist Ökonom, Publizist und Herausgeber von Surplus.

In der deutschen Wirtschaftspolitik hält sich ein Mythos hartnäckiger als der Glaube an den Weihnachtsmann: die sogenannte Trickle-Down-Theorie. Sie besagt: Wenn es den Reichen gut geht, dann tröpfelt der Wohlstand nach unten, also zur breiten Masse. Steuersenkungen, Deregulierung oder Erleichterungen für Konzerne helfen aus dieser Sicht also nicht nur den Reichsten. Was im Englischen halbwegs elegant klingt, ist im Deutschen schnell entzaubert: Trickle-Down heißt nichts anderes als »Heruntertropfen«. Und genau so fühlt sich diese Politik auch an – wie der Versuch, den Durst Arbeiterklasse mit einem undichten Wasserhahn zu stillen.

Was auffällt: Das Konzept wird selten offen benannt, aber umso öfter praktiziert. Ob Donald Trump in den USA oder Friedrich Merz hierzulande: Man spricht lieber von »Wettbewerbsfähigkeit« und »Entlastung für Leistungsträger«. Dahinter steckt aber nichts anderes als Trickle-Down-Ökonomie: Steuersenkungen für Besserverdienende sollen Investitionen ankurbeln und damit auch Jobs und Wohlstand für alle schaffen.

Doch das Gegenteil ist der Fall, denn was oben ankommt, bleibt auch dort. Seit Jahrzehnten geht die Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland weiter auseinander. Die letzten größeren Reformen haben Spitzenverdiener und Unternehmen entlastet, Betriebsvermögen bei der Erbschaftsteuer privilegiert, aber Einkäufe mit der Mehrwertsteuer und Mobilität mit der Co2-Be-

Mythos

Wohlstand sickert nicht nach unten



Friedrich Merz will eine *Trickle-Down-Ökonomie*. Doch statt Wachstum schafft sie Ungleichheit. Von **Maurice Höfgen**

preisung verteuert. Das Ergebnis: Die reichsten zehn Prozent besitzen mittlerweile mehr als 60 Prozent des Nettovermögens und verdienen ein Drittel aller Einkommen. Die untere Hälfte hingegen besitzt kaum etwas – und rackert sich für Niedriglöhne in

prekären Arbeitsbedingungen ab. Ein besonders absurdes Beispiel aus dem Wahlkampf war der Vorschlag, den Solidaritätszuschlag abzuschaffen und den Spitzensteuersatz erst ab 80.000 Euro greifen zu lassen – eine vermeintliche »Entlastung der Mitte und

der Unternehmer«, wie es die CDU nennt. Faktisch profitieren davon aber vor allem die oberen zehn Prozent, denn das durchschnittliche Bruttojahreseinkommen liegt in Deutschland bei etwa 45.000 Euro und den Soli zahlen – grob gerechnet – nur die Arbeitnehmer, die mehr als 73.000 Euro Jahresbrutto verdienen. Die »Mitte«, das sind Lehrerinnen, Pflegekräfte, Angestellte – Menschen, die sich nicht mit Aktienoptionen absichern können. Für sie bedeutet Trickle-Down nur eines: Warten auf einen Geldregen, der nie kommt.

Was die Trickle-Down-Anhänger ignorieren: Nachfrage entsteht nicht durch Reichtum, sondern durch breite Kaufkraft. Wenn eine Putzkraft oder ein Kassierer 100 Euro mehr hat, fließt dieses Geld direkt in den Konsum – und schafft Wachstum und neue Arbeitsplätze. Wenn ein Dax-Manager oder Bundesliga-Profi 100 Euro mehr bekommt, liegt es wahrscheinlich auf einem Konto oder wandert in Finanzanlagen – und schafft kein Wachstum und keine Arbeitsplätze.

Auch die Unternehmenssteuersenkungen in den 2000er haben die Investitionsquote nicht steigen, sondern abwärts krebsen lassen. Dabei wurde der nominale Steuersatz für Unternehmen innerhalb weniger Jahre von 50 auf 30 Prozent gesenkt.

Wo sind die ganzen zusätzlichen Gewinne hingeflossen, wenn nicht in Investitionen? Sie wurden ausgeschüttet an die Eigentümer, zum Rückkauf von Aktien genutzt – oder eben auf die hohe Kante gelegt. Eine neue Studie von Freshfields zeigt: Deutsche Firmen horteten 2023 769 Milliarden Euro auf der hohen Kante. Das entspricht 19 Prozent der Wirtschaftsleistung. Zum Vergleich: 2003 waren es noch zehn Prozent.

Offensichtlich fehlt es den Unternehmen nicht an Geld, um zu investieren, sondern an Nachfrage, Aufträgen und Planungssicherheit. Dafür aber bräuchte es ein Konjunkturpaket, das kleine und mittlere Einkommen entlastet – also Bottom-Up statt Trickle-Down! ●

Fähnlein im Wind



Facebook

Wofür Mark Zuckerberg und seine Plattformen stehen, ändert sich regelmäßig. Ursprünglich erfand Mark Zuckerberg den Vorgänger von Facebook, Facemash, um das Aussehen seiner Kommilitoninnen zu bewerten. Das kurz darauf gegründete Facebook setzte sich jedoch für Diversität und Gleichberechtigung ein und implementierte – mittelmäßig erfolgreich – Faktenchecks. Doch bei META herrscht nun wieder ein anderer Geist. Im schwarzen T-Shirt und Goldkettchen forderte Zuckerberg 2025 wieder mehr »maskuline Energie« bei Konzernen – und stampfte unabhängige Faktenchecks und Diversitätsprogramme ein.

Google

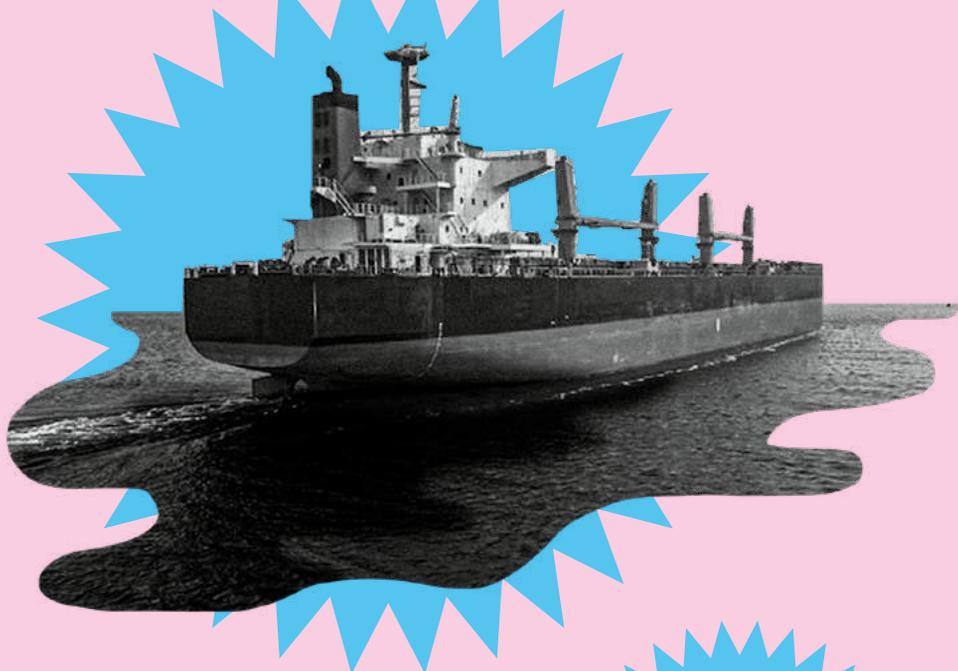
Google hat den Black History Month, Pride und andere kulturelle Daten aus dem Standard-Kalender gestrichen. Es bleiben nur noch öffentliche Feiertage. Der Konzern hat außerdem all seine Inklusions- und Diversitätsprogramme eingestellt und der Co-Founder Sergey Brin forderte erst kürzlich eine 60-Stunden-Woche. Das ursprüngliche Motto von Google »Don't be evil« (Sei nicht böse) taucht seit 2018 kaum noch in der Corporate Identity des Unternehmens auf – es ist wohl schon länger nicht mehr in Kraft.

Washington Post

Eine der größten Zeitungen der USA, die Washington Post, gehört seit 2013 dem Amazon-Milliardär Jeff Bezos. Bei der Übernahme beteuerte er, die Zeitung nicht in seinem Sinne beeinflussen zu wollen. Diese Zeiten sind wohl vorbei. Nachdem er eine Wahlempfehlung für Kamala Harris verhinderte, verkündete Bezos im Februar 2025, dass sich Beiträge in der Meinungs-Sektion der Zeitung auf die Grundprinzipien der »persönlichen Freiheiten und der freien Märkte« berufen müssten. Für andere Meinung sei das Internet da. Daraufhin kündigte der verantwortliche Redakteur.



US-Unternehmen versuchten lange Zeit, sich mit Diversität und Klimaschutz ein progressives Image zu verschaffen. Angesichts von Donald Trumps Präsidentschaft lassen sie ihre progressive Fassade wieder fallen.



Shell

Der Mineralöl- und Erdgaskonzern Shell will – Überraschung – weiterhin an fossilen Energien festhalten. Seine Klimaziele für 2035 hat der Konzern ganz aufgegeben, die für 2030 wurden aufgeweicht. Klimaschutz ist also nicht im Interesse von Ölriesen, da dieser wohl nicht profitabel ist. Im Jahr 2021 behauptete Shell, von Jahr zu Jahr weniger Öl verkaufen zu wollen – Januar 2025 eröffnete der Konzern jedoch eine neue Förderplattform im Golf von Mexiko, der neuerdings Golf von Amerika heißen soll. Die ÖL-Kapazitäten dort liegen bei 100.000 Barrel.

Blackrock

Der Vermögensverwalter BlackRock behauptete noch im Jahr 2019, die Klimakrise lösen zu können – als hoch diversifizierter Investor hätte er Interesse an einem intakten Planeten. Doch zu Beginn des Jahres verließ Blackrock die »Net Zero Asset Managers Initiative« und kündigte somit den Rahmen für seine ohnehin begrenzten Klimaschutzbemühungen auf.

Budlight

Der US-Bierhersteller Budlight beauftragte im Jahr 2023 die Influencerin Dylan Mulvaney damit, Werbung für ihre Marke zu machen. Es handelte sich dabei lediglich um ein Social-Media-Video – das reichte jedoch, um die konservative Empörungsmaschinerie in Gang zu setzen. Denn Mulvaney ist trans, ein Umstand, der im US-Kulturkampf nicht einfach hingenommen werden kann. Die Aufregung gipfelte in Bombendrohungen und einem Boykott der Biermarke – sowie eines viralen Videos, in dem der Musiker Kid Rock auf Bud Light-Bierkannen schoss. Statt zu propagierten Werten wie Diversität und Inklusion zu stehen, wurde die verantwortliche Vizepräsidentin der Marketingabteilung gefeuert.



Amazon

Wie groß die Lücke zwischen ökonomischer Praxis und angestrebten Image sein kann, zeigt sich bei Amazon. In seinen Policy Positions behauptet der Konzern, sich für einen höheren Mindestlohn und günstigen Wohnraum einzusetzen. Ziele des Pariser Klimaabkommens will Amazon bereits 2040, also zehn Jahre verfrüht, erreichen. Doch das angestrebte Image wurde im Zuge des Rechtsrucks unter Trump angepasst. Die Sektionen zu »Equity for Black people«, »Diversity, equity and inclusion« und »LGBTQ+ rights« wurden gestrichen. Reale Inklusionsmaßnahmen wurden ebenfalls ausgesetzt.

Nike

Der Modekonzern Nike will bis 2050 klimaneutral werden. Dieses Vorhaben scheint nicht sonderlich gut zu laufen: Stand 2023 sanken die Emissionen im Vergleich zu 2016 lediglich um 1,6 Prozent. Auch die Profite blieben zeitweise hinter den Erwartungen zurück. Im Zuge dessen wandelten sich die Prioritäten des Konzerns. Große Teile des Nachhaltigkeitsteams wurden im Jahr 2024 gefeuert und versetzt, sodass das Team schlussendlich um 30 Prozent schrumpfte. Ehemalige Angestellte sprachen von einem »Blutbad«. Auch der neue CEO scheint kein Interesse daran zu haben, auch nur den Anschein von Nachhaltigkeit wieder ins Zentrum des Markenkerns zu rücken – er fordert einen Fokus des Marketings zurück auf Athleten und Athletinnen.

Pepsi

Im Jahr 2017 verursachte Pepsi-Werbung eine Kontroverse. Das Model Kendall Jenner nahm daran einer Demonstration im Look der Black-Lives-Matter-Proteste teil und überreichte einem Polizisten eine Pepsi – was ein Zeichen für »Einheit« setzen sollte. Angesichts der realen Polizeigewalt, gegen die sich die Black-Lives-Matter-Proteste wehrten, wurde dieser Werbefilm so heftig kritisiert, dass Pepsi die Ausstrahlung stoppte und sich entschuldigte. Acht Jahre später reduziert auch Pepsi seine eigens gesetzten Ziele in Sachen Diversität. Der verantwortliche Manager wurde versetzt und angestrebte Quoten aufgekündigt.





Deutschland und Europa brauchen angesichts der geopolitischen Umwälzungen eine europäische Armee. Und auch eine neue Friedensbewegung. Von **Adam Tooze**

Verteidigung

Europa braucht Verteidigung ohne Militarismus

Die Rede von der Wiederbewaffnung Deutschlands heute ruft die Geister der Vergangenheit hervor. Wie immer, wenn es um Geschichte geht, stellt sich die Frage, welche Geschichte gemeint ist und wie sie interpretiert wird. Der Streit darum kann explosiv sein. Daher sollten wir ehrlich miteinander sein. Die Frage, wie das Ende des Kalten Krieges, die NATO-Erweiterung, Putins Revisionismus und die Politik des Westens gegenüber der Ukraine zu interpretieren sind, spaltet das progressive Lager nirgendwo mehr als in Deutschland.

In der Zeit der Globalisierung konnte die Frage der Friedens- und Sicherheitspolitik in den Hintergrund treten. Deutsche Politiker und Politikerinnen konnten glauben, von Freunden umgeben zu sein. Die globale Geopolitik wurde im Namen der Expansion des Kapitals befriedet. Die großen westlichen Ölkonzerne arbeiteten mit Putins Regime zusammen. Es war die Wall Street und nicht das Pentagon, das den Ton in den Beziehungen zwischen Washington und Peking angab. Es dominierte das »Friedensinteresse«, wie der Wirtschaftshistoriker Karl Polanyi vielleicht gesagt hätte.

Seit der Verschlechterung der Beziehungen der USA zu China und dem Angriff Russlands auf die Ukraine sind Wirtschafts- und Geschäftsinteressen der Geopolitik untergeordnet. Mit der Zeitenwende kehrt für die progressive Politik die Frage nach außenpolitischer Macht, Geopolitik und Frieden zurück. Gibt es sicherheitspolitische Positionen, denen wir zustimmen können?

Die Bundeswehr ist marode

Es kann nicht akzeptabel sein, dass Deutschland und Europa so wenig Kapazitäten haben, um sich ohne die Unterstützung der Vereinig-

ten Staaten zu verteidigen. Deutschland hat seit den 1990er Jahren Jahr für Jahr Milliarden Euro für die Verteidigung ausgegeben. Warum hat das nicht zu einer ausreichenden militärischen Verteidigungsfähigkeit Deutschlands geführt? Warum sind über Panzer und Raketen hinaus andere Mittel, mit denen unsere Staaten für Sicherheit sorgen sollen, so mangelhaft entwickelt. Warum haben Deutschland und Europa so wenig Kapazitäten, um Katastrophenhilfe und medizinische Hilfe im globalen Maßstab zu leisten? In einer Zeit zunehmender Mehrfachkrisen wissen wir mit Sicherheit, dass solche ständigen Kapazitäten für Notfallmaßnahmen immer wichtiger werden.

Der marode Zustand der Bundeswehr ist Ausdruck eines der charakteristischen Symptome der neoliberalen Ära: dem allgemeinen Schwund der Kapazitäten für kollektives, öffentliches Handeln. Selbst wenn wir uns eine Zukunft vorstellen, in der die Sicherheit von den Vereinten Nationen garantiert wird, wird von Deutschland erwartet, dass es einen Beitrag zur Friedenssicherung leistet. Seit den 1990er Jahren hat die Bundeswehr begonnen, sich auf eine neue globale Rolle einzustellen, aber es fehlten immer die Mittel und der politische Rückhalt, um Kapazitäten zu entwickeln, die dem Reichtum und dem weltweiten Einfluss Deutschlands angemessen sind. Dasselbe gilt auch für das übrige Europa. Die 27 Mitgliedstaaten der EU haben 1,5 Millionen Männer und Frauen unter Waffen, aber nach Expertenmeinung können jene sich nicht verteidigen. Insgesamt ist die mangelnde europäische Koordination in der Sicherheitspolitik Ausdruck der Engstirnigkeit nationaler Politik.

Ausgehend von einem umfassenden Sicherheitskonzept und der grundlegenden Bedeu-



ADAM TOOZE

Adam Tooze ist Professor für Wirtschaftsgeschichte an der Columbia University in New York und Herausgeber von Surplus.

tung der Autonomie Europas gegenüber den Vereinigten Staaten (sowie anderen Partnern oder Gegnern) hat progressive Politik ein Interesse daran, den bisherigen maroden Zustand von Grund auf infrage zu stellen. Mehr noch: Progressive Politik muss die Kapazitäten zur Gewährleistung der kollektiven Sicherheit auf umfassende Weise wiederherstellen. Wenn der Wiederaufbau der deutschen Streitkräfte jedoch nicht umgangen werden kann, führt uns das auch zurück zu der Frage, wie die Fallstricke des deutschen Militarismus in der Vergangenheit vermieden werden können.

Der Aufrüstungswahn der Nationalsozialisten

Der wirklich dunkle Schatten, der über Deutschland hängt, ist der Nationalsozialismus. Nichts war für den Nationalsozialismus zentraler als Militarismus, Wiederaufrüstung und Kriegsführung. »Ich bin zum Sterben für Deutschland geboren« stand auf den Fahnen der Hitlerjugend. Die Wiederaufrüstung, nicht die Schaffung ziviler Arbeitsplätze bei Projekten wie den Autobahnen, war der Hauptmotor des Wirtschaftsbooms der Nazis.

Zwischen 1933 und 1939 erhöhte das Hitler-Regime die Militärausgaben von 1 Prozent auf 20 Prozent des BIP. Es handelt sich um die dramatischste Umverteilung wirtschaftlicher und industrieller Ressourcen, die jemals von einem kapitalistischen Staat in Friedenszeiten außerhalb der Sowjetunion unter Stalin vorgenommen wurde.

Ermöglicht wurde das durch die Depression der 1930er Jahre. Hitlers Regime erbt 1933 eine Wirtschaft mit hoher Arbeitslosigkeit. Nicht nur waren die Arbeiter und Fabri-

ken bereit für eine Umstrukturierung, sondern es war auch einfach, einen gesellschaftlichen Konsens über die Wiederbelebung der Volksgemeinschaft zu erzielen. Mit riesigen brachliegenden Kapazitäten unternahm das Dritte Reich ein pervertiertes keynesianisches Experiment, wie zeitgenössische Beobachter wie der Ökonom Michał Kalecki, aber auch Keynes selbst, quittierten.

Devisen waren schon 1933 knapp und das Regime verhängte ein Schuldenmoratorium. Ab 1936 wurden die Arbeitskraft knapp. Aber das Regime nahm den Fuß nicht vom Gas. Um die Aufrüstung zu meistern, musste die gesamte Wirtschaftsverwaltung neu organisiert werden. Nicht nur harte Währung, sondern auch Stahl und andere Rohstoffe wurden bewirtschaftet. Reinhard Heydrich, der spätere Architekt des Holocaust, fiel Göring erstmals als Geheimpolizist auf, der für die Jagd auf diejenigen zuständig war, die des Devisenschmuggels beschuldigt wurden.

Als der Krieg ausbrach, war das eine Erleichterung, da es dem NS-Regime nun möglich war, offen auf Rationierungen zurückzugreifen und ein Programm zur gewaltsamen Plünderung der besetzten Gebiete zu starten. Das NS-Regime war schrecklich. Und es war, selbst nach den Maßstäben der 1930er Jahre, radikal. Mit seiner Aufrüstung übertraf es das faschistische Italien, das kaiserliche Japan und Stalins Sowjetunion.

Gleichzeitig markierte die Herrschaft der Nationalsozialisten einen grundlegenden Bruch mit der bisherigen deutschen Geschichte. Im Deutschen Kaiserreich lagen die Militärausgaben zwischen 3 und 4 Prozent des BIP, und der Umfang der Wehrpflicht und Mobilisierung wurde durch eine Vereinbarung zwischen der Regierung des Kaisers und dem Reichstag, in dem die SPD und die katholische Zentrums-partei Sperrminoritäten hatten, streng reguliert. Das adlige Offizierkorps betrachtete das Heer als konservative Schule der Nation, nicht als dynamisches Mittel der totalen Massenmobilisierung im Sinne des Nationalsozialismus.

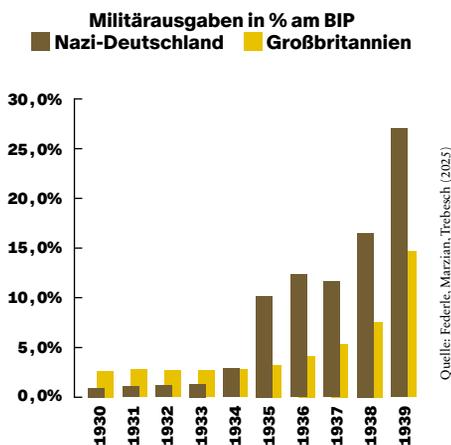
Beide Modelle des Militarismus sind von unserer gegenwärtigen Realität weit entfernt. Nun wird von Experten des Kieler Instituts für Wirtschaftsforschung ein anderes historisches Beispiel als Lehrstück herangezogen, um die gegenwärtige Lage Deutschlands zu verstehen: Nicht Nazi-Deutschland selbst, sondern die britische Demokratie in den 30er Jahren dient als Vorbild. Wollen wir, so wird polemisch gefragt, die Fehler der damaligen Epoche wiederholen? Dem Vereinigten Königreich wird im Nachhinein vorgeworfen, nicht genug getan zu haben, um mit dem Tempo von Hitlers Wiederaufrüstung Schritt zu halten. Die Lehre aus der Geschichte sei, dass die Demokratie in ernsthafte Schwierigkeiten geraten wird, wenn sie nicht umgehend auf totalitäre Bedrohungen reagiert.



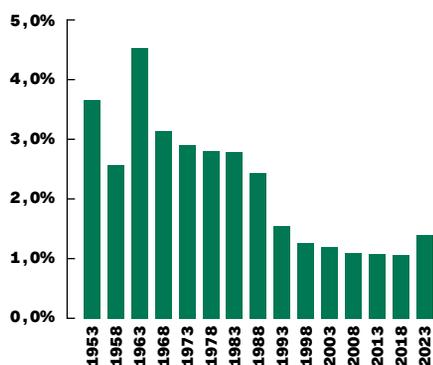
Westberlin war das Mekka der Kriegsdienstverweiger. Rechte Seite: Der Rüstungskonzern Rheinmetall baut eine neue Fabrik für Kampflugzeugteile. Mit beim Spaatenstich: Hendrik Wüst von der CDU.

Diese historische Analogie mag gut gemeint sein, ist aber historisch und politisch fehlgeleitet. Die Aufrüstung der Nazis war radikal, instabil und letztlich selbstzerstörerisch. Die britischen Militärausgaben in den 1930er Jahren lagen mit 5 Prozent im Vergleich zu dem, was heute vorgesehen ist, in der Tat hoch. Großbritannien hatte einen überwältigenden Vorteil gegenüber Deutschland in der strategischen Seemacht. Es konzentrierte seine Aufrüstung auf ausgeklügelte High-Tech-Wetten auf Radar und eine strategische Bomberflotte, mit denen Hitlers Deutschland niemals mithalten konnte. Weder Göring als Chef der Luftwaffe noch die Kommandanten der deutschen Marine rechneten sich gegen das britische Empire gute Chancen aus. Und sie hatten recht. Deutsche Niederlagen in der Luftschlacht um England und der Atlantikschlacht und die ungleich verheerenden Bombenangriffe der Royal Air Force auf deutsche Städte ab 1942 sprechen für sich.

Anstatt vage auf einen Wettstreit zwischen Demokratie und Diktatur hinzuweisen, besteht die Aufgabe heute darin, das Ausmaß der Bedrohung genau einzuschätzen. Selbst wenn man davon ausgeht, dass Putins Regime auf eine Expansion nach Westen aus ist, sind seine militärisch-wirtschaftlichen Anstrengungen nicht mit denen der 1930er Jahre zu vergleichen. Ein Großteil des Materials, das Russland im Krieg gegen die Ukraine einsetzt, stammt aus Beständen, die vor Jahrzehnten während des Kalten Krieges angehäuft wurden. Russland setzt seine Arbeitskräfte rücksichtslos ein. Aber in der heutigen Zeit rekrutiert es sein Kanonenfutter mit enormen finanziellen Anreizen. Und trotz alledem belaufen sich die Militärausgaben auf weniger als 10 Prozent des BIP. Russlands Aggression ist offensichtlich, aber sie ist weit entfernt von einer totalen Kriegsanstrengung.



Anteil der Militärausgaben
am deutschen Bruttoinlandsprodukt



Quelle: SIPRI 2023

Was Europa braucht, um Russland militärisch abzuschrecken, ist keine riesige Massenarmee oder eine »Kriegswirtschaft«, sondern eine Umstrukturierung seiner bestehenden Streitkräfte und zu gegebener Zeit die Ersetzung des US-Kontingents durch eine gemeinsame europäische Truppe von etwa 350.000 kämpfenden Männern und Frauen. Dieses zusätzliche Kontingent ist kleiner als die Bundeswehr in den 1980er Jahren, die damals fast 500.000 Soldaten, 3000 Panzer und 12 Kampfdivisionen hatte. Ihre Kriegsstärke betrug 1,3 Millionen.

Sowohl eine Verteidigungsstrategie als auch Antimilitarismus sind notwendig

Wenn wir weitere Lehren aus der Geschichte ziehen wollen, ist auch die Geschichte der Wiederbewaffnung Westdeutschlands relevant. Nach dem Zweiten Weltkrieg war die Bundesrepublik keineswegs entmilitarisiert, sondern stand wie die meisten anderen westeuropäischen Staaten bis in die 1990er Jahre in der direkten Tradition des Militarismus, die bis ins späte 19. Jahrhundert zurückreichte. Auch dabei handelte es sich nicht um eine faschistische Totalmobilisierung, sondern um etwas konservativere, zurückhaltendere Rüstungsstrategie, die aber dennoch allgegenwärtig war. Die wiedergeborene Bundeswehr war in die NATO eingebunden und ihre interne Führungsideologie bekannte sich in der Doktrin der Inneren Führung zu liberalen Werten. Die grundlegende Funktion des Militärs als konservative Schule der Nation wurde jedoch sowohl in der

BRD als auch in der DDR wiederhergestellt. Ab 1956 war die Wehrpflicht für junge Männer in der Bundesrepublik ein »rite de passage«. Die Rhetorik von Opferbereitschaft und Loyalität untermauerte ein wiederhergestelltes Gefühl von konventioneller Staatlichkeit, sozialer Ordnung und Männlichkeit.

Die Bundeswehr kostete wie andere NATO-Streitkräfte bis 1989 jährlich zwischen 3 und 5 Prozent des BIP. Damit wurde nicht nur eine Massenarmee finanziert, sondern auch ein beträchtlicher militärisch-industrieller Komplex. Firmen wie Rheinmetall und Kraus-Maffei kehrten zu ihrem vertrauten Geschäft der Waffen- und Panzerproduktion zurück. Westdeutschland machte sich zum bevorzugten Lieferanten von dieselektrischen U-Booten mittlerer Technologie für die Marinen der Welt. In den 1980er Jahren war Westdeutschland als Waffenbasar berüchtigt. Politiker wie Franz Joseph Strauß waren begeisterte Waffenhändler für die ganze Welt. Korrupte Nebenabreden waren an der Tagesordnung.

Wenn wir über die Wiederbelebung des deutschen Militarismus sprechen, sollten wir uns dieses zwielichtige und konservative Normalitätsszenario vorstellen, nicht die Alpträume des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs. Im Widerstand gegen diesen konventionellen Militarismus der NATO-Ära formierte sich die westdeutsche Linke. Sie opponierte von Generation zu Generation gegen die Stationierung von Atomwaffen, gegen die Machenschaften des militärisch-industriellen Komplexes und ihrer Unterstützer in der Springer-Presse. Sie kämpfte gegen den allgegenwärtigen Konservatismus und eine Kultur,

die die Gräueltaten des NS-Regimes und insbesondere der Wehrmacht leugnete und verdrängen wollte. In den 1980er Jahren prägte der Antimilitarismus die Gegenkultur in Deutschland, spaltete die SPD und führte zur Gründung der Grünen. Auch in der DDR, wo der Staatsmilitarismus noch repressiver war, stand die Friedensbewegung im Zentrum der Opposition. Ab den 1970er Jahren wurde ein demokratischeres, fortschrittlicheres Deutschland »von unten« durch die Weigerung junger Männer, sich dem Kriegsdienst zu unterwerfen, geformt. Nicht umsonst wurde West-Berlin ab den 1970er Jahren zum Mekka der Gegenkultur. Es ermöglichte eine Flucht vor der Wehrpflicht.

Die derzeitige historische Situation macht es erforderlich, dass die europäischen Staaten Verantwortung für eine gemeinsame Sicherheitspolitik übernehmen. Wenn das ein gewisses Maß an Wiederaufrüstung und Remilitarisierung erfordert, dann besteht die Herausforderung für Progressive darin, dieser alarmierenden Situation mit dem Wiedererlernen der Politik und Praxis des Antimilitarismus zu begegnen. Es braucht offene und scharfe Debatte und daraus folgende politische Maßnahmen, um zu kontrollieren, auszugleichen und demokratische Rechenschaftspflicht, Transparenz und Aufsicht zu fordern. Die einseitige Lockerung der Schuldenbremse für Zwecke der Aufrüstung macht eine kritische politische Ökonomie um so dringlicher. ●







Wer heute durch das Internet streift, sieht Menschen, die sich selbst vermarkten. Die Gesichter von Podcastern, Streamern und Influencern überfluten den digitalen Raum. Sie sind auf Thumbnails, Podcast-Covers und in Videos zu sehen – das Gesicht der Einzelnen ist der Schlüssel zum Erfolg in der Aufmerksamkeitsindustrie. Das war nicht immer so. 2010 sah man auf Instagram Bilder von Landschaften und Essen oder wie es der Comedian Bo Burnham in einem Song auf den Punkt bringt: »This was catalogs, travel blogs, a chat room or two«.

Doch seitdem hat die Welt eine beispiellose Personalisierung des Internets erlebt. »People are the new brands«, so beschreibt der Marketing-Professor Scott Galloway die Entwicklung. Menschen lösen klassische Marken ab. Das hat Auswirkungen auf fast alle Bereiche unserer Gesellschaft. Besonders gravierend: Die Personenökonomie bewirtschaftet die sich rasant verbreitende Einsamkeit in den westlichen Gesellschaften und verstärkt sie gleichzeitig.

Ein Blick allein auf ihre Spitze lässt erahnen, wie gigantisch das Ausmaß dieser neuen Personenökonomie ist. Der größte Podcast der Welt des US-amerikanischen Kampfsport-Comedians Joe Rogan hat auf allen Plattformen zusammen etwa 33,5 Millionen Follower. *The Joe Rogan Experience* erreicht dreimal so viele Menschen, wie in allen deutschen Großstädten insgesamt wohnen. Rogan interviewt stundenlang sehr berühmte Menschen (häufig auch Rechte), es wird geplaudert, ein bisschen Privatleben, ein bisschen Politik, ein bisschen

Nonsens. Man fühlt sich, als wäre man bei einem ungezwungenen Kaffee-Date dabei.

Wie bei Rogan, so kann man auch in tausenden anderen Formaten stundenlang im Digitalen mit Menschen abhängen. Ein neuer Trend bei Twitch sind sogenannte Langzeitstreams, bei denen Zuschauerinnen und Zuschauer jederzeit einschalten und am Leben von Streamern teilhaben können. Die Streamerin Emilycc hält derzeit den Rekord für den längsten durchgehenden Livestream. Sie ist seit über drei Jahren ununterbrochen live, filmt sich beim Essen, Schlafen, und vor allem dabei, wie sie Games spielt. Ihr Chat ist immer dabei und kommentiert.

Beziehungen zu Influencern ersetzen echte Verbindungen

Die Follower von Joe Rogan und Emilycc haben eine parasoziale Beziehung zu ihnen aufgebaut. Das heißt, sie entwickeln eine einseitige, emotionale Bindung zu ihren Stars. Im Falle Emilycc scherzt ihr »Chat« mit ihr, er freut sich, wenn sie in einem Spiel gewinnt, spendet ihr ab und zu auch Geld. Emily scheint eine Freundin zu sein, doch diese Beziehung beruht nicht auf Gegenseitigkeit. Wer sich schon einmal gefragt hat, warum Millionen Menschen sich stundenlang – teils absolut inhaltsleere – Podcasts, Youtube- und Twitchstreams anschauen, der findet hier die Antwort: Sie erfüllen ein zutiefst menschliches Bedürfnis nach einer Beziehung zu anderen Menschen.

Und dieses Bedürfnis wächst. Laut einer repräsentativen Umfrage der Bertelsmann-Stiftung fühlen sich in Deutschland fast die Hälfte der 16- bis 30-Jährigen einsam. In der gesam-

ten Bevölkerung ist es nach einer Studie der Deutsche Depressionshilfe knapp ein Viertel. Die Weltgesundheitsorganisation hat die Einsamkeit im Jahr 2023 zu einem globalen Gesundheitsproblem erklärt, das amerikanische Gesundheitsministerium spricht sogar von einer nationalen Epidemie. Ob es sich bei der weltweiten Einsamkeitswelle wirklich um eine Epidemie handelt, ist jedoch umstritten. Was allerdings klar ist: Einsamkeit macht krank. Einsame Menschen sind anfälliger für Depressionen und Angsterkrankungen, Herzinfarkte, Schlaganfälle, Krebs, Demenz. In einer Meta-studie konnten amerikanische Wissenschaftler zeigen, dass Menschen mit funktionierenden sozialen Interaktionen seltener an bestimmten Krankheiten leiden.

Krankheit, Einsamkeit und das Leben im Internet hängen also zusammen. Es ist daher kaum verwunderlich, dass sowohl die Personenökonomie als auch die Einsamkeit vor allem seit der Corona-Pandemie stark gewachsen sind. Die psychologischen Langzeitfolgen der Pandemie, die dazu führte, dass Milliarden Menschen sich drei Jahre lang buchstäblich voneinander distanzieren mussten, werden wahrscheinlich mit einigem Abstand in ihrer vollen Tragweite erkennbar werden.

Klar ist schon jetzt: Vor allem junge Menschen konnten wesentliche kollektive Erfahrungen – vom Abschlussball, über das Training im Sportverein bis hin zur politischen Organisation in einer Unigruppe – nur in sehr eingeschränktem Maß machen. Stattdessen waren sie online. Zwischenmenschlicher Kontakt nimmt vor allem bei jungen Menschen seitdem messbar ab, während die technologi-

Internet

Einsamkeit ist die Goldgrube der Internetstars

Influencer aller Art bewirtschaften die Einsamkeit. Davon profitieren auch Donald Trump und Elon Musk. Von **Matthias Ubl**

schen Möglichkeiten zur Vernetzung immer umfassender wurden. Davon profitiert die digitale Personenökonomie.

Digitale Personen verdienen ihr Geld vor allem als »Werbekörper«, wie Ole Nymoen und Wolfgang M. Schmitt in ihrem Buch *Influencer* zeigen. Sie halten lukrative Werbedeals mit großen Firmen oder vermarkten ihre eigenen Produkte, die als unverwechselbarer Konsumstil zum Teil ihrer Persönlichkeit werden. Durch ihre vermeintliche Nahbarkeit und Authentizität vermitteln sie gerade einer jungen Zielgruppe ihre Produkte. Einer Studie des Instituts für Wirtschaft zufolge betrug der Umsatz mit Influencermarketing im Jahr 2024 in Deutschland geschätzt über 155 Milliarden US-Dollar und könnte bis 2030 die 500-Milliarden-Grenze erreichen – ein rasant wachsender Markt.

Doch die digitalen Aufmerksamkeitsmärkte sind sogenannte Winner-takes-all-Märkte. Wer einmal eine kritische Größe erreicht hat, der erhält leicht immer weitere Werbedeals, Kollaborationen, Sponsorships und Firmenbeteiligungen. Durch die enormen Follower-schaften der Stars an der Spitze entsteht ein sehr ungleich verteiltes Kapital an Reichweite, das in einigen Fällen zu enormen Pro-Kopf-Umsätzen aufgrund der Skaleneffekte führt. Das dürfte die Marktkonzentration perspektivisch weiter steigen lassen.

Auch Elon Musk und Donald Trump setzen auf Personalisierung

Der Trend zur Personalisierung wird mittlerweile auch von den großen Tech-Unternehmen erkannt und genutzt, Pionierarbeit hat hier Elon Musk geleistet. Wie Scott Galloway analysiert, wusste Musk von Anfang an, dass er Teslas größter Werbeträger war. Das Unternehmen hat in seiner Geschichte kaum Werbung geschaltet. Stattdessen war Musk medial überall präsent (übrigens auch im Joe-Rogan-Podcast). Seine Tweet-Frequenz lag im Jahr 2022 bei etwa 30 pro Tag, er sammelte fast 200 Millionen Twitter-Follower und kaufte dann bekanntlich die Plattform. Lange Zeit war es in der Branche ein Rätsel, wie Tesla eine zehnfach höhere Bewertung erzielen konnte als seine Mitbewerber. Die Antwort liegt in der Personalisierungsstrategie von Elon Musk, die mittlerweile auch von anderen nachgeahmt wird, etwa Mark Zuckerberg.

Dass diese Strategie allerdings auch nach hinten losgehen kann, zeigt sich aktuell bei Tesla. In Europa sind die Verkaufszahlen von Tesla dieses Jahr dramatisch eingebrochen, obwohl der Absatz von E-Autos hier insgesamt gestiegen ist. Tesla ist Elon Musk – und auf den sind die Europäerinnen und Europäer derzeit nicht gut zu sprechen.

Ein anderer Pionier der »People-over-Brand-Strategie« ist Donald Trump. Trumps

Medienmacht, die ganz wesentlich um ihn als Person kreist, ist eine zentrale Säule seines Aufstiegs: von seinen frühen Auftritten bei *Wrestlemania* und seiner Reality-TV-Show *The Apprentice* bis zu seinem Stream of Consciousness bei X und Truthsocial. Trump ist ein »Typ«, dessen ungefilterten Tiraden buchstäblich im Alltag seiner Fans präsent sind. Trump kommuniziert nicht distanziert, etwa über klassische Pressemitteilungen, sondern direkt und unredigiert bei Social Media. Seine Tweets sollen das Gefühl hervorrufen, als spräche er einen direkt an, sie sollen *Nähe* erzeugen. Nicht wenige von seinen vereinsamten, männlichen Wählern, die jeden Tag über seine Sprüche lachen, dürften sich ihn als Freund wünschen.

Nun gibt es parasoziale Beziehungen, seitdem es Medien gibt. Menschen identifizieren sich seit Jahrhunderten mit Kunst- und Medienstars aller Art. Doch die schiere Omnipräsenz von Influencern, Podcasterinnen, Streamern und Digitalpersönlichkeiten, sowie das Ausmaß, in dem man an deren Privat- und Sozialleben teilnehmen kann, sind historisch beispiellos. Auch die Einsamkeit, die demgegenüber steht, dürfte es sein.

Die digitale Personenökonomie und die Einsamkeit verstärken sich dabei gegenseitig. Die neue personalisierte Internetökonomie knüpft an das an, was unser Leben ausmacht und antreibt: unsere Beziehung zu anderen Menschen. Wenn diese im realen Leben immer weniger werden, etwa weil mehr und mehr städtische Begegnungsmöglichkeiten wegfallen, suchen wir sie im digitalen Raum. Doch die Anerkennung durch unsere Mitmenschen, kollektive Erfahrungen und gemeinsames Wachstum können parasoziale Beziehungen nicht ersetzen. Sie hinterlassen unglückliche, einsame Menschen, die wiederum anfälliger für extremistische und rechte Sinnangebote sind.

Geht offline!

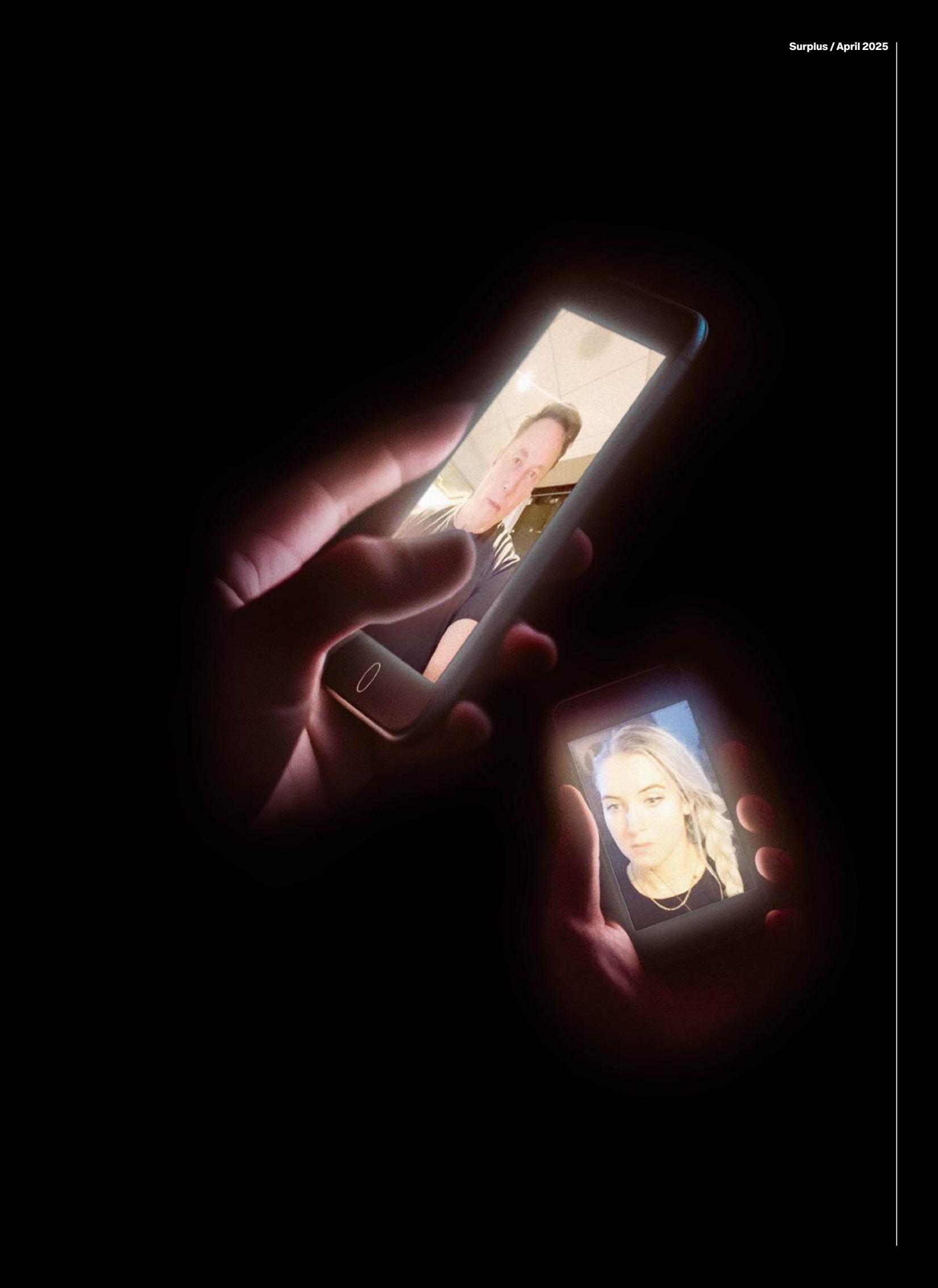
Für eine progressive Politik ist es daher wichtig, Räume aufrechtzuerhalten und zu fördern, die Begegnungen, realen, zwischenmenschlichen Kontakt ermöglichen – und dabei nicht nur Reichen zugänglich sind. Das ist auch eine wirtschaftspolitische Aufgabe, die sehr viel mit der Finanzierung von Daseinsvorsorge, Kul-

tur und eines bezahlbaren Alltags zu tun hat. Die Privatisierung städtischer Räume, wie wir sie überall auf der Welt erleben können, steht dem entgegen. Parks, Strandzugänge, Bibliotheken und Schwimmbäder müssen in öffentlicher Hand und vor allem auch für arme Menschen zugänglich bleiben. Denn auch Armut verstärkt die Einsamkeit. Studien belegen, dass Menschen, die in Armut geraten, oft ein dauerhaft höheres Einsamkeitsniveau haben und selten zu ihrem ursprünglichen Wohlbefinden zurückfinden. Eine stärkere Besteuerung von Superreichen, unter denen ja auch viele Internetstars sind, ist ein gutes Mittel, um eine demokratische Gesellschaft zu erhalten.

Nun wird man den Trend zur Personalisierung der Ökonomie so schnell nicht aufheben, doch progressive Medienpersonen sollten dazu beitragen, ihre Follower auch im echten Leben zusammenfinden zu lassen. Darüber hinaus liegt es an jeder Einzelnen, an einer lebenswerten, nicht-digitalen Welt teilzunehmen, die mehr ist als der Arbeitsplatz. Dazu kann die Pflege von Freundeskreisen genauso gehören wie die Mitgliedschaft in Gewerkschaft, Gemeinde, Chor, Lesekreis, Sportverein oder einer zivilgesellschaftlichen Initiative. Es sind diese Orte, an denen wir überhaupt das einüben und ausbilden, was die Kulturwissenschaftler Alaida und Jan Assmann in ihrem gleichnamigen Buch »Gemeinsinn« nennen. Mit Gemeinsinn bezeichnen sie unseren »sechsten soziale[n] Sinn«, ein buchstäblich geteiltes körperlich-intellektuelles Empfinden füreinander und für die Gesellschaft, in der wir leben. Dieser Gemeinsinn ist aber Voraussetzung für Demokratie selbst – und auch der beste Schutz gegen Einsamkeit. ●

MATTHIAS UBL ist Chef vom Dienst bei Surplus. Als Journalist arbeitete er unter anderem für »Die ZEIT« und die »FAZ«. Er ist Host des Podcast »Jacobin Talks«.

Krankheit, Einsamkeit und das Leben im Internet hängen zusammen.



Künstliche Intelligenz

Klima-killer KI



Künstliche Intelligenz soll die Probleme der Menschheit lösen. Doch ihr Wasser- und Energieverbrauch verschärft die Klimakrise. Von **Friederike Rohde**



Von der Unterstützung der Tumorerkennung bis hin zur Prognose von Extremwetterereignissen, die Erwartungen an Künstliche Intelligenz sind groß. Einer Umfrage zufolge sollen Unternehmen ihren CO₂-Fußabdruck durch KI sogar um 5 bis 10 Prozent reduzieren können. Doch ihr enorm anwachsender Energie- und Ressourcenverbrauch steht dem entgegen. KI verhagelt bereits jetzt großen Tech-Konzernen die Klimabilanz und trägt mehr zur Verstärkung als zur Lösung der Klimakrise bei.

Der Energiehunger immer größerer Modelle

Ein Blick auf die Entwicklung der großen Sprachmodelle (Large-Language Models oder kurz LLMs) macht deutlich, dass deren Größe in den letzten zehn Jahren enorm zugenommen hat. So kam beispielsweise das von OpenAI entwickelte GPT-1 im Jahr 2017 auf eine Größe von 117 Millionen Parameter. Parameter sind anpassbare Einstellungen, welche die Fähigkeiten eines LLMs steuern, Texte zu generieren. Mehr Parameter bedeuten tendenziell mehr Rechenleistung, aber auch mehr Schnelligkeit und Genauigkeit von LLMs. Das Modell GPT-3, mit dem OpenAI der massenwirksame Durchbruch gelang, kommt schon auf 176 Milliarden Parameter und ist damit um ein Vielfaches größer. Durch immer größere Modelle und den zunehmenden Einsatz von LLMs wächst der Rechenbedarf und damit auch der Energieverbrauch von Künstlicher Intelligenz. Das Trainieren eines großen Sprachmodells wie GPT-3 benötigt 1.375 Megawattstunden Strom, was etwa dem Verbrauch von tausend Ein-Personen-Haushalts pro Jahr entspricht. Ein Modell wird zwar nur anfangs im Rahmen der Modellentwicklung trainiert, doch auch die millionenfache Nutzung verbraucht Energie. Berechnungen haben ergeben, dass zwischen Bildklassifizierung, also dem Erkennen von Bildinhalten und Bildgenerierung, also dem Erstellen von Bildern, das 400-fache an Energie in der Anwendungsphase benötigt wird. In der Summe hat Künstliche Intelligenz somit einen großen Einfluss auf den Energieverbrauch der digitalen Infrastruktur – letzterer hat sich in Deutschland in den letzten zehn Jahren verdoppelt. Der wachsende Energiehunger von großen Sprachmodellen sowie eine Ausweitung von Datenzentren stellen deshalb aus Umweltsicht eine besondere Herausforderung dar. Denn einer der wichtigsten Treiber der Klimakrise ist die Energieerzeugung, sie muss möglichst auf erneuerbare Energien umgestellt werden. Viele Sektoren, etwa Verkehr, müssen elektrifiziert werden, damit der Verbrauch fossiler Energie reduziert werden kann. Angesichts des wachsenden Energiever-

brauchs von KI werden jedoch wertvolle erneuerbare Energiressourcen verbraucht und fehlen somit an anderer Stelle. Auch eine absolute Reduktion des Energiebedarfs rückt in weite Ferne.

Wassermangel durch immer mehr Datenzentren

Energie ist nicht die einzige knappe Ressource, die von Künstlicher Intelligenz überstrapaziert wird. Die zunehmende Nutzung von Wasser führt schon heute in vielen Regionen, die von Wasserknappheit betroffen sind, zu Auseinandersetzungen. Proteste gegen den Bau neuer Rechenzentren finden bereits in Dallas (USA), in Chile oder in Uruguay statt. Der Wasserfußabdruck der digitalen Infrastruktur entsteht auf drei verschiedenen Wegen: erstens bei der Herstellung der Geräte, zweitens bei der Erzeugung von Strom und drittens bei der Kühlung von Rechenzentren. Ein durchschnittliches Rechenzentrum verbraucht zum Teil über 1 Million Liter Wasser pro Tag. Das entspricht ungefähr dem Wasserverbrauch von etwa 100.000 Haushalten – pro Tag. Die Kühlung von Rechenzentren ist jedoch unabdingbar, um eine lange Lebensdauer der Hardware zu gewährleisten. Forschende der University of California (Riverside) haben die globalen Wasserentnahmen von KI-Systemen für die Serverkühlung vor Ort und den Wasserverbrauch in Rechenzentren untersucht. Während eine einzige Google-Suche einen halben Milliliter Wasser benötigt, verbraucht Chat GPT 500 Milliliter Wasser für jeweils fünf bis 50 Eingabeaufforderungen. Diese Zahlen beziehen sich aber nur auf die Anwendung des Modells: Das Training von GPT-3 in den State-of-the-Art-Rechenzentren von Microsoft in den USA verbraucht bis zu 700.000 Liter sauberes Frischwasser. Der Trend geht immer weiter nach oben: die Trinkwasserentnahmen der großen Technologieunternehmen von 2021 bis 2022 stiegen im Fall von Google um rund 20 Prozent und im Fall von Microsoft um rund 34 Prozent. Wasser ist eine sehr viel knappere Ressource als Energie – es bestehen enorm viele Nutzungskonflikte. In Gebieten mit Wasserstress konkurrieren Tech-Unternehmen mit der Bevölkerung oder Landwirten. Diese Thematik wird sich in Zukunft noch weiter zuspitzen.

Fortschritt um jeden Preis?

Angesichts der Auswirkungen auf Mensch und Umwelt stellt sich die Frage, welcher Fortschritt sich eigentlich durch KI erzielen lässt. Besteht Fortschritt darin, dass wir immer effizienter, produktiver und schneller werden? Oder besteht Fortschritt darin, dass wir als Gesellschaft versuchen, die vulnerabelsten Gruppen auf unserem Planeten zu schützen und ihnen die gleichen Entfaltungsmöglichkeiten zuteilwerden lassen, wie sie viele Menschen



im globalen Norden genießen? Branchenkenner mögen zweifelsohne einwenden, dass sich die intelligenten Algorithmen auch für positive gesellschaftliche Ziele, wie Armutsbekämpfung, Chancengleichheit oder den Umwelt- und Klimaschutz, einsetzen lassen. Das ist natürlich richtig – und gemeinwohlorientierte KI-Projekte gibt es in wachsender Zahl. Nichtsdestotrotz findet der überwiegende Anteil von KI Anwendung im Finanzsektor, in der Produktion oder im Online-Marketing. Durch die ständige Verbesserung dieser algorithmischen Systeme wird die Personalisierung und Profilierung der Nutzer und Nutzerinnen und die damit verbundene Werbung gezielter und lukrativer als je zuvor. KI optimiert die Konsummaschinerie und die Allgegenwärtigkeit kommerzieller Angebote. Ist das unsere Vorstellung von Fortschritt?

Warum es im Kern um globale Gerechtigkeit geht

Neue technische Entwicklungen sind immer auch ein Abbild der gesellschaftlichen Verhältnisse, die sie hervorgebracht haben. Der KI-Hype verstärkt bestehende Ungleichheiten. Denn der Nutzen durch Prozessoptimierung, Automatisierung und Prognosegüte entsteht vor allem da, wo ohnehin schon ein hoher Grad an Automatisierung vorherrscht und eine gute Infrastruktur vorhanden ist. Regionen, in denen es an den grundlegendsten Infrastrukturen – wie sauberem Trinkwasser, sanitären Einrichtungen oder einer ununterbrochenen Stromversorgung – mangelt, werden von dem KI-Hype wohl kaum Vorteile haben. Und während hierzulande vieles im KI-Kosmos als disruptiv und transformativ präsentiert wird, arbeiten jenseits der schillernden Fassade im globalen Süden Clickworker für durchschnittlich 2,80 US-Dollar die Stunde. Unter ausbeuterischen Bedingungen korrigieren, optimieren und trainieren sie KIs – so werden neue Formen von Diskriminierung und Abhängigkeiten geschaffen. Nun importieren wir nicht mehr nur unseren Kaffee aus Kolumbien, lassen unsere Jeans in Bangladesch herstellen, sondern nutzen eine Technologie, deren physische Infrastruktur zu Wassermangel führt und sehr viel mehr wertvolle Energie nutzt, als sinnvoll erscheint.

1 Million Liter

Wasser pro Tag und mehr verbraucht ein durchschnittliches Rechenzentrum.

700. 000 Liter

sauberes Frischwasser verbraucht das Training von GPT-3 in den Microsoft-Rechenzentren.

Die globale Gerechtigkeitsfrage rückt damit immer mehr ins Zentrum. Aus einer Verantwortungsperspektive sollte das Interesse demokratischer Gesellschaften darin liegen, Machtasymmetrien, Diskriminierung und Intransparenz, die mit KI-Technologien verbunden sind, zu beheben und auf offene, kollaborativ gestaltete Technologien zu setzen. KI-Modelle müssen deshalb *open source* sein – ihre Codes müssen öffentlich zugänglich werden. Ein erster Schritt ist die Plattform Hugging Face, wo zahlreiche solcher Modelle bereits zu finden sind. Es braucht aber auch eine partizipative Entwicklung von KI. Vor allem müssen große Unternehmen, die sowohl die finanziellen Kapazitäten als auch das Wissen haben, diese Technologien transparenter zu gestalten, hier konsequent in die Pflicht genommen werden. Denn global verteilte Auswirkungen entlang des KI-Lebenszyklus liegen in der Verantwortung der Unternehmen, die diese Technologien vorantreiben. ●

Wirtschaft

Fortschritt braucht staatliche Missionen

Für nachhaltiges Wirtschaftswachstum ist ein missionsorientierter Staat entscheidend. Doch dafür braucht es grundlegende Veränderungen. Von **Mariana Mazzucato** und **Rainer Kattel**



Covid-19-Pandemie, Inflation und Kriege haben den Staaten vor Augen geführt, was nötig ist, um massive Krisen zu bewältigen. In Ausnahmesituationen entdecken Politiker oft ihre Fähigkeit zur mutigen Entscheidungsfindung. Ein Paradebeispiel dafür ist die rasche Entwicklung und Anwendung des Covid-19-Impfstoffs.

Die Vorbereitung auf andere Herausforderungen erfordert jedoch nachhaltigere Bemühungen um einen »missionsorientierten Staat«. In Anlehnung an die erfolgreichen Erzählungen und Strategien aus der Zeit des Kalten Krieges rund um die geplante Mondlandung experimentieren Staaten weltweit mit ehrgeizigen politischen Programmen und öffentlich-privaten Partnerschaften, um bestimmte soziale, wirtschaft-

liche und ökologische Ziele zu erreichen. Im Vereinigten Königreich beispielsweise hat das Wahlprogramm der Labour-Partei mit den darin aufgeführten fünf Missionen eine lebhafte Debatte darüber ausgelöst, ob und wie eine »missionsorientierte Wirtschaft« geschaffen werden soll.

In einem missionsorientierten Staat geht es nicht um das dogmatische Festkleben an einer Reihe ursprünglicher Ideen, sondern vielmehr darum, die zentralen Bestandteile einer Mission zu ermitteln und zu akzeptieren, dass unterschiedliche Länder auch unterschiedliche Ansätze benötigen könnten. Nach derzeitigem Stand der Dinge präsentiert sich die neu entstehende Landschaft öffentlicher Missionen als Umetikettierung oder Umfunktionierung bestehender Institutionen und Strategien, wobei man eher stockende Anfänge als rasante Höhenflüge beobachtet. Aber das ist in Ordnung. Wir sollten nicht erwarten, dass sich ein radikaler Wandel der politischen Strategien



über Nacht oder auch nur während eines Wahlzyklus vollzieht.

Vor allem in liberalen Demokratien erfordert ein ambitionierter Wandel das Engagement einer Vielzahl von Gruppen, um die Zustimmung der Öffentlichkeit zu gewinnen und sicherzustellen, dass die Vorteile auf breiter Ebene spürbar werden. Das einem missionsorientierten Staat zugrundeliegende Paradoxon besteht darin, dass er ehrgeizige, klar formulierte politische Ziele durch eine Vielzahl auf Experimenten basierender Maßnahmen und Programme verfolgt.

Missionen erfordern Ziele

Diese Experimentierfreudigkeit unterscheidet aktuelle Missionen von jenen aus der Zeit vor der Mondlandung (obwohl in den heutigen Missionen der experimentelle Ansatz der Regierung Roosevelt im Rahmen des New Deal der 1930er Jahre nachhallt). Große gesellschaftliche Herausforderungen wie die dringende Notwendigkeit, gerechtere und nachhaltigere Ernährungssysteme zu schaffen, lassen sich nicht auf die gleiche Weise angehen wie eine Mondlandung. Diese Systeme bestehen aus mehreren technologischen Dimensionen (im Falle der Ernährung alles von Energie bis hin zur Abfallwirtschaft) und schließen eine Vielzahl, oftmals nicht miteinander verbundener Akteure sowie eine Reihe von kulturellen Normen, Werten und Gewohnheiten ein.

Die Umgestaltung derart komplexer Systeme erfordert ein Bündel von Programmen, die auf ein gemeinsames Ziel ausgerichtet sind, und nicht eine einzige Strategie, die vorschreibt, wie jeder Sektor oder jedes Unternehmen seinen jeweiligen Teil der Herausforderung zu lösen hat. Anstatt zu versuchen, diese Komplexität wegzudiskutieren, wird sie in den erfolgreichen Missionen von heute in den Mittelpunkt der politischen Entscheidungsfindung gestellt.

Der Erfolg hängt also von der Erkenntnis ab, was Missionen *nicht* sein sollen. Zunächst einmal handelt es sich bei Missionen nicht um von oben nach unten gesteu-

erte Planungen, die von allwissenden politischen Entscheidungsträgern geleitet werden. Der Prozess stützt sich vielmehr auf unternehmerische Erkenntnisse und den Wettbewerb im privaten Sektor, um jene Experimente voranzutreiben, deren Ergebnisse notwendig sind, um herauszufinden, welche Lösungen funktionieren.

Auch sind Missionen nicht gleichbedeutend mit Industriepolitik, wenngleich sie diese Strategien durchaus prägen können (und wohl auch sollten) und ihre Ziele oder Erfolgsmaßstäbe verdeutlichen. Was bedeutet es zum Beispiel, wenn eine politische Strategie die Wettbewerbsfähigkeit fördern soll? Geht es um die Steigerung von Produktivität, Exporten und BIP oder um Löhne und nachhaltigere Formen des Wachstums? Letzteres würde eine Missionsrichtlinie erfordern, da die Märkte allein nicht unbedingt die gewünschten Ergebnisse liefern würden.

Bei Missionen geht es nicht nur um Wissenschafts-, Technologie- und Innovationspolitik. Investitionen in hochwertige Bildung und Grundlagenforschung erfordern keine Mission. Wir wissen bereits, dass dies weitreichende soziale und wirtschaftliche Vorteile mit sich bringt. Aber wenn wir wollen, dass Bildung und Forschung uns bei der Bewältigung einer bestimmten Herausforderung helfen, brauchen wir eine Mission. Wenn man beispielsweise im Vereinigten Königreich hofft, unter Einsatz des dortigen Innovationssystems die Ungleichheit in den Griff zu bekommen, wird man sicherstellen müssen, dass die Finanzierung zur Vielfalt dessen beiträgt, was man untersuchen, erforschen oder entwickeln will.

Ein grundlegendes Umdenken ist nötig

Ebenso wenig ist Gesamtwachstum eine Mission. Freilich können Missionen sektorübergreifende Zusammenarbeit, Innovation und Investitionen zur Erreichung eines einzigen Ziels fördern und so technologische Spillover-Effekte hervorrufen sowie zur Produktivität und zur Schaffung

von Arbeitsplätzen beitragen und letztlich Wirtschaftswachstum erzeugen. Doch Wechselseitigkeit muss in Vereinbarungen verankert werden: Subventionen, Darlehen und Garantien sollten an die Bedingung geknüpft werden, dass der Unternehmenssektor in Innovationen investiert, die zu besseren (integrativeren und nachhaltigeren) Produktions- und Vertriebssystemen führen.

So verpflichtet beispielsweise das US-amerikanische Bundesgesetz CHIPS and Science Act Halbleiterunternehmen, die öffentliche Mittel erhalten, dazu, ihre Gewinne in bessere Arbeitsbedingungen und energieeffiziente Lieferketten zu reinvestieren (anstatt ihre eigenen Aktien aufzukaufen). Bei entsprechender Strukturierung können Missionen einen Multiplikatoreffekt erzielen, der zu höheren unternehmerischen Investitionen führt und letztlich das BIP pro investiertem Dollar stärker ansteigen lässt.

Es reicht nicht aus, sich einfach auf ehrgeizige, gesellschaftlich relevante Ziele zu einigen. Missionen erfordern ein grundlegendes Umdenken hinsichtlich der Instrumente und Prozesse der Politikgestaltung. Ja, die Vorgabe spezifischer Lösungen, die Erstellung von Gantt-Diagrammen (Projektmanagement) und die Festlegung umfangreicher Berichtspflichten werden kaum jemanden in Begeisterung versetzen. Ebenso trifft aber auch zu, dass die unbefristete, an keinerlei Bedingungen geknüpfte Subventionierung von Unternehmen weder die Art von Wachstum hervorbringen wird, die wir wollen, noch dem Gemeinwohl dient.

Missionen erfordern erhebliche Investitionen in die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Sektors. Andernfalls werden wir immer hören, dass ein missionsorientierter Staat ein frommer Wunsch sei – also genau das Argument, mit dem jahrelang Auslagerungen an private Berater gerechtfertigt wurden.

Massive Investitionen in den öffentlichen Sektor

Je weniger wir glauben, dass der Staat etwas anderes tun kann als Marktversagen zu beheben, des-

to weniger werden wir in das umfassendere Potenzial des öffentlichen Sektors investieren. Es ist zwar nicht einfach, Innovation durch ergebnisorientierte Politik, sektorübergreifende Bottom-up-Innovation und interministerielle Prozesse zu steuern, aber es ist möglich. Das Problem besteht darin, dass wir nur in Kriegs- oder Krisensituationen daran denken. Ein Grund, warum wir das UCL Institute for Innovation and Public Purpose geschaffen haben, war die Absicht, die Wahrnehmung eines ergebnisorientierten öffentlichen Dienstes zu verändern und das »neue wirtschaftliche Denken« über marktgestaltende Maßnahmen in die Praxis umzusetzen.

Von Australien und Schweden bis Brasilien finden sich großartige Beispiele für Innovationsagenturen, die mit neuen Methoden experimentieren: Sie testen Lösungen in Pilotprojekten und integrieren erfolgreiche Programme in größere Maßnahmen-Portfolios. Diese Bemühungen erfordern auch organisatorische Innovationen, von der Schaffung neuer Rollen bis zur Förderung neuer Managementkulturen.

Ein missionsorientierter Staat ist entscheidend für nachhaltiges und integratives Wirtschaftswachstum und für die Bewältigung der großen Herausforderungen, vor denen die Länder stehen. Der Weg dorthin muss nicht zwangsläufig vorgegeben sein. Aber er erfordert grundlegende Veränderungen in der Arbeitsweise der Regierungen und größere Investitionen in die Kapazitäten des öffentlichen Sektors. ●

© Project Syndicate, 2024.

MARIANA MAZZUCATO ist Gründungsdirektorin des UCL Institute for Innovation and Public Purpose und Vorsitzende des Rates der Weltgesundheitsorganisation für die Ökonomie der Gesundheit für alle.

RAINER KATTEL ist stellvertretender Direktor und Professor für Innovation und Public Governance am UCL Institute for Innovation and Public Purpose.

Ungleichheit

Die Logik der Verteilungskämpfe



In Krisen verschärft sich das Nullsummendenden: »Es gibt nicht genug für alle.« Doch nicht hinter jedem Problem steckt ein Verteilungskonflikt.
 Von **Max Hauser**



Stell dir vor, du schmeißt eine Geburtstagsparty und hast aus Versehen deine gesamte Sportgruppe eingeladen. Es kommen mehr Gäste als erwartet und der Kuchen geht rapide zuneige. Es gibt keine Möglichkeit, kurzfristig Kuchen nachzubacken oder zu kaufen. Wie der restliche Kuchen zwischen Gästen und Neuankömmlingen aufgeteilt wird, kann nicht optimal gelöst werden, sondern ist von den jeweiligen Wertvorstellungen abhängig. Klar ist: Alle Augen sind auf den Kuchen und misstrauisch aufeinander gerichtet. Jede Äußerung wird kritisch hinterfragt und über die Motive aller Anwesenden wird wild spekuliert. Der Verteilungskampf hat begonnen.

Dieses Beispiel illustriert ein Nullsummenspiel und seine sozialen Begleiterscheinungen. Der Geburtstagskuchen kann sinnbildlich für einen angespannten Arbeitsmarkt oder für Wohnungsmangel stehen. In solchen Situationen verbreitet sich häufig der Glaube, dass die eigenen Nachteile notwendig aus Vorteilen für andere resultieren. Mit der Großzügigkeit kann es schnell vorbei sein, dann heißt es wieder: »Wir gegen Sie«.

Im Bereich der Wirtschaftswissenschaften hingegen ist seit Adam Smith der Konsens, dass Marktwirtschaft und Tauschhandel langfristig ein Positivsummenspiel sind. Der Kuchen wird ständig vergrößert, wen interessiert die genaue Verteilung? Auch Krümel, die nach unten trudeln, wird es im Überfluss ge-

ben. Lieber ungleich wachsen als gleich arm stagnieren, so das Credo des Kapitalismus.

Doch dieses Versprechen geht nicht mehr auf, und immer weniger Menschen glauben daran, dass es ihnen einmal besser gehen wird als ihren Eltern. Die Illusion einer marktwirtschaftlichen »Normalität« wird durch immer häufigere Krisen erschüttert. Zudem ist weiteres globales Wachstum mit stabilen Lebensbedingungen auf unserem Planeten unvereinbar. Die Frage nach den sozialen Konsequenzen einer stagnierenden oder gar schrumpfenden Wirtschaft stellt sich immer deutlicher. Wenn nicht mehr alle gewinnen können, wer soll dann verlieren? Genug Gründe also, sich mit der wissenschaftlichen Forschung zum Thema Nullsummendenden auseinanderzusetzen. Es könnte die Erklärung liefern, wieso bei einem wirtschaftlichen Abschwung oft die Rufe nach »Tax the Rich«, aber auch nach »Ausländer raus«, laut werden.

Ursprung und Verbreitung

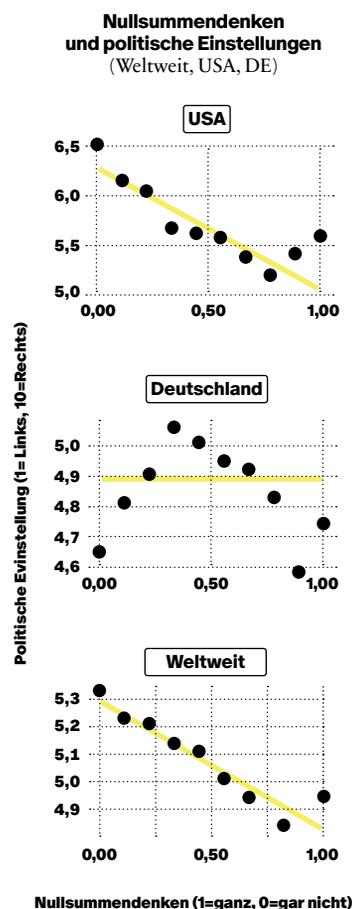
Das Nullsummendenden ist bereits weitverbreitet. Es ist die organische Auffassung von Wirtschaft in traditionell-bäuerlichen Gesellschaften, befand der Anthropologe George M. Foster in den 1960er Jahren. Diese Gesellschaften hätten ein intuitives »Bild des begrenzten Guts«: »Es ist, als ob die offenkundige Landknappheit in dicht besiedelten Gebieten auf alle anderen begehrten Dinge zutrifft: Nicht genug für alle da.« Wie Land können (und sollen) Status und Vermögen nur geteilt und nicht vermehrt werden. Jede Verbesserung der eigenen Position lässt jemand anderen zurückfallen.

In diesem meist kleinräumigen Kontext gelten daher übermäßige persönliche Ambitionen als ein Übel, die betreffenden Individuen werden mit dem bösen Blick, Flüchen, gar mit Hexerei belegt. In den skandinavischen Ländern erinnert Jantes Gesetz (*Janteloven*) daran: »Du sollst nicht glauben, dass du etwas Besonderes bist«. In Australien und Neuseeland nennen sie die Kritik an Angebern und Wichtigtuern »cutting down the tall poppies«. In Japan besagt ein Sprichwort, dass »der vorstehende Nagel eingeschlagen wird«. Während solche Moralkodizes also im besten Fall zum Schutz des Kollektivs vor dem egoistischen Gewinnstreben einzelner beitragen, richten sie im schlimmsten Fall eine missgünstige Konformität ein.

Die Entstehung und Verbreitung des Nullsummendenden und verknüpfter Moralkodizes ist das Ergebnis kultureller Evolution in Umgebungen, die tatsächlich Nullsummenspielen entsprechen, so eine Studie von Forschern der Universitäten Oxford, Harvard und Berkeley. Die geteilte Überzeugung, dass eigenes Vorankommen zwecklos ist, schützt in solchen Umgebungen vor potenziell ruinösem Wettbewerb, kann aber auch zu weniger Innovation und Entwicklung führen. Das

wirft auch ein neues Licht auf die »Große Divergenz« zwischen Europa und dem Rest der Welt seit 1500: Der Geist des Kapitalismus ist Positivsummendenden, das sich in Tandem mit wachsendem Wohlstand ausgebreitet hat. Für die Ausgebeuteten sieht es allerdings weniger rosig aus.

Eine weitere Studie des National Bureau of Economic Research (NBER) zeigt dementsprechend, dass Nullsummendenden vor al-



Quelle: Chinoy et al. (2023), *Zero-Sum Thinking and the Roots of U.S. Political Divides*, NBER Working Paper Series

lem mit der realen Erfahrung von Mangel zu tun hat. Wer etwa während einer Wirtschaftskrise aufgewachsen ist, Angehörige einer ausgegrenzten Minderheit ist, oder Vorfahren hatte, die verklagt worden sind, antwortet deutlich häufiger zustimmend auf die Aussage, dass Vorteile für andere mit eigenen Nachteilen einhergehen. Diese Überzeugung geht mit einer starken Zustimmung für Umverteilung von Oben nach Unten, für öffentliche Daseinsvorsorge sowie einer schwächeren Präferenz für eine Beschränkung der Einwanderung einher. Die Erfahrung eines sozialen Abstiegs, gemessen an der Bildung, erhöht – patriarchalen Normen entsprechend – nur für Männer das Nullsummendenden. Nullsummendenden steigt auch – unabhängig von

Die Linse des Nullsummendenden macht es leichter, die steigende Fremdenfeindlichkeit in Wirtschaftskrisen als Ersatzkanal für unbearbeitete Verteilungskonflikte zu verstehen.

persönlichen Merkmalen – mit zunehmender ökonomischer Ungleichheit.

Die Politik der Verteilungsfrage

Die Forscherinnen und Forscher des NBER benutzen als Datengrundlage für die Werte und Einstellungen der Menschen das »World Values Survey« (WVS), eine Umfrage unter zuletzt 192.000 Menschen in 77 Ländern mit jeweils repräsentativen nationalen Stichproben. Sie finden einen positiven Zusammenhang zwischen Nullsummendenden und linken politischen Einstellungen, der jedoch nach Land sehr unterschiedlich ausfällt. In den USA tendieren eher Demokraten als Republikaner dazu, wobei es hier den politischen Graben unterläuft und deshalb produktiv zur Erklärung der innerparteilichen Flügel verwendet werden kann.

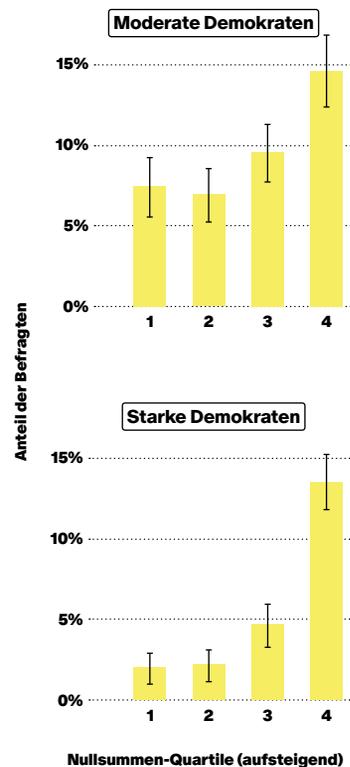
So waren etwa die Demokraten mit den höchsten Werten für Nullsummendenden 2016 am ehesten dazu bereit, für Donald Trump zu stimmen. Kein Wunder: Sein kruder »America First«-Merkantilismus ist klassisches Nullsummendenden und bricht radikal mit dem bisherigen Konsens in der Handelspolitik, der auf dem komparativen Kostenvorteil aufbaut und die gegenseitigen Vorteile betont. Jeder Cent, den Amerikaner mehr für Güter aus anderen Ländern ausgeben als andere Länder für Güter aus den USA, ist für Trump ein Beweis, dass sie »über den Tisch gezogen werden«, was für den Rest der Welt – milde ausgedrückt – eine überraschende Neuigkeit ist. Umgekehrt sind die Republikaner mit den höchsten NSD-Werten am ehesten offen für eine Umverteilung von oben nach unten. Beide politische Lager tendieren entlang ihrer ideologischen Prioritäten zum Nullsummendenden: Die Konservativen, wenn Statushierarchien abgebaut werden; die Liberalen, wenn sich der Status Quo nicht verändert.

Mit der Spaltung von der Linkspartei hat das Bündnis Sahra Wagenknecht eine ähnliche Bewegung durchgemacht wie die Trump-Demokraten. Anstelle der Wirtschaftspolitik waren aber hier die Differenzen in der Migrationspolitik entscheidend. Obwohl Migration – allgemein betrachtet – kein Nullsummenspiel ist, kann es sich lokal so darstellen, wenn nicht genug auf die Integrationskapazitäten und Verteilung geachtet wird. Vielleicht hat sich hier auf Parteebene ein Bruch vollzogen, der sich in den Daten des WVS für Deutschland abzeichnet. Die stärksten »Null-« und »Positivsummler« sind am anderen Ende des Spektrums am weitesten links, während diejenigen, die es differenziert sehen, eher rechts sind. Dazu gehört es oft, Wirtschaft als Positiv-, Geschlechterbeziehungen und Einwanderung jedoch als Nullsummenspiele zu betrachten.

Die Linse des Nullsummendenden macht es leichter, die steigende Fremdenfeindlichkeit

in Wirtschaftskrisen als Ersatzkanal für unbearbeitete Verteilungskonflikte zu verstehen. Die AfD verkauft »Ausländer raus« als Wunderwaffe für die innere Sicherheit, den Wohnungsmangel, den Pflegenotstand und den sinkenden Testosteronspiegel. Damit schafft sie es aktuell, den »Oben-Unten«- mit einem »Innen-Außen«-Konflikt zu ersetzen. Das liegt laut dem Sozialwissenschaftler Linus Westheuser an einer politischen Kultur, die es versäumt

Demokraten, die 2016 Trump gewählt haben, nach Nullsummen-Quartilen



Quelle: Chinoy et al. (2023), *Zero-Sum Thinking and the Roots of U.S. Political Divides*, NBER Working Paper Series

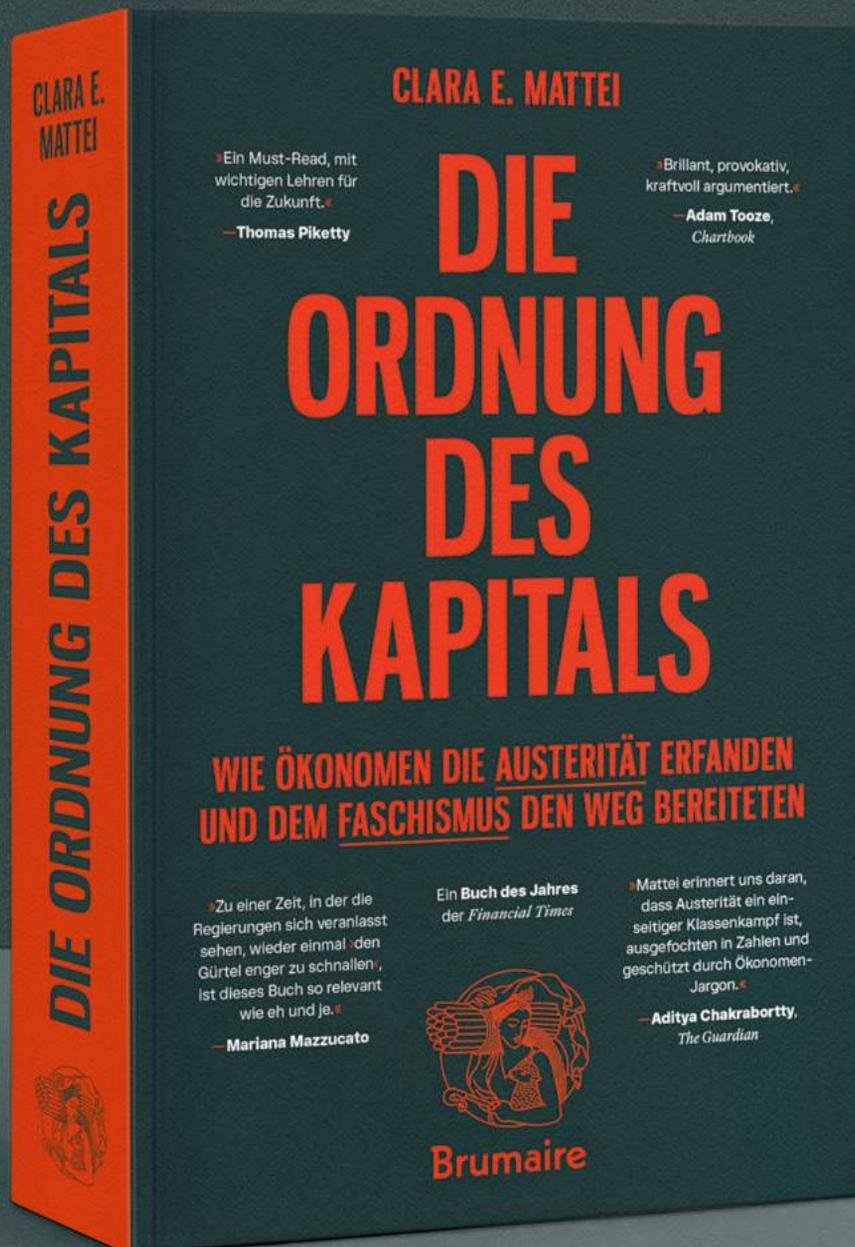
hat, den zunehmenden Konflikt zwischen Reich und Arm angemessen zu thematisieren. Es scheint wohl leichter zu sein, mit Bezahlkarten und Grenzkontrollen »Handlungsfähigkeit« zu inszenieren, als den Mythos »Mitte« aufzugeben. Das führt dazu, dass die Menschen in der »demobilisierten Klassengesellschaft« eher »horizontale Konkurrenzkämpfe, individualisierte Statusstrategien und moralische Abgrenzungen nach unten« verfolgen, so Westheuser.

Statt sich vom Kulturkampf in die Irre führen zu lassen, kommt es daher auf die wahren Verteilungsfragen an. Manche dieser Verteilungsfragen sind ein Nullsummenspiel – etwa wenn sich jemand ein Stück Kuchen genehmigt, obwohl er schon die Hälfte hatte

und andere hungern. Umgekehrt gibt es aber auch Verteilungsfragen, die eben keine Nullsummenspiele sind: So hat das Kenia-Schuldenpaket für Verteidigung und Infrastruktur nachdrücklich bewiesen, dass das auf die öffentlichen Haushalte nicht zutrifft. Sofern der politische Wille vorhanden ist, können sämtliche erwünschten Aktivitäten finanziert werden. Das Verteilungsproblem offenbart sich erst auf der Ebene der realen Ressourcen. Wenn die Produktion nun mit Panzern und Brücken ausgelastet wird, fehlt es an anderer Stelle für E-Autos und den sozialen Wohnungsbau. Es darf auch nicht untergehen, dass jeder Energie- und Materialverbrauch unter ökologischem Vorbehalt stehen und somit jede weitere Umweltbelastung nur den sinnvollsten Zwecken dienen sollte.

Umso entscheidender dürfte in der Zukunft das Wiederbeleben des Verteilungskonflikts zwischen Arm und Reich vor dem Hintergrund der ökologischen Krise werden. Denn hier gibt es eine reale Nullsumme: Was die Reichen verbrauchen, kann nicht vom Rest der Welt genutzt werden. Deshalb fordert Linus Westheuser einen »Klimapopulismus«, um die Frage unserer zukünftigen Lebensgrundlagen »als emotional packende Gerechtigkeitsfrage zu politisieren, die gesellschaftliche Gruppen anhand gemeinsamer Interessen verbindet«. Es sollte der Versuchung widerstanden werden, die sozial-ökologische Transformation als einen harmonischen Übergang zu erklären, bei dem die Interessen aller berücksichtigt werden können. Dafür braucht es neben einem Fokus auf soziale Klimapolitik eine Kompensation für die Eindämmung privaten Überreichtums in der Form eines neuen öffentlichen Luxus. Eine schrumpfende Wirtschaft – ob nach *Design* oder *Desaster* – wird schließlich das Nullsummendenden nur verstärken. ●

MAX HAUSER ist Politökonom und hat in Berlin, Rom und Paris studiert. Aktuell arbeitet er in der Entwicklungsberatung sowie als Redakteur bei Surplus.



Eine bahnbrechende Untersuchung der dunklen Ursprünge der Austeritätspolitik.

Jetzt bestellen

 brumaireverlag.de

**Mietenstopp
gegen
rechts**



Wohnen

Wenn Mieten rasant steigen, wachsen Existenzängste und extrem rechte Parteien profitieren. Bezahlbarer Wohnraum ist Teil einer antifaschistischen Wirtschaftspolitik.

Von **Isabella Weber** und **Maxine Fowé**



Niemand kann ohne ein Dach über dem Kopf langfristig leben. Wohnen ist ein Grundbedürfnis

des Menschen. Wer sich um das eigene Zuhause sorgt und befürchtet, sich die Wohnung im vertrauten Viertel bald nicht mehr leisten zu können, sieht seine Existenz bedroht. Das führt häufig zur Suche nach Alternativen zum bedrohlichen Status Quo. Solange die demokratischen Parteien keinen Ausweg anbieten, landen die Menschen zu oft bei der extremen Rechten.

Steigt die Miete um 1 Euro pro Quadratmeter, wächst der Stimmenanteil der AfD bei Geringverdienenden um bis zu 4 Prozentpunkte. Das legt eine aktuelle Studie von Tarik Abouchadi, Denis Cohen und Thomas Kurer nahe. Dabei geht es nicht unbedingt nur darum, wie hoch die Miete tatsächlich ist. Sondern vor allem um das existenzielle Gefühl, durch immer stärker steigende Wohnkosten in der Nachbarschaft bedroht zu werden. Menschen, die dazu übergehen, extrem rechte Parteien wie die AfD zu wählen, muss es materiell nicht unbedingt schlecht gehen. Es reicht ein Ohnmachtsgefühl und die Angst vor Statusverlust.

Die Inhalte rechter Parteien zu übernehmen, wie derzeit beim Thema Migration, ohne den sozialen Nährboden ihres Erfolgs zu adressieren, ist als Strategie der sogenannten Mitte im Kampf gegen rechts gescheitert. Dieses Vorgehen legitimiert vielmehr die Positionen rechter Parteien.

Eine antifaschistische Wirtschaftspolitik muss diesen Nährboden austrocknen. Es geht

um eine Wirtschaftspolitik, die die Grundbedürfnisse der Mehrheit als zentrales Ziel erfüllt, und das nicht als Nebeneffekt anderer Ziele vernachlässigt. Es geht darum, dem Ohnmachtsgefühl und dem realen Abstieg der Menschen entgegenzutreten. Demokratische Parteien müssen zeigen, dass die Demokratie das Leben für alle leistbar und lebenswert machen kann. Bezahlbaren Wohnraum für alle zu schaffen, ist dabei ein wichtiger Baustein. Ansonsten erscheint die Demokratie für zu viele Menschen als ein hohles Versprechen.

Bezahlbarer Wohnraum ist die wichtigste soziale Frage

Denn die Wohnungskrise ist verheerend. Bundesweit sind die Bestandsmieten real seit 2014 um 14 Prozent erhöht worden, in Großstädten sogar um rund 25 Prozent, während die Reallöhne immer noch unter dem Vorkrisenniveau verharren. Bei Neuvermietungen liegt der Anstieg in Großstädten bei über 40 Prozent. In Berlin haben sich die Mieten sogar verdoppelt. Hinzu kommen Heizkosten, die seit 2021 durchschnittlich um 43 Prozent gestiegen sind. Die Lage in Deutschland ist besonders dramatisch, da hier rund die Hälfte der Menschen zur Miete wohnt.

Besonders Jugendliche sind stark betroffen: Laut einer Studie aus dem Herbst 2024 nennen 54 Prozent der 14- bis 29-Jährigen die hohen Wohnkosten als größte finanzielle Belastung. Diese Mietexplosionen bedeuten real einen Einbruch von Lebensqualität und Perspektiven für die junge Generation. In vielen Städten haben Studierende Schwierigkeiten, bei

den Eltern ausziehen, und bleiben so an den Heimatort gebunden. Auch der Studienbeginn verzögert sich immer häufiger, da junge Menschen keinen bezahlbaren Wohnraum finden.

Bei der Belastung durch Wohnkosten herrscht enorme Ungleichheit. Während gut verdienende Haushalte heute nur rund 18 Prozent ihres Einkommens für Miete ausgeben – ein Anstieg um gerade einmal zwei bis drei Prozentpunkte seit 1990 –, muss jeder dritte Miethaushalt über 30 Prozent des Einkommens für Miete ausgeben, jeder sechste sogar mehr als 40 Prozent, Hunderttausende sogar über die Hälfte. Besonders hart trifft es Zugewanderte, die häufig teure Neuverträge und niedrigere Einkommen haben. Insbesondere für Betroffene von häuslicher Gewalt wird fehlender bezahlbarer Wohnraum oft zur Falle. Denn wer Gewalt erlebt, braucht eine bezahlbare Alternative, um ihr zu entkommen. Zudem führt finanzieller Druck oft zu psychischen Erkrankungen und destruktiven Familiendynamiken.

Hohe Mieten lassen die Renditen der Reichsten steigen

Mieten steigen nicht einfach, sie werden von Vermietenden gezielt erhöht. In vielen Städten und Regionen finden Menschen keinen bezahlbaren Wohnraum mehr, da Vermietende immer höhere Mieten verlangen bei einem generell knappen Angebot an Wohnungen in Ballungszentren. Da Immobilien für viele nicht mehr erschwinglich sind, klafft eine Kluft zwischen der neuen Erbelite und dem Rest. In der Erbesgesellschaft wurden zwischen 2015 und 2024 etwa 4,3 Millionen Immobilien vererbt.

Doch die Machtkonzentration verläuft nicht nur zwischen Familien. Ein immer größerer Anteil an Mietwohnungen wird von Wohnungskonzernen wie Vonovia verwaltet.



54%

der 14- bis 29-Jährigen empfinden die hohen Wohnkosten als größte finanzielle Belastung.

30%

des Einkommens gibt jeder dritte Miethaushalt für die Miete aus.



In Frankfurt sind die Angebotsmieten 2024 um 8,6 Prozent gestiegen.

Seitdem Vonovia den Immobilienkonzern Deutsche Wohnen mit Hilfe eines Share-Deal-Steuerschlupflochs übernommen hat, ohne einen Cent Grunderwerbsteuer zu zahlen, besitzt Vonovia mehr als 500.000 Wohnungen in Deutschland. Diese Wohnungen sind nicht nur dazu da, Menschen ein Dach über dem Kopf zu geben, sondern um Gewinne zu erwirtschaften für die Portfolios reicher Menschen und Institutionen. Dazu gehören zum Beispiel die Nordea Bank und der weltweit größte Vermögensverwalter BlackRock, die mit jeweils 15 Prozent und 7,6 Prozent Anteilseigner von Vonovia sind.

Große Immobilienkonzerne schrecken oft davor zurück neue Häuser zu bauen, was mit langwierigen Investitionsvorhaben verbunden ist. Sie haben bessere Optionen, um Rendite zu erwirtschaften. Häufig übernehmen sie ehemalige Sozialbausiedlungen, in denen die Mieten noch vergleichsweise moderat sind – und erhöhen diese dann soweit es geht. In weniger attraktiven Lagen erzielen Wohnkonzerne außerdem oft Gewinne durch Nichtstun, indem sie die Ausgaben für Instandhaltung niedrig halten. Auf diese Weise schöpfen sie ihr Renditepotenzial aus – oft zulasten der Wohnqualität der Mietenden.

Während viele Menschen kaum noch finanziell über die Runden kommen, knallen bei Vonovia und anderen Immobilienriesen wegen satten Gewinnen die Korken. Durch ihre schiere Größe können sie eine enorme Marktmacht ausüben und haben bereits mehrfach versucht, etwa den Mietspiegel zu beeinflussen. Sie können ihre Gewinninteressen oft konsequenter durchsetzen als einzelne Vermietende und die Preise schneller in die Höhe treiben. Zugleich gelten sie als unverzichtbare Partner bei der Wohnraumversorgung, da sie durch ihre Marktmacht praktisch »too big to fail« sind.

Versagen der Wohnungspolitik: Bezahlbarer Wohnraum schwindet

Daran hat die Wohnungspolitik der vorherigen Bundesregierungen nichts geändert. Seit der Finanzkrise 2008 fließen gigantische Ka-

pitalströme in den Immobilienmarkt, was Bodenpreise und Mieten in die Höhe treibt. Zugleich ziehen immer mehr Menschen in die Städte, und der steigende Anteil an Singlehaushalten erhöht den Flächenbedarf. Doch Wohnraum ist nicht auf natürliche Weise knapp. 400.000 Wohnungen, davon 100.000 Sozialwohnungen, wollte die Ampel pro Jahr bauen. Insgesamt wurden nur knapp über die Hälfte der 400.000 Wohnungen gebaut.

Zudem ist die Mietpreissbremse ein regelrechter Flickenteppich. Dort, wo es die Bremse gibt, wird sie oft durch Schlupflöcher wie Indexmietverträge, möbliertes Wohnen oder schlicht fehlende Ressourcen bei den Mietenden ausgehebelt. Wer sowieso um jeden Cent kämpfen muss, hat oft nicht die Nerven, Geld und Zeit für einen Rechtsstreit. Für Vermietende, die trotz Mietpreissbremse überhöhte Mieten verlangen, gibt es praktisch keine Sanktionen; erst nach einer erfolgreichen Klage müssen sie die rechtswidrig überhöhte Miete erstatten.

Ein weiteres staatliches Versagen zeigt sich am Rückgang der Sozialwohnungen: Diese sanken seit den 1980er Jahren von 4 Millionen auf heute rund 1 Million – nur fünf Prozent aller Mietwohnungen. Ein wesentlicher Grund dafür ist die befristete Sozialbindung, die gesetzlich oft schon nach 15 oder 20 Jahren ausläuft und die betroffenen Wohnungen anschließend zu höheren Preisen auf dem Markt verfügbar macht. Momentan fallen mehr Wohnungen aus dieser Bindung, als neu gebaut werden können.

Verzögerter Preisschock: Die Wohnraumkrise als Teil der Leistbarkeitskrise

Der Mietpreisschock hat aber noch andere Ursachen. Zwar ist die durch Lieferkettenstörungen und die Energiekrise ausgelöste Inflation weitgehend abgeklungen. Dennoch sind die Mieten einer der wenigen Bereiche, in denen die Preise weiter steigen: Ende 2024 waren es im Durchschnitt 4,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Auch wenn die Gesamtinflation gesunken ist, steigen die Mieten hartnäckig weiter.

Mietverträge werden häufig langfristig abgeschlossen und spiegeln Preissteigerungen erst mit einer zeitlichen Verzögerung wider. Eine Ausnahme bilden Indexmietverträge, bei denen die Miete direkt an die Verbraucherpreis-inflation gekoppelt ist und der Preisschock unmittelbar weitergegeben wird – was die ohnehin schon hohen finanziellen Belastungen für Mietende extrem verschärft.

Wohnen ist – neben anderen Bereichen wie Energie und Lebensmitteln – einer der »systemrelevanten« Sektoren für die Inflation, wie eine Bertelsmann-Studie von Weber, Thie, Jaugregui und Teixeira zeigt. Wohnen macht einen so großen Teil des Einkommens aus, dass diesem Posten ein hohes Gewicht im Warenkorb

Ein weiteres staatliches Versagen zeigt sich am Rückgang der Sozialwohnungen: Diese sanken seit den 1980er Jahren von 4 Millionen auf heute rund 1 Million .



für die Inflationsberechnung zukommt. Gehen die Wohnkosten hoch, gehen die Real-löhne runter. Das bedeutet, es gibt auch signifikante Zweitrundeeffekte. Anders als bei Preissteigerungen im Lebensmittel- oder Energiebereich, wo die Krisenprofiteure oft entlang der Lieferkette verteilt sind, ist der Verteilungskonflikt zwischen Mietenden und Vermietenden auf dem Wohnungsmarkt offen sichtbar. Und er betrifft eine breite Bevölkerungsgruppe, denn in Ballungsräumen suchen selbst Menschen der oberen Mittelschicht häufig vergeblich nach Wohnraum.

Die Zinspolitik der Zentralbanken treibt die hohen Wohnkosten

Die Wohnungskrise wird erheblich durch die hohen Zinsen der Zentralbanken befeuert, mit denen diese auf Preisschocks reagieren. Nach Jahren der niedrigen Zinsen, in denen die starke Nachfrage nach Wohneigentum die Preise

in die Höhe getrieben hat, sind es nun die hohen Zinsen, die die Wohnkosten treiben.

Hohe Zinsen verteuern Wohnungsbauprojekte, verzögern Genehmigungen und wirken sich negativ auf Lieferketten sowie Grundstückerschließungen aus. Sie verknappen die Vergabe von Baukrediten für den Neubau. Auch Kaufkredite werden so seltener vergeben, die häufig für Neuvermietungen genutzt werden. Ein weiteres Problem für den Bausektor sind die Baukosten, die aufgrund von Materialmangel jüngst stark gestiegen sind. Die Folge ist eine zunehmende Angebotsverknappung bei gleichzeitig wachsender Nachfrage, was die Mietpreise zusätzlich in die Höhe treibt. So sank im Jahr 2024 die Zahl der Baugenehmigungen zum dritten Mal in Folge, diesmal um 17 Prozent auf den niedrigsten Stand seit 2010.

Nicht nur der Neubau, auch die bereits bestehenden Wohnungen werden durch die

71%

der Menschen in Deutschland sprachen sich
für den Berliner Mietendeckel aus

Zinsentwicklung verknappt und verteuert. Höhere Finanzierungskosten schrecken Besit- zende einer Wohnung vom Verkauf ab. Wenn besonders reiche Kaufende im Neubausektor nicht fündig werden, erwerben sie bereits ge- baute Immobilien und setzen die bestehen- den Mietenden häufig per Eigenbedarfskün- digung vor die Tür. Potenziell Kaufende, die aufgrund steigender Zinsen weniger liquide sind, drängen gleichzeitig auf den Mietmarkt. Das führt im Ergebnis zu einem Kreislauf, in dem sich die Wohnungsknappheit verschärft und erschwingliche Mietoptionen knapper werden.

Es braucht dringend ein Umdenken: Eine aktuelle Studie von Weber und van 't Kloos- ter für das Europäische Parlament zeigt: Ge- rade bei einer *Schockflation*, wenn die Preise für Energie, Lebensmittel oder Mieten plötz- lich stark steigen, sind höhere Zinsen das fal- sche Mittel. Denn sie bremsen notwendige Zukunftsinvestitionen und verschärfen die

Wohnungskrise. Stattdessen braucht es einen wirtschaftspolitischen Katastrophenschutz, der systemrelevante Sektoren resilient macht und Preisschocks gezielt dort abfedert, wo sie entstehen. Für den Wohnungsmarkt bedeutet das: kontinuierliches Monitoring der Mietent- wicklung, frühzeitige Preiskontrollen und ge- zielte Investitionen in ökologische Moderni- sierung und Neubau.

Ein Zukunftsplan für bezahlbaren Wohnraum und stabile Preise

Eine *antifaschistische* Wirtschaftspolitik kann konkrete Alternativen schaffen. Und das bedeu- tet, den Wohnungsmarkt nicht länger einfach dem »freien« Spiel der Kräfte zu überlassen und darauf zu hoffen, dass sich die Probleme von selbst lösen, während in der Zwischenzeit die extreme Rechte immer stärker wird.

Mietmärkte erzeugen kein einfaches Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage. Die Nachfrage ist relativ »unelastisch«, da alle



ein Dach über dem Kopf brauchen. Wohnraum erfüllt derzeit nicht nur ein Grundbedürfnis, sondern ist ein Anlageobjekt, das nur langsam bereitgestellt wird und durch die Hoffnungen auf hohe Renditen der Vermietenden getrieben ist. Es besteht ein Dauerkonflikt zwischen Investoren, die Wertsteigerung wollen und der Mehrheit der Menschen, die bezahlbaren Wohnraum brauchen. Auf dem Wohnungsmarkt herrscht nicht die unsichtbare Hand, die wie Magie für Harmonie sorgt, sondern knallharte Interessen.

Privater Neubau allein löst das Problem des leistbaren Wohnraums nicht, denn dieser kostet heute oft rund 20 Euro pro Quadratmeter – das Doppelte der durchschnittlichen Bestandsmieten. Günstige Wohnungen verschwinden schneller durch Mieterhöhungen, teure Neuvermietungen und auslaufende Bindungen, als dass neue bezahlbare Gebäude entstehen können. Wenn die Wohnungsnot nur durch privaten Neubau und ohne tiefgreifende Mieten-

regulierung angegangen wird, droht ein sich verstärkender Kostenschock, der das Leben und die Zukunft von Millionen von Menschen verbaut und die Demokratie aufs Spiel setzt.

Der gegenwärtige Moment könnte eine historische Chance sein, eine neue Antwort zu erproben. Schon der Ökonom John Kenneth Galbraith betonte, dass Preiskontrollen strukturelle Probleme nicht lösen, aber Zeit schaffen, um die Ursachen hoher Preise anzugehen. Diese Zeit zu kaufen, ist essenziell. Die Menschen brauchen jetzt Entlastung und können nicht Jahre auf neu gebaute Wohnungen warten. Obwohl der Berliner Mietendeckel wegen fehlender Gesetzgebungskompetenz des Landes Berlin scheiterte, bewies er doch, dass Mieten mit kurzfristiger Wirkung stark regulierbar sind, wenn der politische Wille vorhanden ist.

Deshalb braucht es endlich einen wirksamen Mietpreisdeckel, der die Mieten bei bestehenden und neuen Verträgen absenkt. Der Deckel muss mit Sanktionen versehen und bundesweit ohne Schlupflöcher wie Indexmieten oder »möbliertes Wohnen« umgesetzt werden. Auch ein besserer Kündigungsschutz ist nötig. Ein Recht auf Wohnungstausch könnte zusätzlich helfen, Wohnraum fairer zu verteilen, denn viele Menschen bleiben in zu großen Wohnungen aufgrund hoher Mieten bei Neuverträgen.

Zweitens sollten Vermietende nicht länger dauerhaft höhere Mieten verlangen dürfen, nachdem eine Wohnung modernisiert wurde. Stattdessen müssen energetische Sanierungen ausreichend staatlich gefördert werden, ohne dass sich die Warmmiete für die Mietenden erhöht. Anstatt Subventionierungen für solche Sanierungen nur als Recht der Vermietenden zu gestalten, sollten Mietende in die Lage versetzt werden, sie einzufordern. Das könnte zum Beispiel den Einbau von Wärmepumpen enorm beschleunigen – das nützt dem Klima und den Mietenden.

Der zentrale Hebel für ein breiteres Angebot an bezahlbarem Wohnraum kann durch eine bundesweite Wohnungsbauagentur geschaffen werden. Die letzte Bundesregierung ist mit ihren Bauzielen nicht an den fehlenden Mitteln, sondern an der fehlenden Kapazität gescheitert, um Bauvorhaben erfolgreich umzusetzen. Deshalb muss diese Kapazität dringend aufgebaut werden.

Langfristig muss ein großer gemeinnütziger Sektor mit günstigen Sozialwohnungen aufgebaut werden, deren Sozialbindungen mithilfe einer echten Wohngemeinnützigkeit gesichert bleiben. Die Stadt Wien liefert hierfür ein erfolgreiches historisches Vorbild.

Seit dem erfolgreichen Volksentscheid der Initiative *Deutsche Wohnen & Co. enteignen* im Jahr 2021, bei dem 59,1 Prozent für die Enteignung und Vergesellschaftung großer Wohnungskonzerne gestimmt haben, gibt es einen

demokratischen Auftrag, Wohnungskonzerne zu vergesellschaften. In einem vermachteten und wenig innovativen Markt, auf dem ein wesentliches Grundbedürfnis verhandelt wird, sind vergesellschaftete Wohnungen gut geeignet, bezahlbaren Wohnraum bereitzustellen, da sie ohne Renditedruck zu erschwinglichen Mieten angeboten werden können.

Der erfolgreiche Volksentscheid zeigt auch, wie sehr die Wohnungsfrage ein gesellschaftlicher *Triggerpunkt* ist, der endlich adressiert werden muss. So sprachen sich 71 Prozent der Menschen in Deutschland für den Berliner Mietendeckel aus – ein eindeutiges Signal an Bewegungen und Parteien, Druck aufzubauen und Wohnungsmärkte endlich im Sinne der Mehrheit zu gestalten.

Diese Erkenntnis beschränkt sich nicht auf Deutschland. In mehreren Ländern, allen voran Spanien, hat sich eine breit angelegte erfolgreiche Mietendenbewegung gebildet. Sie kämpft gegen Wuchermieten, die Verknappung von Wohnraum durch Airbnb und Zwangsräumungen. Solche Initiativen zeigen: Gemeinsame Organisierung wirkt dem Ohnmachtsgefühl entgegen und zwingt Verantwortliche zu handeln.

Wer verhindern will, dass immer mehr Menschen existenziell unter Druck geraten und die Zustimmung für rechte Parteien weiter wächst, muss erkennen: Wohnen ist kein bloßes Renditeobjekt, sondern ein Grundbedürfnis. Bezahlbarer Wohnraum und lebenswerte Nachbarschaften, in denen Menschen gerne leben und füreinander sorgen, sind möglich. Der politische Kampf für bezahlbares und mitbestimmbares Wohnen kann Mietende aus einem Ohnmachtsgefühl befreien und die politische Rechte schwächen. Wer hier politisch nicht handelt, darf sich über steigende Zustimmung für die AfD nicht wundern. Die Wohnungsfrage ist die soziale Frage unserer Zeit. ●



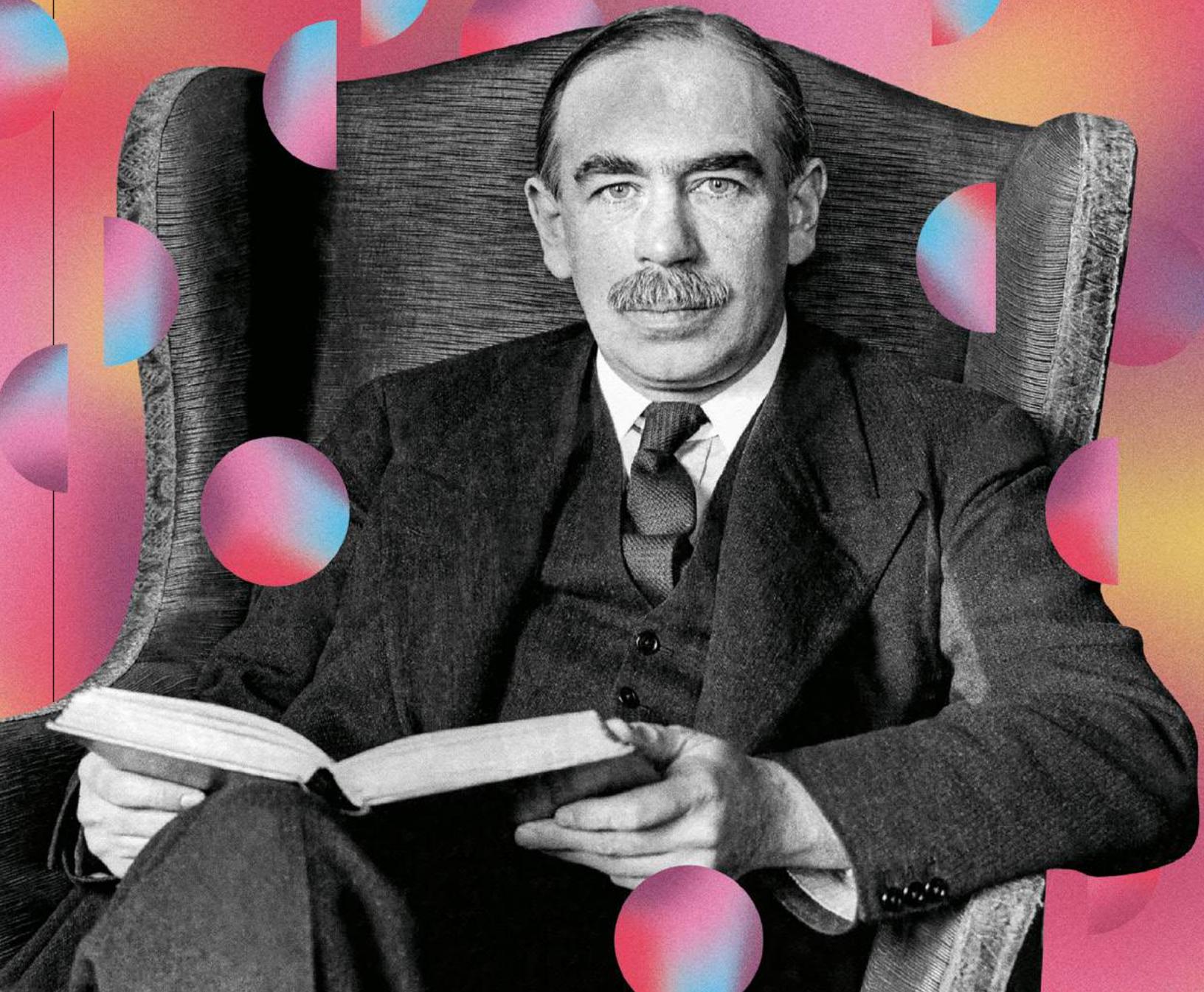
In Berlin warten die Menschen auf die Enteignung großer Wohnungskonzerne.

ISABELLA WEBER Isabella Weber ist Professorin für Volkswirtschaftslehre an der University of Massachusetts Amherst sowie Herausgeberin von *Surplus*.

MAXINE FOWÉ ist Ökonomin und Redakteurin bei *Surplus*. Sie hat Philosophie, Politik & VWL in Maastricht, London und Berlin studiert.

60

Keynes' Ökonomie von Überfluss und Freiheit



Portrait Für John Maynard Keynes sollte wirtschaftliches Wachstum das moralische und politische Leben verändern. Seine Ökonomik war so widersprüchlich wie produktiv. Von **Stefan Eich**



John Maynard Keynes (1883–1946) war ein Mensch der produktiven Widersprüche: ein Finanzinvestor, der das Streben nach Reichtum verachtete, ein

Theoretiker der Freizeit, der sich zu Tode arbeitete, und ein Ökonom, der sich ein Ende seiner eigenen Disziplin erhoffte. Für Keynes war die Ökonomie weder eine Disziplin noch eine Methode. Stattdessen verkörperte sie für ihn eine Denkart, *a way of thinking*.

Wie Keynes in einem Briefwechsel mit seinem Studenten und späteren Biografen Roy Harrod im Juli 1938 erklärte, sei die Ökonomie ein Teilbereich der Logik. Keynes distanzierte sich damit von zeitgenössischen Versuchen, die Ökonomie – damals wie heute – als eine »Pseudo-Naturwissenschaft« zu präsentieren. Genau wie die Logik selbst ist die Ökonomie für Keynes eben keine Naturwissenschaft, sondern eine Moral Science im Sinne des 18. Jahrhunderts. Sie beschäftigt sich mit Introspektion und Werturteilen, Motiven und Erwartungen, und vor allem auch mit psychologischen Ungewissheiten.

Wie Keynes betonte, ist die Ökonomie eine seltsame und enorm anspruchsvolle Wissenschaft, gerade weil sie nicht nur das logische Denken innerhalb von Modellen erfordert, sondern auch eine psychologische Beobachtungsgabe und vor allem Urteilskraft über die richtige Wahl zwischen verschiedenen Modellen. »Der Fortschritt in der Ökonomie«, erklärte Keynes, besteht nicht in der besseren Anwendung derselben Axiome und Maximen, sondern »fast ausschließlich in einer schrittweisen Verbesserung der Wahl der Modelle.«

Wirtschaftswissenschaft braucht mehr als ein gutes Modell

Modelle der Welt sind unabdingbar, da das Forschungsmaterial der Ökonomie in »zu vielen Aspekten zeitlich nicht homogen ist«. Komplexe Motive, instabile Erwartungen und psychologische Ungewissheiten durchkreuzen die vermeintliche Berechenbarkeit. Keynes scherzte, es sei so, als ob der Fall von Newtons Apfel nicht von der Schwerkraft, sondern von den Motiven des Apfels abhänge, von seinen Erwartungen und Abwägungen, wann es sich am meisten lohnt, zu Boden zu fallen.

Ziel eines guten Modells ist es also, die relativ konstanten Faktoren von den sich verändernden Faktoren zu trennen, um so sowohl die logischen Beziehungen wie auch die zeitlichen Abläufe zu verstehen. Das verlangt eine ausgewogene Balance zwischen Abstraktion und Realismus. Ein Modell, das zu viele variable Funktionen durch reelle Werte ersetzt oder das wie die bekannte Landkarte in Jorge Luis Borges' Kurzgeschichte Von der Strenge der Wissenschaft so groß wie die Welt selbst ist, zahlt für den vermeintlichen Gewinn an Realismus mit Nutzlosigkeit.

Um diese seltene Kombination von Gaben zusammenzuführen, muss eine ideale Wirtschaftswissenschaftlerin oder ein idealer Wirtschaftswissenschaftler Keynes zufolge notwendigerweise vielseitig sein und vermeintliche Widersprüche vereinen.

»Er muss Mathematiker, Historiker, Staatsmann und Philosoph sein. Er muss Symbole verstehen und in Worten sprechen. Er muss das Besondere im Hinblick auf das Allgemeine betrachten und Abstraktes und Konkretes im selben Gedankenflug berühren. Er muss die



John Maynard Keynes trägt im Alter von drei Jahren standesgemäß schon ein Gewehr.



Gegenwart im Licht der Vergangenheit studieren, um die Zukunft zu gestalten.«

Als Verkörperung von Widersprüchen verlangt die Ökonomie nicht nur das pragmatische Kalkül eines Politikers, sondern zugleich auch die Unbestechlichkeit eines Künstlers. Logik war unabdingbar und gleichzeitig unzureichend. Eine Ökonomin oder ein Ökonom ohne Vorstellungskraft wäre nicht nur unvollständig, sondern gefährlich. Man kann sich nur schwer des Eindrucks erwehren, dass Keynes' Idealbild vor allem ihn selbst beschreibt. Keynes' Bildung und seine intellektuellen und kulturellen Interessen waren in der Tat enorm vielfältig. Sie reichten von der Statistik bis zum Maler Paul Cézanne und von Devisenkursen bis zum Dramatiker Henrik Ibsen. Diese Interessen waren zudem eng miteinander verflochten. Während Keynes seine *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes* vollendete, verbrachte er gleichzeitig einen Großteil seiner Zeit mit der Gründung des Cambridge Arts Theatre. Das Theater öffnete am 3. Februar 1936 mit einem Ibsen-Zyklus. Am nächsten Tag erschien Keynes' Buch.

Bereits sein Vater, Neville Keynes, war einer der ersten politischen Ökonomen im Cambridge der Jahrhundertwende. Dennoch studierte Keynes selbst zunächst klassische Altertumswissenschaften und Mathematik. Er schrieb eine philosophische Dissertation zur Wahrscheinlichkeitstheorie und versuchte – oft zur Frustration seiner Freunde – sowohl in der Bohème-Atmosphäre von Bloomsburys als auch in der karriereorientierten Imperialverwaltung zu Hause zu sein. Seine einzige formelle Ausbildung in Ökonomie war eine Reihe informeller Betreuungen durch Alfred Marshall, einen Freund der Keynes-Familie, zur Vorbereitung auf seine Beamtenprüfung.

Seine Mutter, Florence Ada Keynes, war ein mindestens genauso wichtiger intellektueller Einfluss. Als eine der ersten Studentinnen am Newnham College in Cambridge in den 1880er Jahren war sie eine progressive Ikone, die sich ihren Weg durch ein konservatives männliches Milieu bahnte und zur ersten Stadträtin und dann Bürgermeisterin Cambridges gewählt wurde. Keynes selbst fügte dieser familiären Kombination aus Logik und Politik die Ästhetik Bloomsburys und die Weltgewandtheit der Diplomatie hinzu.

Ökonomen als Zahnärzte

Das heroische Bild des Ökonomen als universell gebildeter Person erfasst allerdings nur eine Seite von Keynes' Verständnis der Wirtschaftswissenschaften. In seinem Aufsatz zu den *Economic Possibilities for Our Grandchildren* (1930), scherzte Keynes zum Beispiel, dass Ökonomen im Idealfall lediglich als genügsame Spezialisten verstanden werden sollten – in etwa auf einer Stufe mit Zahnärzten. »Wenn es den Wirtschaftswissenschaftlern gelänge« erklärte er, »sich als bescheidene, kompetente Leute auf Augenhöhe mit den Zahnärzten zu präsentieren, wäre das großartig!«

Wie passen diese beiden Bilder zusammen? Ökonomen als faustische Universalgelehrte? Oder als Zahnärzte? Hier ist es wichtig zu verstehen, dass für Keynes der letztendliche Zweck der Ökonomie notwendigerweise nichtökonomisch war. Die Wirtschaftswissenschaften waren der Verwirklichung höherer Güter strikt untergeordnet.

Im Gegensatz sowohl zu neoklassischen Ökonomen als auch späteren Keynesianern und Neo-Keynesianern, die alle die Knappheit als existenzielle Bedingung unendlicher menschlicher Wünsche naturalisierten, vertrat Keynes noch die optimistische Auffassung, dass die Aufgabe der Ökonomie in der Lösung des uralten Problems liegt, wie endliche menschlichen Bedürfnisse (im Gegensatz zu unendlichen Wünschen) befriedigt werden können. Um dieses wirtschaftliche Problem zu lösen, ist die Wirtschaftswissenschaft unerlässlich und absolut zentral. Aber sobald das Problem gelöst sei, spekulierte Keynes, wartet auf künftige Generationen eine in dieser Breite noch nie dagewesene Wertschätzung der »Lebenskunst«.

Zugleich würde auch der Status der Wirtschaftswissenschaften abnehmen und die Disziplin würde ihren politischen Einfluss wieder verlieren. Dies würde eine weitere Spezialisierung mit sich bringen, aber auch eine dringend benötigte Bescheidenheit im Wirtschaftsberuf. In diesem Zusammenhang ist Keynes' Analogie zur Zahnmedizin zu verstehen.

Diese radikale Vision einer Zukunft jenseits des wirtschaftlichen Problems und damit jenseits des Wachstums stand immer im Spannungsverhältnis mit der keynesianischen

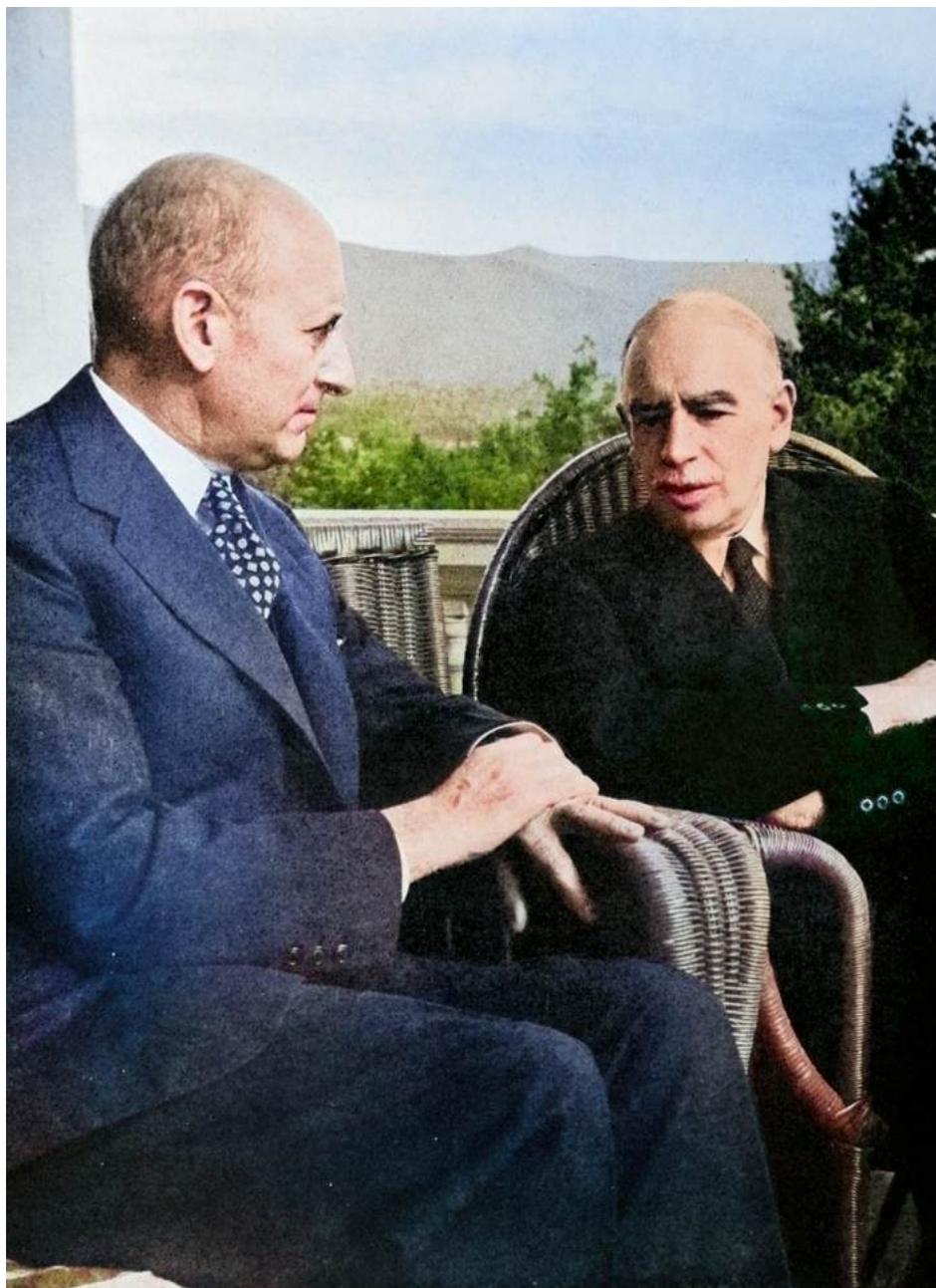
Fetischisierung des ewigen Wachstums in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts. Anstatt Keynes also mit dem Keynesianismus gleichzusetzen, gehört er in eine längere Ideengeschichte der Knappheit, die ihre Wurzeln im 18. und 19. Jahrhundert hat, und die, wie Fredrik Albritton Jonsson und Carl Wennerlind kürzlich in ihrem Buch *Scarcity – A History from the Origins of Capitalism to the Climate Crisis* gezeigt haben, genau vom konventionellen neoklassischen Konzept der Knappheit als unerbittliche Naturtatsache abwich.

Das trennt Keynes zwar klar von der Wachstumslehre der Nachkriegszeit, aber er erscheint hier dennoch als die Verkörperung einer engen Verbindung zwischen Überfluss und Freiheit, die Pierre Charbonnier vor Kurzem in seiner Umweltgeschichte des modernen politischen Denkens nachgezeichnet hat. In Keynes' Fall lag dies freilich nicht daran, dass er das Streben nach Überfluss selbst mit Freiheit assoziierte, sondern beruht auf seiner Überzeugung eines zukünftigen Bruchs mit der Knappheit. Freiheit erscheint hier also als eine Begleiterscheinung des Überflusses, die auf uns am Ende des Tunnels der Knappheit wartet. Für Charbonnier ist es genau dieser ersehnte Bruch zwischen Vergangenheit und Zukunft, der das Streben nach Überfluss als Ideal kennzeichnet.

Eine Ökonomin oder ein
Ökonom ohne Vorstellungskraft
wäre nicht nur unvollständig,
sondern gefährlich.

Keynes' Vision der Ökonomie war stets von Paradoxien und sogar potenzieller Tragik durchzogen.

Linke Seite: Keynes war häufig zu Besuch im Monk's House bei der Schriftstellerin Virginia Woolf.
Unten: Mit dem Politiker Henry Morgenthau diskutiert Keynes bei der Bretton-Woods-Konferenz 1944 eine neue internationale Finanzordnung.



Und doch war Keynes' Vision der Ökonomie stets von Paradoxien und sogar potenzieller Tragik durchzogen. Nicht nur vertrat er eine vermeintlich paradoxe Vision der Ökonomie, die im Wesentlichen auf ihren eigenen Untergang oder zumindest auf ihre Verminderung hinarbeitet, sondern er knüpfte diese Vision an die Hoffnung, dass zukünftige Generationen das Geldmotiv selbst – »diese halb kriminelle, halb pathologische Neigung« – überkommen würden. Keynes' Darstellung der Postknappheit war in diesem Sinne nie als teleologische Notwendigkeit des Wachstums formuliert, sondern stellte stattdessen eine moralische Herausforderung und potenzielle Errungenschaft dar, in der Form einer Anerkennung unserer eigenen Grenzen.

Keynes' Essay über die *Economic Possibilities for Our Grandchildren* war also nicht einfach eine Prognose oder Vorhersage. Vielmehr spekulierte er dort, wie veränderte wirtschaftliche Möglichkeiten die Grundlage für eine Veränderung der moralischen und politischen Fragen bilden könnten, mit denen sich die Menschheit in der Zukunft auseinandersetzen muss. Dies war aber eben eine moralische Aufgabe, die als solche immer auch die Möglichkeit des Scheiterns in sich barg. Wir erleben dieses Scheitern heute als unsere Realität. ●

STEFAN EICH ist Professor für Regierungslehre an der Georgetown University in Washington, D.C. Sein Buch »Die Währung der Politik: Eine politische Ideengeschichte des Geldes« erschien 2023 in der Hamburger Edition.

Impressum

Schließe jetzt ein Abonnement ab!

Surplus ist das Wirtschaftsmagazin, das sich um die Interessen der großen Mehrheit und nicht der Reichsten dreht. Dafür bringen wir weltweit führende ökonomische Denkerinnen und Denker zusammen.



- Alle zwei Monate das Print- und Online-Magazin
- Regelmäßig neue Video- und Podcastformate
- Täglich exklusive Texte, Kolumnen und Analysen

120€ pro Jahr (DE)
12€ pro Monat (DE)

www.surplusmagazin.de

ISBN: 978-3-948608-97-2

VERLAG

Brumaire Verlag GmbH
Portal 1a, Erkelenzdamm 59-61
10999 Berlin

© 2025

Surplus Magazin GmbH
c/o Brumaire, Portal 1a
Erkelenzdamm 59-61
10999 Berlin, Deutschland

GESCHÄFTSFÜHRUNG

Ole Rauch, Lukas Scholle

V.I.S.D.P.

Lukas Scholle (Chefredakteur)
scholle@surplusmagazin.de

CREATIVE DIRECTOR

Markus Stumpf
stumpf@surplusmagazin.de

KORREKTORAT

Marlen van den Ecker

KONTAKT ZUR REDAKTION

redaktion@surplusmagazin.de

KONTAKT ZUM ABO-SUPPORT

support@surplusmagazin.de

ANZEIGEN/WERBUNG

rauch@surplusmagazin.de

MEDIADATEN

www.surplusmagazin.de/mediadaten

BILDRECHTE

Cover: © Surplus, S. 4 © IMAGO / ZUMA Press Wire, S. 7,8 © Helia Jafarzadeh / Brumaire Verlag, S. 9 © IMAGO / ZUMA Press Wire, S. 11 © IMAGO / Xinhua, S. 12 © Benh LIEU SONG, © IMAGO / ZUMA Press Wire, S. 13 © noahnkb, © IMAGO / Pond5 Images, © Bluseed

Project, © IMAGO / Uwe Kraft, S. 14 © Surplus, S. 16, 18 © IMAGO / NurPhoto, © IMAGO / ZUMA Press Wire, S. 20 © IMAGO / Panama Pictures, © Marzena Skubatz, © IMAGO / ANP, S. 22 © IMAGO / Depositphotos, © IMAGO / Eibner, S. 24 © Surplus, S. 26 © IMAGO / photothek, S. 28–34 © Daniel Chatard, S. 35 © Zane Zlemeša, © Andreas Schmidt, S. 36–37 © Zane Zlemeša, S. 38 © IMAGO / ZUMA Press Wire, S. 39 © IMAGO / Rolf Zöllner, © Elke Wörrlein, S. 40 © IMAGO / Funke Foto Services, S. 42, 45 © Surplus, S. 46 © IMAGO / Panthermedia, S. 47 © IMAGO / NurPhoto, S. 48 © IMAGO / CTK Photo, S. 50 © IMAGO / ZUMA/Keystone, S. 54 © Surplus, S. 55 © Marzena Skubatz, S. 56 © IMAGO / Seeliger, © IMAGO / Panama Pictures, S. 57 © IMAGO / Seeliger, S. 58 © IMAGO / imagebroker, S. 60 © Surplus, S. 61 © IMAGO / United Archives International, S. 62 © Harvard Theatre Collection, S. 63 © IMAGO / United Archives International

DRUCK

Druckhaus Sportflieger GmbH, Berlin

VERSAND

Heftwerk / OML GmbH & Co. KG, Berlin

VERTRIEB

PressUp GmbH, Hamburg

VERLAG

www.brumaireverlag.de



DIE ZEIT

»Industrie und Wirtschaft stecken in einer Krise, rechte Parteien sind im Aufwind. Neoliberale Forderungen wie Steuersenkungen für Unternehmen, entgrenzte Arbeitszeiten und Karenztage für die Beschäftigten machen die Runde. Es ist also Zeit für Linke, wieder mehr über Ökonomie nachzudenken und aus der Defensive zu kommen. Dazu will das neue Wirtschaftsmagazin Surplus einen Beitrag leisten.«

taz

»Unterm Strich gelingt Surplus ein kluges Debüt, das in den Strategiebüros linker Parteien auf dem Tisch liegen sollte. Statt sich im Bundestagswahlkampf auf ein Überbieten zum alles überstrahlenden Thema Migration einzulassen (siehe Habecks jüngste „Vollstreckungsoffensive“), deutet Surplus an, dass linke Politik auch anders funktionieren könnte. Nämlich: mal anders über Geld sprechen.«

der Freitag

Die Wochenzeitung

»Entstanden durch die geballte Kompetenz einer Reihe gewichtiger und trotzdem noch mehrheitlich junger Intellektueller und Verleger, füllt Surplus ein Vakuum.«

SZ

»In einem Werbevideo, das gerade in den sozialen Medien die Runde macht, wird vor der »blinden Austeritäts- und Marktgläubigkeit eines drohenden Kanzlers Friedrich Merz« gewarnt und vor Trump sowieso. Kolumnistische Unterstützung bekommen die Magazinmacher von internationalen Stars der Ökonomen-Szene wie Thomas Piketty und Mariana Mazzucato. Man will dem »alten und neuen Neoliberalismus« den Kampf ansagen. Der surplus, also der Überschuss, soll abgeschöpft werden und wieder den Menschen zugutekommen. Ein neuer linker Gründergeist, pünktlich zur globalen autoritären Kontinentalverschiebung!«

»Freedom is the by-product of economic surplus.«

Aneurin Bevan



- Alle zwei Monate als Print- und online Magazin
- Regelmäßig neue Video- und Podcastformate
- Täglich exklusive Texte, Kolumnen und Analysen

Jetzt kostenlos für eine Woche testen!



surplusmagazin.de